

# Institut für Mittelstandsforschung Bonn

## **BDI-Mittelstandspanel 2010**

**- Ergebnisse der Mittelstandsbefragung  
aus Frühjahr und Herbst 2010 -**

Projektbearbeiter:  
Siegrun Brink, Marina Hoffmann,  
und Frank Wallau

Untersuchung im Auftrag von



Materialien



## Impressum

### Untersuchung im Auftrag des

Bundesverband der Deutschen  
Industrie e.V. (BDI)  
Breite Straße 29  
10178 Berlin  
www.bdi.eu



Ernst & Young GmbH  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft  
Friedrichstraße 140  
10117 Berlin  
www.de.ey.com



IKB Deutsche Industriebank AG  
Wilhelm-Bötckes-Straße 1  
40474 Düsseldorf  
www.ikb.de



### Wissenschaftliche Bearbeitung

Institut für Mittelstandsforschung Bonn  
Maximilianstraße 20  
53111 Bonn



Das IfM Bonn ist eine Stiftung des  
privaten Rechts.

### Projektdurchführung

Siegrun Brink  
Marina Hoffmann  
Frank Wallau  
Maximilianstr. 20, 53111 Bonn  
Telefon + 49/(0)228/72997-42, -48  
E-Mail: brink@ifm-bonn.org  
wallau@ifm-bonn.org

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses  
des Deutschen Bundestages

Ministerium für Wirtschaft, Energie,  
Bauen, Wohnen und Verkehr  
des Landes Nordrhein-Westfalen



### Technische Durchführung

TNS Emnid  
Stieghorster Straße 90  
33605 Bielefeld

### Projektdurchführung

Oliver Krieg, Jörg Erren



### IfM-Materialien Nr. 202

ISSN 2193-1852 (online)  
ISSN 2193-1844 (print)

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.



## Inhalt

|   |     |
|---|-----|
| <b>Verzeichnis der Abbildungen</b>  | III |
| 1 Das Anliegen  | 1   |
| 2 Die Ergebnisse der 11. Erhebungswelle   | 3   |
| 2.1 Wirtschaftspolitische Einschätzung und wirtschaftliche Situation                    | 3   |
| 2.1.1 Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen: Stagnation auf niedrigem Niveau          | 3   |
| 2.1.2 Wirtschaftslage: Genesung erfolgt in kleinen Schritten                            | 11  |
| 2.2 Entwicklung der Unternehmenskennzahlen  | 13  |
| 2.2.1 Umsatz im In- und Ausland: Perspektiven nach dem Krisenjahr 2009                  | 14  |
| 2.2.2 Umsatzrendite: Nach Verlusten im Krisenjahr geht der Blick nach vorne             | 17  |
| 2.2.3 Beschäftigung in der Industrie: Abwärtsdynamik geht zurück                        | 19  |
| 2.3 Investitionen und Finanzierung  | 23  |
| 2.3.1 Finanzierungsbedingungen: Leichte Entspannung im industriellen Mittelstand        | 23  |
| 2.3.2 Investitionsverhalten nach der Krise: Vorsichtiger Optimismus                     | 28  |
| 2.4 Forschung und Entwicklung/Innovationen: Bedeutung für den industriellen Mittelstand | 31  |
| 2.4.1 Innovationen als Thema der Zukunft  | 32  |
| 2.4.2 Hemmnisse des innovativen Potentials  | 37  |
| 2.4.3 Steuerliche FuE-Förderung: Anreiz zur Ausweitung der Aktivitäten                  | 39  |
| 3 Die Ergebnisse der 12. Erhebungswelle   | 41  |
| 3.1 Wirtschaftspolitische Einschätzung  | 41  |
| 3.1.1 Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen: Der Aufschwung zeigt Wirkung             | 42  |
| 3.1.2 Wirtschaftspolitische Herausforderungen im Lichte des konjunkturellen Aufschwungs | 43  |
| 3.2 Wirtschaftliche Lage und Finanzierung im industriellen Mittelstand                  | 47  |
| 3.2.1 Wirtschaftslage – Aufschwung sorgt für positive Stimmung                          | 47  |
| 3.2.2 Finanzierungsbedingungen: Entspannung setzt sich fort                             | 51  |

|       |  |    |
|-------|--|----|
| 3.3   | Führungs- und Fachkräftebedarf                                     | 59 |
| 3.3.1 | Fachkräftemangel: Durch die Krise nur vertagt?                     | 59 |
| 3.3.2 | Maßnahmen zur Sicherung des Fachkräfteangebots                     | 64 |
| 3.4   | Internationalisierung  | 67 |
| 3.4.1 | Auslandsengagement nach der Krise ungebrochen                      | 67 |
| 3.4.2 | Außenwirtschaftsförderung und Hemmnisse für ein Auslandsengagement | 71 |
| 4     | Anhang   | 75 |
|       | Fragebögen   | 76 |

## Verzeichnis der Abbildungen

|               |  |    |
|---------------|--|----|
| Abbildung 1:  | Einschätzung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen im Zeitverlauf                   | 4  |
| Abbildung 2:  | Maßnahmen zur Konsolidierung des Bundeshaushaltes  | 7  |
| Abbildung 3:  | Vorgehensweise bei der Umsetzung der Koalitionspläne zur Reform der Einkommensteuer        | 8  |
| Abbildung 4:  | Steuerliche Begünstigung von nicht ausgeschütteten Gewinnen in Personengesellschaften      | 10 |
| Abbildung 5:  | Einschätzung der eigenen Wirtschaftslage im Zeitverlauf                                    | 12 |
| Abbildung 6:  | Für 2010 erwartete Umsatzentwicklung   | 16 |
| Abbildung 7:  | Erwartete Entwicklung der Umsatzrendite in 2010  | 18 |
| Abbildung 8:  | Für 2010 erwartete Entwicklung der Inlandsbeschäftigung                                    | 21 |
| Abbildung 9:  | Für 2010 erwartete Entwicklung der Nutzung von Leiharbeit                                  | 22 |
| Abbildung 10: | Veränderung der Finanzierungsbedingungen und Auswirkungen auf die Unternehmensfinanzierung | 24 |
| Abbildung 11: | Negative Aspekte der Finanzierungsbedingungen  | 26 |
| Abbildung 12: | Für 2010 erwartete Entwicklung der Investitionsausgaben                                    | 29 |
| Abbildung 13: | Verteilung des Investitionsvolumens nach Investitionszielen im Zeitverlauf                 | 31 |
| Abbildung 14: | Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten in ausgewählten Bereichen                          | 34 |
| Abbildung 15: | Impulsgeber für FuE/Innovationen   | 35 |
| Abbildung 16: | Entwicklung der Investitionsbereitschaft in FuE/Innovationen in den nächsten 2 Jahren      | 36 |
| Abbildung 17: | Hemmnisse für FuE/Innovationen   | 38 |
| Abbildung 18: | Einschätzung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen im Zeitverlauf                   | 42 |

|  |    |
|--|----|
| Abbildung 19: Wichtige politische Handlungsfelder für die aktuelle Legislaturperiode aus Sicht der Industrie | 44 |
| Abbildung 20: Einschätzung der eigenen Wirtschaftslage im Zeitverlauf  | 47 |
| Abbildung 21: Einflussfaktoren im Hinblick auf die zukünftige Wirtschaftslage                                | 50 |
| Abbildung 22: Veränderung der Finanzierungsbedingungen im Zeitverlauf  | 52 |
| Abbildung 23: Veränderung der Finanzierungsbedingungen und Auswirkungen auf die Unternehmensführung          | 53 |
| Abbildung 24: Eingeleitete Maßnahmen zur Veränderung der Finanzierungsstrategie                              | 55 |
| Abbildung 25: Aktuelle und mittelfristig angestrebte Eigenkapitalquote                                       | 57 |
| Abbildung 26: Schwierigkeiten der Industrieunternehmen bei der Besetzung freier Stellen                      | 60 |
| Abbildung 27: Gründe für die Schwierigkeiten bei der Besetzung freier Stellen                                | 62 |
| Abbildung 28: Maßnahmen zur Deckung des Fachkräftebedarfs auf Unternehmensebene                              | 64 |
| Abbildung 29: Bedeutung gesamtwirtschaftlicher Maßnahmen zur Abmilderung des Fachkräftemangels               | 66 |
| Abbildung 30: Formen der Geschäftsbeziehungen ins Ausland  | 68 |
| Abbildung 31: Gründe auslandsaktiver Unternehmen für ihr Engagement  | 70 |
| Abbildung 32: Inanspruchnahme von Außenwirtschaftsfördermaßnahmen durch auslandsaktive Unternehmen           | 72 |
| Abbildung 33: Hemmnisse für ein Engagement im Ausland  | 74 |



## 1 Das Anliegen

Das Jahr 2010 war geprägt durch einen rasanten Aufschwung, der selbst Optimisten überraschte, aber auch neue Herausforderungen mit sich brachte. Für Wirtschaft und Politik stand die Aufarbeitung des Geschehenen und die Ableitung von Schlussfolgerungen an, um zukünftig ähnliche Situationen vermeiden bzw. eine bessere Handlungsfähigkeit zeigen zu können. Aus unternehmerischer Sicht galt es mehr denn je, die eigenen Märkte zu sichern und auszubauen. Aus politischer Sicht stand die Bewältigung der Haushaltskonsolidierung an erster Stelle, ohne dabei jedoch einen konjunkturellen Rückschlag zu riskieren. Allen Beteiligten bot die günstige konjunkturelle Lage die Chance, Probleme aktiv anzugehen. Für die Bewältigung der neuen Herausforderungen benötigen alle Akteure gleichermaßen aktuelle Informationen über den Zustand und die Handlungsbedingungen der Unternehmen. Nur mithilfe gesicherter Daten aus erster Hand können die Unternehmen und speziell der Mittelstand betriebswirtschaftlich und politisch hinreichend bei der Erfüllung ihrer unternehmerischen Aufgaben und einer sicheren Zukunftsplanung unterstützt werden.

Im Auftrag des Bundesverbands der Deutschen Industrie e.V. (BDI), der Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft sowie der IKB Deutsche Industriebank AG hat das Institut für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn unter Mitwirkung von TNS Emnid eine Online-Erhebung entwickelt. In der Öffentlichkeit als das **BDI-Mittelstandspanel** bezeichnet, liefert die in halbjährlichem Turnus stattfindende Befragung deutscher Industrieunternehmen im nunmehr sechsten Jahr aktuelle und gesicherte Informationen über die zum jeweiligen Erhebungszeitpunkt speziell für den industriellen Mittelstand relevanten betriebswirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Fragestellungen. Hierzu gehören die Entwicklung wichtiger betrieblicher Kennzahlen, die Marktaktivitäten und -bedingungen oder Strategien zur Erfüllung der unternehmerischen Kernaufgaben. Darüber hinaus liefert das BDI-Mittelstandspanel auch einen Maßstab zur Beurteilung des Zustands und der Entwicklung der ökonomisch-gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Auf diese Weise entsteht eine verlässliche empirische Basis, die Unternehmen und Umfeldakteuren Entscheidungshilfe bietet. Die Daten werden online unter **[www.bdi-panel.emnid.de](http://www.bdi-panel.emnid.de)** erhoben; dort sind ebenfalls die Ergebnisse aller bisherigen Erhebungswellen dokumentiert.

Der vorliegende Bericht stellt die Ergebnisse der elften und zwölften Befragungswelle aus dem Frühjahr bzw. Herbst 2010 komprimiert als Sammelband dar. An der elften Erhebungswelle beteiligten sich zwischen dem 23. Februar und dem 31. Mai 2010 knapp 1.350 Unternehmen. Vor dem Hintergrund des beginnenden Aufschwungs standen die Entwicklung der deutschen Industrieunternehmen im Jahr 2009 sowie ihre Erwartungen für 2010 im Zentrum der Frühjahrsbefragung. Das Augenmerk lag dabei auf den zentralen Kennzahlen zu Umsatz und Beschäftigung, der Entwicklung von Rendite und Investitionen. Unter dem Eindruck der konjunkturellen Lage wurden die Unternehmen zudem zu ihrer Finanzierungssituation und den Veränderungen der Finanzierungsbedingungen befragt. Im Hinblick auf die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit der Industrie werden deren Innovationsaktivitäten untersucht, Innovationshemmnisse identifiziert und die Wirkung steuerlicher Innovationsanreize erfragt. Neben der Beurteilung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen werden auf der Grundlage der Erhebungsergebnisse Empfehlungen zur Konsolidierung des Bundeshaushalts und zur zeitlichen und fiskalpolitischen Umsetzung der geplanten Einkommensteuerreform gegeben.

Ein Schwerpunkt der elften Befragungswelle im Herbst 2010 bildete die Beurteilung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen der deutschen Industrieunternehmen vor dem Hintergrund der angespannten Lage der Staatsfinanzen. Eingebettet in die obligatorische Beurteilung der eigenen Wirtschaftslage, lag das Augenmerk außerdem auf der Finanzierungssituation des industriellen Mittelstands. Vor dem Hintergrund des sich verstetigenden Aufschwung wurden zudem die Internationalisierungsaktivitäten der deutschen Industrie untersucht, Hemmnisse für ein Engagement im Ausland identifiziert und die Inanspruchnahme staatlicher Außenwirtschaftsfördermaßnahmen erfragt. Weitere Themenschwerpunkte bildete der Führungs- und Fachkräftebedarf des industriellen Mittelstands sowie die Möglichkeiten, einem im Zuge des Aufschwungs drohenden Fachkräftemangel auf Unternehmensebene und gesamtwirtschaftlich zu begegnen. Zwischen dem 24. August und dem 5. November 2010 beteiligten sich fast 1.250 Unternehmen an der Erhebung.

Allen Unternehmen, die sich an den Befragungen des BDI-Mittelstandspanels im Jahr 2010 beteiligt haben, danken wir recht herzlich für ihre Unterstützung.

## **2 Die Ergebnisse der 11. Erhebungswelle**

### **2.1 Wirtschaftspolitische Einschätzung und wirtschaftliche Situation**

Zusammenfassung: Mit dem Frühjahr scheint sich der konjunkturelle Aufschwung zu stabilisieren. Die deutschen Industrieunternehmen sind bei der Einschätzung ihrer Wirtschaftslage durchweg positiver gestimmt als noch im Herbst 2009. Auch für den weiteren Jahresverlauf stehen die Zeichen auf Erholung. Nach der stärksten Rezession der Nachkriegsgeschichte erfolgt diese allerdings nur langsam, wenngleich stetig. Die Beurteilung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen kann von dem konjunkturellen Trend jedoch nicht profitieren. Nachdem der industrielle Mittelstand im Wahlherbst 2009 auf einen wirtschaftspolitisch gestützten Aufschwung hoffte, kann die Regierungskoalition die Erwartungen nicht erfüllen. Die Anstrengungen zur Haushaltskonsolidierung sind aus der Sicht der Unternehmen ernsthafter zu betreiben, der Spielraum für kreditfinanzierte Reformen ist ausgeschöpft.

#### **Konjunktur im Frühjahr 2010: Aufwärtsentwicklung langsam, aber stetig**

Aus heutiger Sicht lässt sich sagen, dass der weltweit massive Abschwung zum Jahreswechsel 2009/2010 sein Ende gefunden hat. Die Aufwärtsbewegung erfolgt regional zwar mit unterschiedlicher Geschwindigkeit und Intensität, letztendlich ist sie jedoch in allen wichtigen Volkswirtschaften erkennbar. Ein erneuter Rückfall in die Rezession wird weitgehend ausgeschlossen, so dass für das Jahr 2010 wieder mit einem Wachstum der Weltwirtschaftsleistung gerechnet wird.

Auch die deutsche Wirtschaft hat die Talsohle durchschritten, startete aber nur verhalten in das neue Jahr. Für das Gesamtjahr 2010 liegen die Prognosen für die Veränderungsraten des Bruttoinlandsproduktes bei etwa 1,5 %. Auch im Jahr 2011 wird sich das Wachstum auf ähnlichem Niveau bewegen. Das Vorkrisenniveau des Bruttoinlandsproduktes wird vermutlich nicht vor 2013 wieder erreicht.

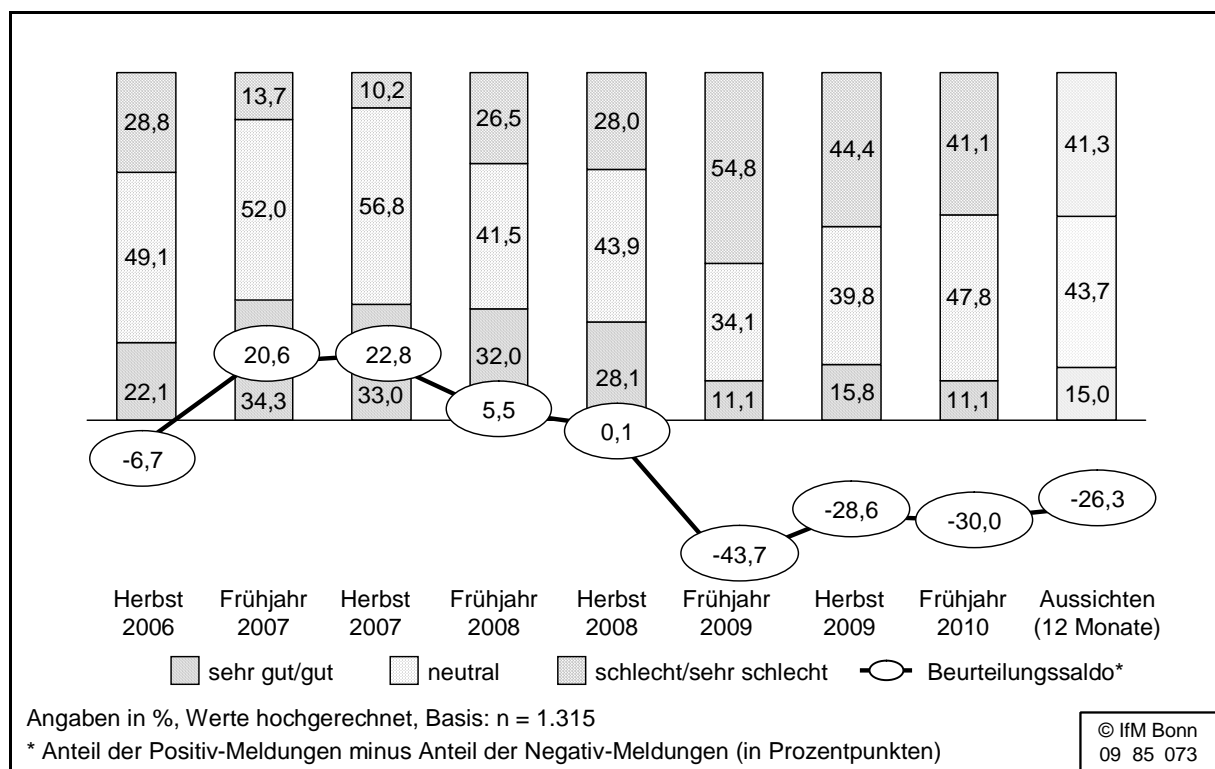
#### **2.1.1 Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen: Stagnation auf niedrigem Niveau**

Nach Monaten des wahlkampf- und krisenbedingten Stillstands bei der Gestaltung struktureller Reformen wurden hohe Erwartungen an den Start der neuen Bundesregierung gestellt. Konjunkturpakete und Rettungsfonds zur Bewältigung des Abschwungs waren geschnürt und mit einem durchaus beachtlichen

Erfolg der beschäftigungspolitischen Stabilisierung implementiert. Die aus einer „Wunschkoalition“ gebildete neue Bundesregierung hatte somit die Möglichkeit, nach einer sorgfältigen Bestandsaufnahme die bevorstehenden Aufgaben auf dem Weg zu einem nachhaltigen Aufschwung anzugehen.

Im Rahmen des BDI-Mittelstandspanels gaben die deutschen Industrieunternehmen in der Frühjahrsbefragung 2010 eine Einschätzung über die aktuellen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen ab. Hieran lässt sich unter anderem ablesen, wie die neue Bundesregierung aus Sicht der Industrie die sich ihr stellenden Aufgaben seit ihrem Dienstantritt bewältigt hat. Die Einschätzungen der aktuellen und der für die kommenden zwölf Monate erwarteten Rahmenbedingungen stellen den Verantwortlichen kein gutes Zeugnis aus.

Abbildung 1: Einschätzung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen im Zeitverlauf



## Regierungskoalition kann Erwartungen nicht erfüllen

In der Herbstbefragung 2009, die im zeitlichen Umfeld der Bundestagswahl durchgeführt wurde, hatten die Unternehmen einen positiven Impuls für die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen erwartet. Das Ende des wahlkampfbedingten Reformstillstandes und das zeitgleich eintretende Ende der politischen Krisenbewältigung schienen positiv in die Beurteilung der Unternehmen einzugehen. Die Ergebnisse aus der aktuellen Frühjahrsbefragung

zeigen jedoch, dass der geringe Vertrauensvorschluss für die neue Bundesregierung aus der Sicht der Unternehmen wieder schmilzt: Der Saldo aus den positiven und den negativen Meldungen für 2010 sinkt gegenüber dem Herbst 2009 zwar nur leicht von -28,6 auf -30 Punkte. Die Erwartungen hatten im letzten Herbst jedoch per saldo bei -15,2 Punkten gelegen. Die neue Regierungskoalition konnte die Erwartungen bislang nicht erfüllen (vgl. Abbildung 1).

### **Unternehmen bleiben gegenüber der Wirtschaftspolitik skeptisch**

Die Erwartungen an die Reformbereitschaft der Politik für die kommenden zwölf Monate werden wieder skeptischer gesehen als noch vor einem halben Jahr. Sieben von zehn Unternehmen gehen davon aus, dass in naher Zukunft keine wesentlichen wirtschaftspolitischen Verbesserungen umgesetzt werden. Die Erwartungen unterscheiden sich kaum von dem aktuellen Niveau der Einschätzungen. Wesentliche Unterschiede in Abhängigkeit von der Unternehmensgröße zeigen sich bei der Beurteilung der aktuellen und zukünftigen Rahmenbedingungen nicht – Mittelstand und Großunternehmen sind sich weitgehend einig.

### **Auf die Krisenbewältigung muss die Haushaltskonsolidierung folgen**

Neben dem Mangel an wirtschaftsrelevanter Reformbereitschaft drängt der finanzpolitische Reformbedarf als Konsequenz der Wirtschaftskrise immer stärker als weitere Determinante des wirtschaftlichen Handelns in den Vordergrund. Weltweit wurden geschwächte Volkswirtschaften mit rund zwei Billionen Steuerdollar durch konjunkturelle Stützungsmaßnahmen finanziert. Die beiden deutschen Konjunkturpakete setzten Impulse im Umfang von rund 80 Milliarden Euro. Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz, das zu Jahresbeginn 2010 in Kraft trat, umfasste weitere acht Milliarden Euro. Die kreditfinanzierten Stützungsprogramme in Kombination mit einem krisenbedingten Rückgang der Steuereinnahmen führten zu einem deutlichen Anstieg der staatlichen Defizitquote.

Die kurzfristigen Erfolge der erhöhten Staatsausgaben werden mittel- bis langfristig mit immensen gesamtwirtschaftlichen Kosten verbunden sein. Die resultierenden Budgetrestriktionen werden die kommenden Jahre prägen und stellen die Verantwortlichen vor große Herausforderungen. Vor diesem Hintergrund gaben die Industrieunternehmen Auskunft über mögliche Alternativen bei der Konsolidierung des Bundeshaushaltes in der laufenden Legislaturperi-

ode. Das bereits im Herbst 2009 geäußerte Votum der Unternehmen bestätigt sich: Sie setzen auf einen schlanken, aber verantwortungsvollen Staat.

### **Konsolidierung der Haushalte durch Kürzung der Staatsausgaben ...**

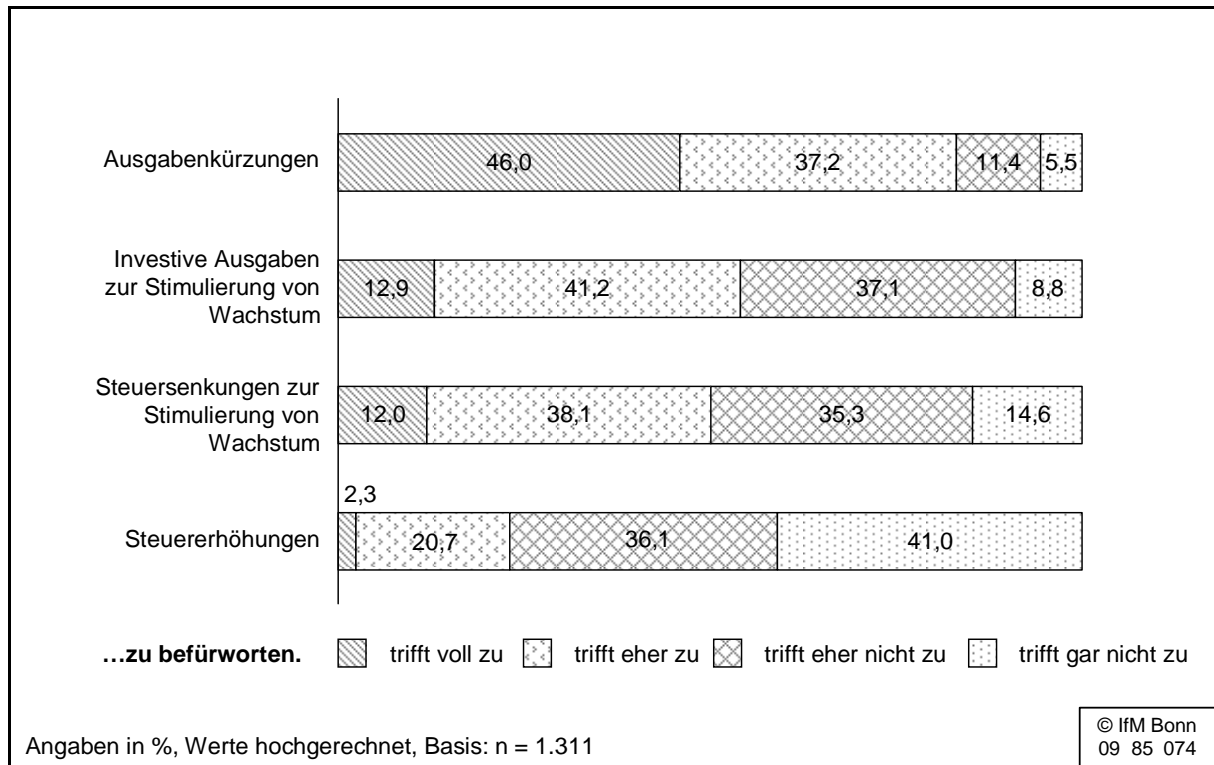
Wenn es um die Entscheidung geht, ob primär die Einnahmen- oder die Ausgabenseite des Bundeshaushalts zu dessen Konsolidierung herangezogen werden soll, sprechen die Ergebnisse des BDI-Mittelstandspanels eine deutliche Sprache. Mit 83 % befürwortet die überwiegende Mehrheit der Industrieunternehmen eine Kürzung der Staatsausgaben (vgl. Abbildung 2). Dass das deutsche Unternehmertum auf Eigenverantwortung setzt, zeigte sich bereits in der Herbstbefragung 2009: Knapp neun von zehn der Industrieunternehmen sprachen sich für eine Kürzung von Subventionen aus. In 2009 legten die Finanzhilfen und Steuervergünstigungen des Bundes jedoch um rund 6 Milliarden Euro auf 29,5 Milliarden Euro zu. Die Zielsetzung für 2010 sieht vor, die Subventionen um etwa 5 Milliarden Euro zu reduzieren, so dass mittelfristig wieder das Vorkrisenniveau erreicht werden sollte.

### **... aber investive Ausgaben können kurzfristig auch Wachstumsimpulse setzen**

Aus der Sicht von 54 % der Industrieunternehmen ist aber auch eine Stimulierung des Wachstums durch investive Ausgaben des Staates sinnvoll. Vor dem Hintergrund der noch fragilen konjunkturellen Entwicklung wurde der Haushalt für das Jahr 2010 um 9,3 % im Vergleich zum Vorjahr ausgedehnt. Allerdings wurden dabei die investiven Ausgaben um 4,4 %, die konsumtiven Ausgaben um 10 % ausgeweitet. Die langfristige Wirksamkeit eines Anstiegs der konsumtiven Nachfrage ist unter Experten umstritten, da die kurzfristigen Wachstumsimpulse die mittel- bis langfristige Kostenbelastung der öffentlichen Haushalte unter Umständen nicht rechtfertigen.

Hinzu kommt die verbindliche Regel zur Begrenzung der öffentlichen Schulden durch die Schuldenbremse. Demnach darf der Bundeshaushalt ab dem Jahr 2016 maximal ein strukturelles, d.h. nicht auf konjunkturelle Schwankungen zurückzuführendes Budgetdefizit von 0,35 % des Bruttoinlandsprodukts aufweisen (rund zehn Milliarden Euro). Den Länderhaushalten wird ab 2020 – unter normalen konjunkturellen Bedingungen – sogar jegliche Möglichkeit zur Neuverschuldung genommen. Mit einer Verstetigung der konjunkturellen Aufwärtsbewegung gilt es daher, die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte verstärkt in Angriff zu nehmen.

Abbildung 2: Maßnahmen zur Konsolidierung des Bundeshaushaltes



### Industrieunternehmen bei Steuersenkungen geteilter Meinung

Bei der Frage, wie die Einnahmenseite der öffentlichen Haushalte im Zuge der Haushaltskonsolidierung zu gestalten ist, zeigt sich nur in einer Hinsicht ein eindeutiges Votum: Steuererhöhungen lehnen drei von vier Industrieunternehmen ab. Ob Steuersenkungen zur Stimulierung von Wachstum und damit zur Haushaltskonsolidierung beitragen sollten, bleibt offen. Die zustimmenden und ablehnenden Meinungen halten sich die Waage.

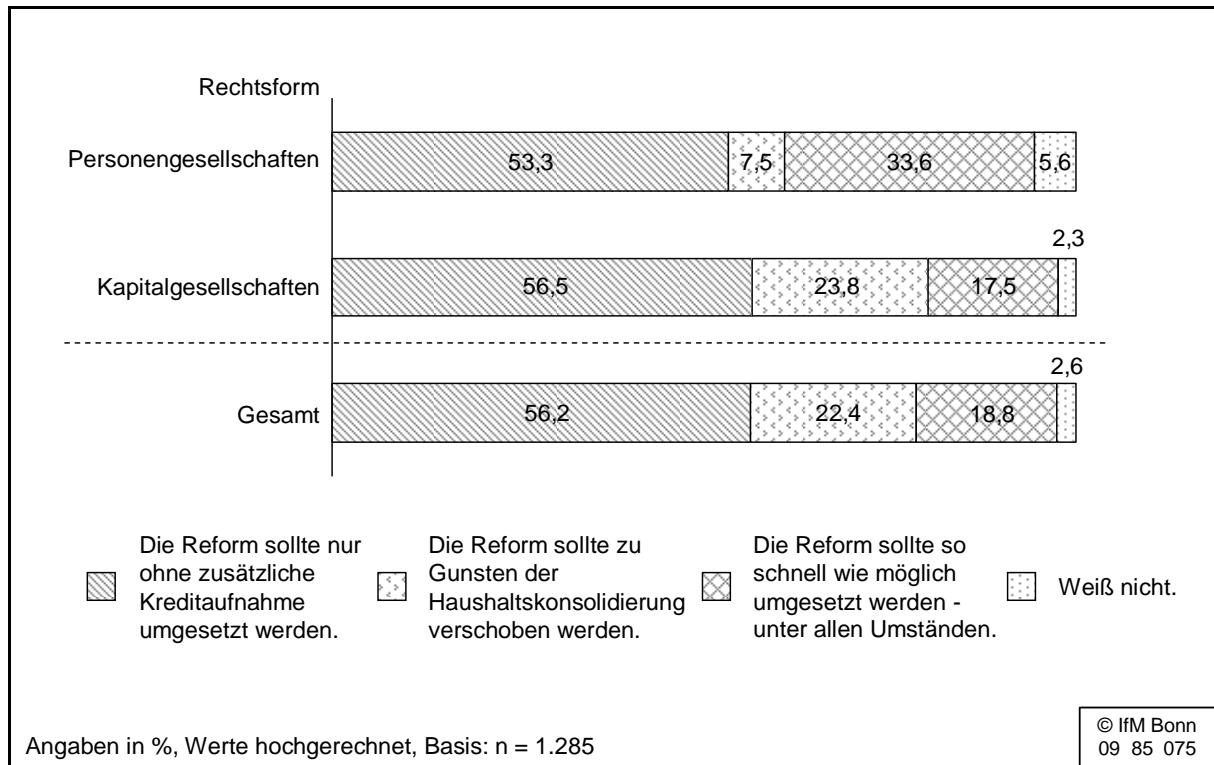
### Kreditfinanzierte Reform der Einkommensteuer trifft auf Ablehnung

Großer Diskussionsbedarf besteht seit dem Start der neuen Bundesregierung bezüglich des Entlastungsumfangs und der zeitlichen Gestaltung der geplanten Einführung eines Stufentarifs in die Einkommenbesteuerung. Angedacht war eine Tarifumstellung zu Beginn des Jahres 2011, die gemeinsam mit weiteren Reformschritten eine Entlastung im Umfang von 24 Milliarden Euro bewirken sollte. Aktuelle Diskussionen deuten nun auf eine Reduzierung des geplanten Entlastungsvolumens sowie eine deutlich spätere Einführung der Reform hin.

Bei der Frage der Gegenfinanzierung sprechen sich die deutschen Industrieunternehmen mehrheitlich gegen eine kreditfinanzierte Umsetzung der Reform

aus: Knapp sechs von zehn Unternehmen befürworten eine Entlastung bei der Einkommensteuer nur ohne zusätzliche staatliche Kreditaufnahme (vgl. Abbildung 3).

Abbildung 3: Vorgehensweise bei der Umsetzung der Koalitionspläne zur Reform der Einkommensteuer



Während sich die Unternehmen in diesem Punkt über alle Rechtsformen hinweg weitgehend einig sind, zeigen sich bei der Option, die Reform zu Gunsten der Haushaltskonsolidierung vorerst zu verschieben, deutliche Unterschiede zwischen Kapital- und Personengesellschaften. Da Letztere aufgrund ihrer Rechtsform der Einkommenbesteuerung unterliegen, wird ein haushaltsbedingtes Herauszögern der Reform innerhalb dieser Gruppe nur von wenigen Unternehmen befürwortet. Unter den Kapitalgesellschaften, die der Besteuerung gemäß dem Körperschaftsteuergesetz unterliegen, findet eine zeitliche Streckung bereits in knapp jedem vierten Unternehmen Zustimmung. Das ist auch damit zu erklären, dass in der Regel nicht die Eigentümer der Kapitalgesellschaften (Anteilseigner) befragt wurden.

### Jedes fünfte Industrieunternehmen spricht sich für eine Reform der Einkommensteuer aus

Unter den Personengesellschaften wünscht sich jedes dritte Unternehmen eine zügige Einführung des Stufentarifs mit der dementsprechenden Entlastung,



und zwar unter allen Umständen. Bei Betrachtung der Gesamtheit aller Industrieunternehmen ist die möglichst rasche Umsetzung der Reform nur für knapp jedes fünfte Unternehmen von höchster Priorität.

In der Gesamtschau zeigt sich ein eindeutiger Konsens innerhalb der deutschen Industrieunternehmen: Eine Reform der Einkommensteuer ist von der aktuellen Haushaltslage abhängig zu machen – so wie es auch in den Koalitionsgesprächen zum Ausdruck kommt. Die Unternehmen zeigen also durchaus Verständnis für eine zeitliche Streckung der Steuerreform. Die Reformbedürftigkeit des Einkommensteuertarifs steht jedoch außer Frage, erwähnt seien nur die Themenfelder Mittelstandsbauch oder kalte Progression. Aufkommensneutrale Anpassungen im Steuersystem, z.B. durch eine gezielte Umschichtung von wachstumshemmender zu wachstumsfördernder Besteuerung und Abgabenbelastung, können durchaus zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Investitionen und somit indirekt zur Haushaltskonsolidierung beitragen.

### **Gewinnthesaurierung: Eine lohnende Alternative für den Mittelstand?**

Im Jahr 2008 führte die Bundesregierung mit der Unternehmensteuerreform eine steuerliche Begünstigung von nicht entnommenen Gewinnen in Personengesellschaften ein. Dies geschah mit der Absicht, die Standortattraktivität Deutschlands zu erhöhen und die Steuersubstanz zu sichern. Außerdem sollten die geringe Eigenkapitaldecke deutscher Personenunternehmen gestärkt sowie deren Ungleichbehandlung gegenüber Kapitalgesellschaften vermieden werden. Personenunternehmen können nun thesaurierte Gewinne mit einem ermäßigten Steuersatz von 28,25 % versteuern – nicht wie bisher mit dem persönlichen Einkommensteuersatz des (Mit-)Eigentümers (maximal 45 %).

Der verminderte Steuersatz kann nicht viel mehr als einen zwischenzeitlichen Zinsvorteil verschaffen. Denn Gewinne werden bei einer späteren Entnahme analog zur Dividendenbesteuerung bei Kapitalgesellschaften mit einer Nachbesteuerung von 25 % belastet (Abgeltungssteuer). Die steuerliche Gesamtbelastung der Gewinne von Personenunternehmen übersteigt bei nachträglicher Entnahme somit den Spitzensteuersatz. Entsprechend ist die Nutzung der Thesaurierungsbegünstigung nur lohnend, wenn Gewinne langfristig einbehalten werden – dann überwiegt der Zinsvorteil. Eine Gewinnthesaurierung lohnt sich daher nur für sehr wenige ertragsstarke Unternehmen.

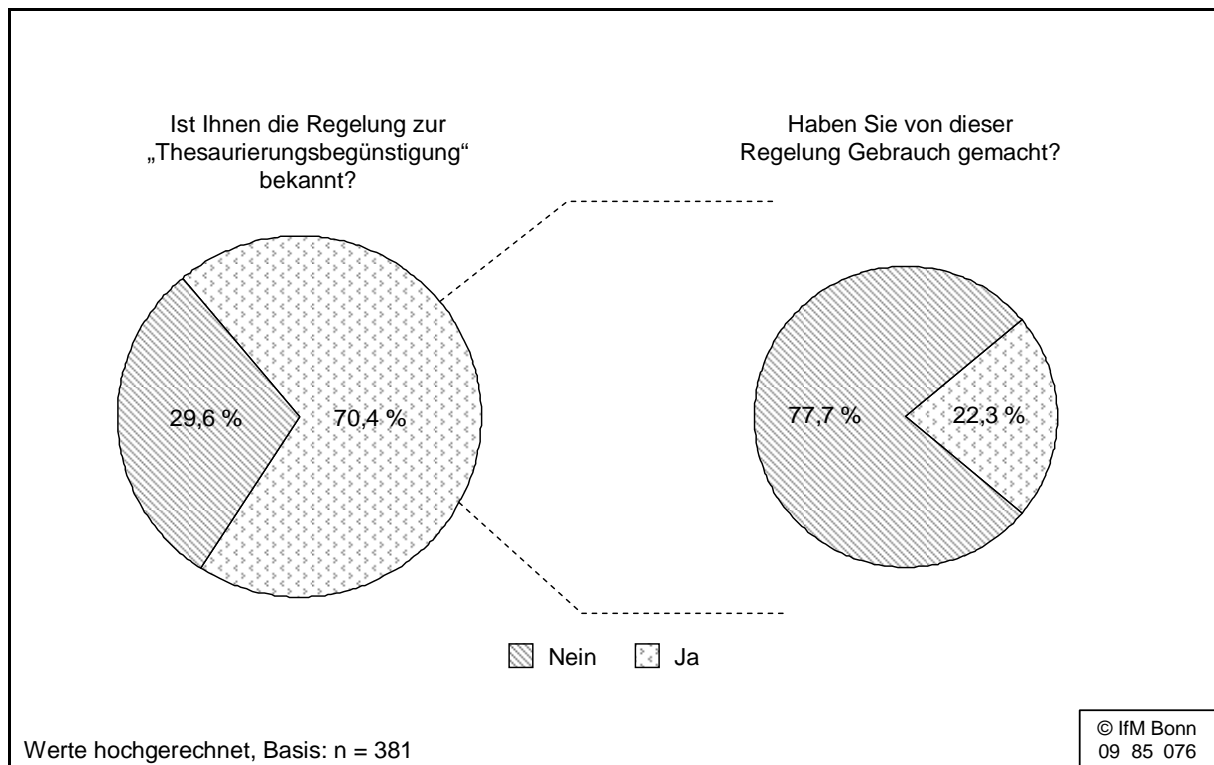
## Komplexität der Unternehmensbesteuerung wurde verschärft

In Verlustphasen kann es notwendig sein, der Unternehmung die thesaurierten Gewinne zur Bestreitung des Lebensunterhalts wieder zu entnehmen. Aufgrund der Regelung zur Nachbesteuerung kann diese zusätzliche Liquiditätsbelastung ein schwerwiegendes Problem darstellen. Des Weiteren können Altgewinne nicht entnommen werden, solange thesaurierte Gewinne im Unternehmen investiert sind. Das eigentliche Ziel der Eigenkapitalbildung kann also nur in eingeschränktem Maße und nur mit dem Nachteil einer Steigerung der steuerlichen Komplexität erreicht werden.

## Regelung ist bekannt, bleibt aber weitgehend ungenutzt

In der Frühjahrsbefragung 2010 des BDI-Mittelstandspanels wurden die Bekanntheit und der Gebrauch der Regelungen zur Thesaurierungsbegünstigung thematisiert. Es zeigt sich, dass die Möglichkeit zur steuerlichen Begünstigung einbehaltener Gewinne sieben von zehn der befragten Personenunternehmen bekannt ist. Nur gut 22 % dieser Unternehmen machen jedoch auch tatsächlich Gebrauch von dieser Regelung (vgl. Abbildung 4).

Abbildung 4: Steuerliche Begünstigung von nicht ausgeschütteten Gewinnen in Personengesellschaften



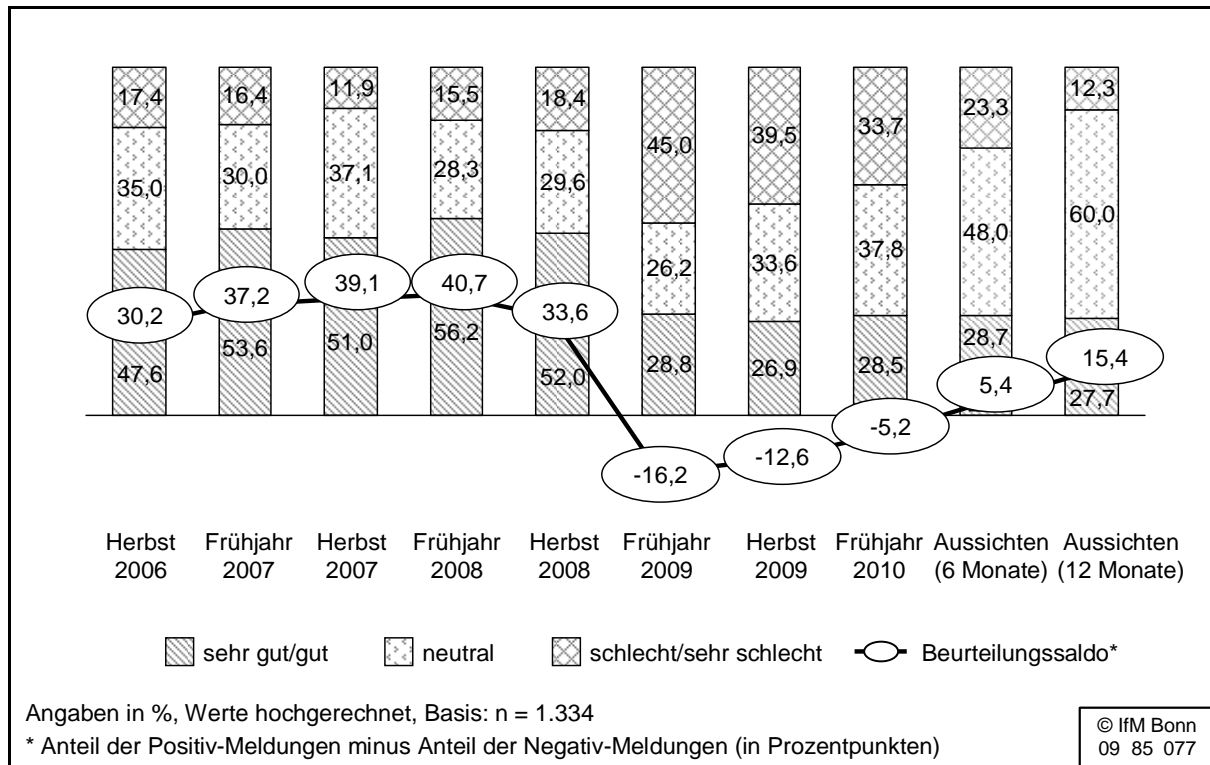
Als Zielgruppe der Gestaltung der Rechtsnorm sah der Gesetzgeber speziell größere, im internationalen Wettbewerb stehende Unternehmen, deren Eigenkapitalbildung erleichtert und Investitionsfähigkeit angeregt werden sollte. Die Ergebnisse zeigen: Mit zunehmender Unternehmensgröße und Exportorientierung wächst der Bekanntheitsgrad der Regelungen. Auch die Inanspruchnahme der Gewinnthesaurierungsmöglichkeit steigt mit der Unternehmensgröße. Allerdings besteht kein statistischer Zusammenhang zwischen der Inanspruchnahme und dem Ausmaß der Exportaktivitäten. Insofern wird das Ziel dieser steuerlichen Förderung nur zum Teil und unter Inkaufnahme selektiver Wirkungen erreicht.

### **2.1.2 Wirtschaftslage: Genesung erfolgt in kleinen Schritten**

Unter dem Eindruck der stärksten Rezession der Nachkriegsgeschichte blieben die deutschen Industrieunternehmen in der Herbstbefragung 2009 eher skeptisch bei der Beurteilung ihrer voraussichtlichen Wirtschaftslage im Frühjahr 2010. Ausgehend von dem damaligen eher trüben Stimmungsbild, hatten die Unternehmen auf Halbjahressicht lediglich eine Seitwärtsbewegung erwartet – der Saldo der erwarteten Wirtschaftslage als Differenz der Positiv- und Negativ-Meldungen lag bei -10,2 Punkten.

Die aktuelle Frühjahrsbefragung zeigt, dass die Unternehmen ihre eigene Prognose übertreffen konnten und heute besser dastehen als noch vor sechs Monaten erwartet. Der Anteil der Unternehmen mit guten Lageeinschätzungen nahm gegenüber dem letzten Herbst leicht auf 28,5 % zu, während sich der Anteil derjenigen mit schlechten Einschätzungen um gute sechs Prozentpunkte auf nunmehr ein Drittel reduzierte. Der Saldo der Einschätzungen der aktuellen Wirtschaftslage liegt folglich bei -5,2 Punkten und nähert sich somit dem Nullpunkt, bei dem ein Patt zwischen positiven und negativen Erwartungen erreicht wird (vgl. Abbildung 5).

Abbildung 5: Einschätzung der eigenen Wirtschaftslage im Zeitverlauf



### Verbesserung der Wirtschaftslage auf breiter Front

Die globale Dimension der Wirtschafts- und Finanzkrise und der damit einhergehende Einbruch der weltweiten Nachfrage hatten die exportstarken, zumeist größeren Industrieunternehmen besonders hart getroffen. Im Laufe des letzten Jahres hatte aber auch die Stimmung der binnenmarktorientierten Unternehmen nachgegeben. Erfreulicherweise lässt sich auf der Basis der aktuellen Befragung feststellen, dass die Aufhellung der Stimmungslage nunmehr bei Unternehmen aller Größenklassen unabhängig von der Marktausrichtung eingetreten ist. Ein Stimmungsplus können vor allem die exportorientierten Unternehmen für sich verbuchen: Nach dem tiefen Fall gelang es ihnen, schneller aus dem Tal herauszukommen, als den binnenmarktorientierten Unternehmen.

### Verhaltene Aufwärtsbewegung setzt sich im Jahresverlauf fort

Für den weiteren Jahresverlauf gehen die Unternehmen in der Tendenz von einer weiteren Verbesserung der Wirtschaftslage aus – der Saldo der Erwartungen erreicht im Herbst dieses Jahres wieder den positiven Bereich (+ 5,4 Punkte). Dabei lässt sich zwar ein deutlicher Rückgang der Unternehmen mit negativen Aussichten verzeichnen, die optimistische Vorausschau auf die eigene Wirtschaftslage weitet sich hingegen nicht aus. So zeigt der Trend des

Stimmungsbarometers zwar nach oben, von einer tiefgreifenden und eindeutig positiven Entwicklung kann jedoch nicht gesprochen werden. Die Tatsache, dass die Exportunternehmen für den weiteren Jahresverlauf nicht von einer Fortsetzung der Erholung in ähnlichem Ausmaß wie im letzten halben Jahr ausgehen, führt zu einer insgesamt verhalten positiven Einschätzung der nahen wirtschaftlichen Zukunft.

### **Export verbessert Stimmungsbild auf Jahressicht**

Erst die über den Jahreswechsel 2010 hinausgehende Prognose der Unternehmen führt bei der Stimmungslage zu einer Verstetigung des positiven Trends. Der Saldo der Erwartungen steigt auf 15,4 Punkte. Aber selbst für das Frühjahr 2011 kann noch nicht von einer grundsätzlichen Trendumkehr ausgegangen werden. Die Verlagerung des Erwartungssaldos in den positiveren Bereich wird erneut vor allem aufgrund eines Rückgangs der Negativerwartungen erreicht.

Nimmt man die Exportorientierung als statistisches Unterscheidungsmerkmal, so mehren sich die Hinweise darauf, dass der Export in den nächsten zwölf Monaten wieder Fahrt aufnehmen wird. Während sich unter den rein auf den Binnenmarkt orientierten Unternehmen die Zahl derer mit optimistischen und pessimistischen Prognosen die Waage hält, überwiegen unter den auf Auslandsmärkten aktiven Unternehmen auf Jahressicht eindeutig die positiven Erwartungen.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass die deutschen Industrieunternehmen das Konjunkturtal verlassen haben. Aber anders als in der Abwärtsbewegung, die sich rasch und nahezu unternehmensübergreifend vollzog, erfolgt die Erholung langsam und in kleinen Schritten. Die schwache Binnenkonjunktur trübt das Stimmungsbild. Die positiven Signale der Auslandsnachfrage – zumindest aus den Schwellenländern Asiens – lassen die Stimmung der Exportunternehmen steigen, beeinflussen das Gesamtbild aber nicht fundamental.

## **2.2 Entwicklung der Unternehmenskennzahlen**

Zusammenfassung: Im internationalen Kontext wird die Bewältigung der Krise in Deutschland mit einigem Erstaunen beobachtet: Die Nachfrage nach deutschen Gütern und Dienstleistungen brach auf europäischer Ebene überdurchschnittlich stark ein, der Arbeitsmarkt zeigte sich hingegen robust. Diese Entwicklung lässt sich insbesondere auch an den Kennzahlen der deutschen In-

dustrieunternehmen ablesen: Sechs von zehn Unternehmen mussten in 2009 Umsatzeinbrüche hinnehmen, aber weniger als jedes zweite reagierte hierauf mit Beschäftigungsabbau. In der Folge gab die Umsatzrendite deutlich nach. Im Vergleich zum Krisenjahr 2009 werden sich die zentralen Kennzahlen im laufenden Jahr erholen, aber auf niedrigem Niveau.

### **2.2.1 Umsatz im In- und Ausland: Perspektiven nach dem Krisenjahr 2009**

In die Bilanzhistorie eines Großteils der deutschen Industrieunternehmen wird das Jahr 2009 als das Krisenjahr schlechthin eingehen. Der freie Fall der Umsätze im Verarbeitenden Gewerbe, das einen Großteil der deutschen Industrieunternehmen ausmacht, ließ sich nicht aufhalten. Das Umsatzvolumen sank um 17 % unter das Niveau des Vorjahres nach einem Minus von 0,2 % in 2008. Dabei verringerten sich das Inlandsgeschäft im abgelaufenen Jahr um 14 % und der für die deutschen Industrieunternehmen so wichtige Auslandsumsatz gar um über 20 %, so das Statistische Bundesamt. In der Rangliste der weltweit größten Exportnationen wurde Deutschland schließlich von China an der Spitze abgelöst.

#### **Sechs von zehn Unternehmen mussten Umsatzeinbrüche hinnehmen**

Die Umsatzeinbrüche in der deutschen Industrie überraschten nicht nur in ihrem Umfang, sondern auch in ihrer Breite. Während im Jahr 2008 bereits ein gutes Drittel der Unternehmen ein Sinken der Absatzzahlen hinnehmen musste, hatten im zurückliegenden Jahr gar sechs von zehn Unternehmen mit sinkenden Einnahmen zu kämpfen. Die weitere Analyse zeigt, dass größere und stark exportorientierte Unternehmen tendenziell häufiger Absatzeinbrüche trafen als kleine, auf den Binnenmarkt fokussierte Unternehmen.

#### **Jedes dritte Unternehmen hatte Umsatzeinbrüche von über 20 %, aber ...**

Hinsichtlich des Ausmaßes der Umsatzeinbrüche waren die Exportunternehmen überproportional betroffen: Mussten ausschließlich auf dem Inlandsmarkt agierende Unternehmen im Mittel Rückgänge von 7,5 % bewältigen, verzeichneten die im Ausland engagierten Unternehmen Einbrüche des Gesamtumsatzes von durchschnittlich 19 %. Hinsichtlich der Unternehmensgröße ergibt sich ein etwas diffuseres Bild: Hier sind die kleineren Unternehmen (bis zu 20 Mitarbeiter) im letzten Jahr zwar insgesamt seltener, aber wenn, dann in stärkerem Ausmaß von Umsatzrückgängen betroffen gewesen. Dieser Befund ist auf strukturelle Nachteile gegenüber Großunternehmen zurückzuführen. We-

nig diversifizierte Produktportfolios und eine größere Abhängigkeit von wenigen Großkunden machen es kleinen Unternehmen unverhältnismäßig schwer – fast unmöglich –, beim Wegbrechen eines Marktes oder eines Kunden das Absatzniveau zu halten. Unabhängig von der Größenklasse musste in der Gesamtschau jedes dritte Unternehmen Umsatzeinbrüche von über 20 % verkraften.

### **... jedes zehnte Unternehmen konnte Umsätze um mehr als 20 % steigern**

Erfreulicherweise schaffte es aber auch ein Viertel der deutschen Industrieunternehmen, selbst das Jahr 2009 noch mit einer Umsatzsteigerung abzuschließen – jedes zehnte sogar mit einem Zuwachs von mehr als 20 %. Das Krisenjahr wurde also für einen Teil der Unternehmen durchaus zum Erfolgsgeschäft. Hierunter befanden sich besonders häufig Unternehmen mit reiner Binnenorientierung. Deren Umsätze waren aufgrund des verzögerten Einbruchs der Inlandsnachfrage weniger stark von der Krise betroffen als im Ausland engagierte Unternehmen. Auch die Eigenschaft, mit dem eigenen Portfolio eine Nische gefunden zu haben, die mit (hochpreisigen) Qualitätsprodukten bedient wird, zeichnete die Erfolgsunternehmen aus. Die Unternehmen der Baubranche starteten mit einem Auftragsplus ins vergangene Jahr und konnten nicht zuletzt aufgrund der Infrastrukturausgaben im Rahmen der Konjunkturpakete überdurchschnittlich häufig Umsatzsteigerungen generieren.

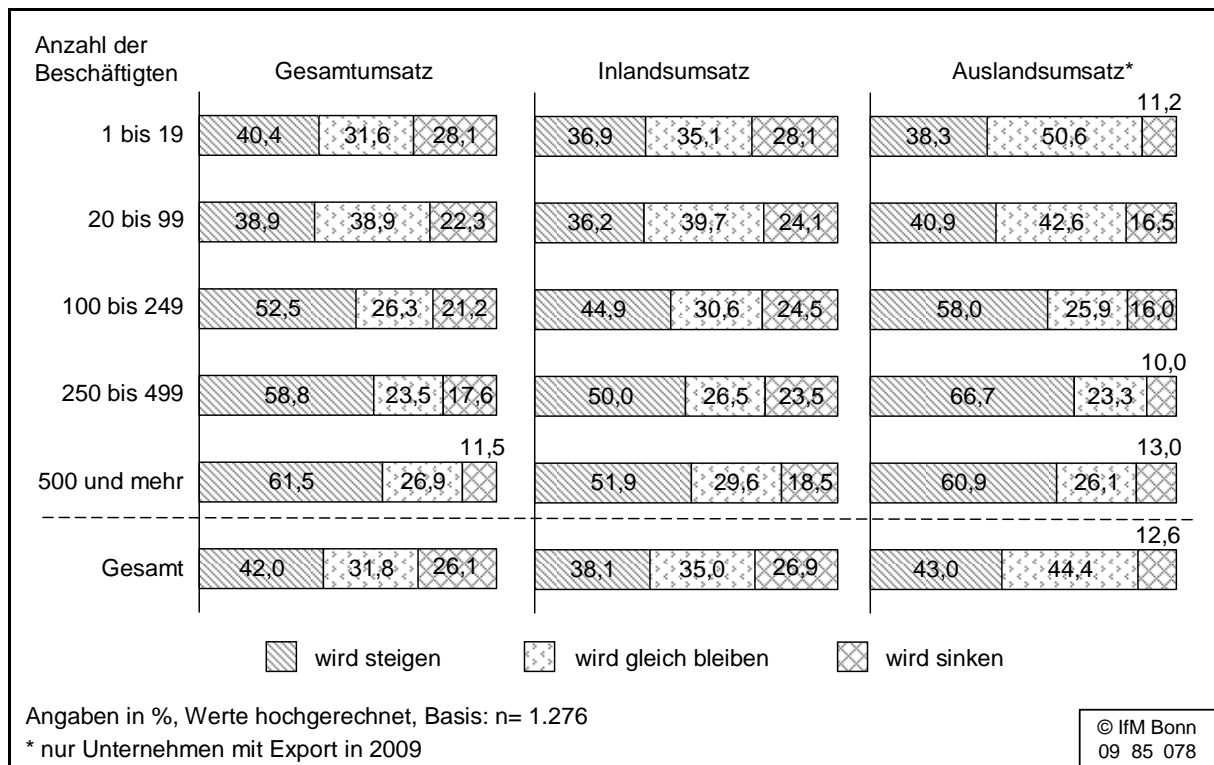
### **Umsatzerwartungen: Moderater Zuwachs gibt Hoffnung**

Frei nach dem Motto: „Es kann nur besser werden“ zeigen sich die deutschen Industrieunternehmen für den weiteren Jahresverlauf 2010 wieder optimistischer. Der Aufwärtstrend der Auftragseingänge, der sich mit einer zweimonatigen Verzögerung in der Produktion bemerkbar macht, deutet auf eine Ausweitung der Industrieproduktion im weiteren Jahresverlauf hin.

Ausgehend von dem niedrigen Niveau des Vorjahres, rechnen die Unternehmen für das laufende Jahr im Durchschnitt mit einem Umsatzwachstum zwischen 2 % und 3 %. Von steigenden Gesamtumsätzen gehen 42 % der Unternehmen aus, ein weiteres Drittel erwartet, zumindest das Niveau des Vorjahres erreichen zu können. Das verbleibende Viertel der Unternehmen erwartet weitere Umsatzrückgänge, wobei die Vorjahresumsätze in diesen Fällen voraussichtlich um mehr als 13 % im Mittel unterschritten werden. Erfreulicherweise übersteigt die Zahl der Unternehmen mit Aussichten auf steigende Absatzzahlen über alle Größenklassen hinweg diejenigen mit sinkenden Um-

satzerwartungen. Deutlich wird jedoch, dass die Unternehmen mit steigender Größe optimistischer auf die Absatzchancen 2010 blicken (vgl. Abbildung 6).

Abbildung 6: Für 2010 erwartete Umsatzentwicklung



### Export wird 2010 zur treibenden Kraft

Der weltweite Handel leistet einen wesentlichen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands. Nach Angaben des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie sichert er hierzulande jeden vierten Arbeitsplatz, in der Industrie sogar jeden dritten. Schließlich wird jeder zweite BIP-Euro im Außenhandel erwirtschaftet.

Im ersten Jahr nach der Rezession springt der Exportmotor wieder an und wird wieder zur treibenden Kraft. Nur 13 % der auslandsaktiven Unternehmen gehen für 2010 von sinkenden Exportumsätzen aus – für mehr als vier von zehn dieser Unternehmen überwiegt der positive Effekt der Auslandsnachfrage. Den Exporten kommt derzeit der schwache Euro zu Hilfe: Seit Jahresbeginn hat die europäische Gemeinschaftswährung mehr als ein Zehntel an Wert gegenüber dem Dollar verloren.

Dass die starke Fokussierung der deutschen Wirtschaft auf Märkte jenseits der eigenen Grenzen nicht nur Chancen, sondern auch Risiken birgt, hat der Verlauf des Jahres 2009 gezeigt. Mit Europa ist zwar der wichtigste deutsche



Exportmarkt noch durch die Flaute geschwächt – Deutschland setzt drei Viertel aller exportierten Waren und Dienstleistungen in Europa ab. Allerdings sollte die stärkere Dynamik in den Schwellenländern Asiens den Exporten der deutschen Industrie zu positiven Wachstumsraten verhelfen.

### **Einstieg in Exportmärkte wird 2010 nur selten realisiert**

Nur vereinzelt werden die bisher rein binnenmarktorientierten Unternehmen in diesem Jahr erstmals Absatzchancen im Ausland wahrnehmen. Gleichzeitig gehen sie nur von geringen Nachfrageimpulsen der heimischen Märkte aus. In der Gesamtschau erwarten die binnenorientierten Unternehmen einen Umsatzrückgang von 0,5 %. Die sich rege entwickelnde Auslandsnachfrage sollte daher den Firmen gerade jetzt ein Anreiz sein, verstärkt über die Erschließung von Absatzpotentialen jenseits der Grenzen nachzudenken.

Im März 2010 präsentierte das Bundeswirtschaftsministerium seine Außenwirtschaftsoffensive. Etwa mit außenpolitischen Flankierungsmaßnahmen, dem Abbau von Bürokratie und der thematischen Bündelung der Außenwirtschaftsförderung möchte das Ministerium die Unternehmen unterstützen. In der Herbstbefragung 2009 des BDI-Mittelstandspanels hatten aber nur wenige der nicht-exportierenden Unternehmen (7,7 %) einen positiven Zusammenhang zwischen einer Optimierung der Außenwirtschaftsförderung und den eigenen Exportaktivitäten hergestellt. Ein Drittel der bereits auf Auslandsmärkten aktiven Unternehmen hatte einer Optimierung/Ausweitung der Außenwirtschaftsförderung positive Impulse zugesprochen.

### **2.2.2 Umsatzrendite: Nach Verlusten im Krisenjahr geht der Blick nach vorne**

Das Jahr 2008 war maßgeblich durch eine zweigeteilte Entwicklung gekennzeichnet: Im ersten Halbjahr konnten die Unternehmen noch gute Umsätze und Gewinne realisieren; im zweiten Halbjahr traf die Unternehmen der weltwirtschaftliche Einbruch, und die Kennzahlen fielen zum Teil deutlich in den Negativbereich. Unterm Strich gelang es jedoch, die Umsatzrendite 2008, d.h. das Verhältnis von Jahresüberschuss vor Steuern zu Umsatz, weitgehend auf einem konstanten Niveau zu halten. Im vergangenen Jahr, das in vollem Umfang von der Krise überschattet war, konnte diese zentrale Erfolgskennzahl nicht mehr standhalten.

### **Jedes fünfte Industrieunternehmen in 2009 in der Verlustzone**

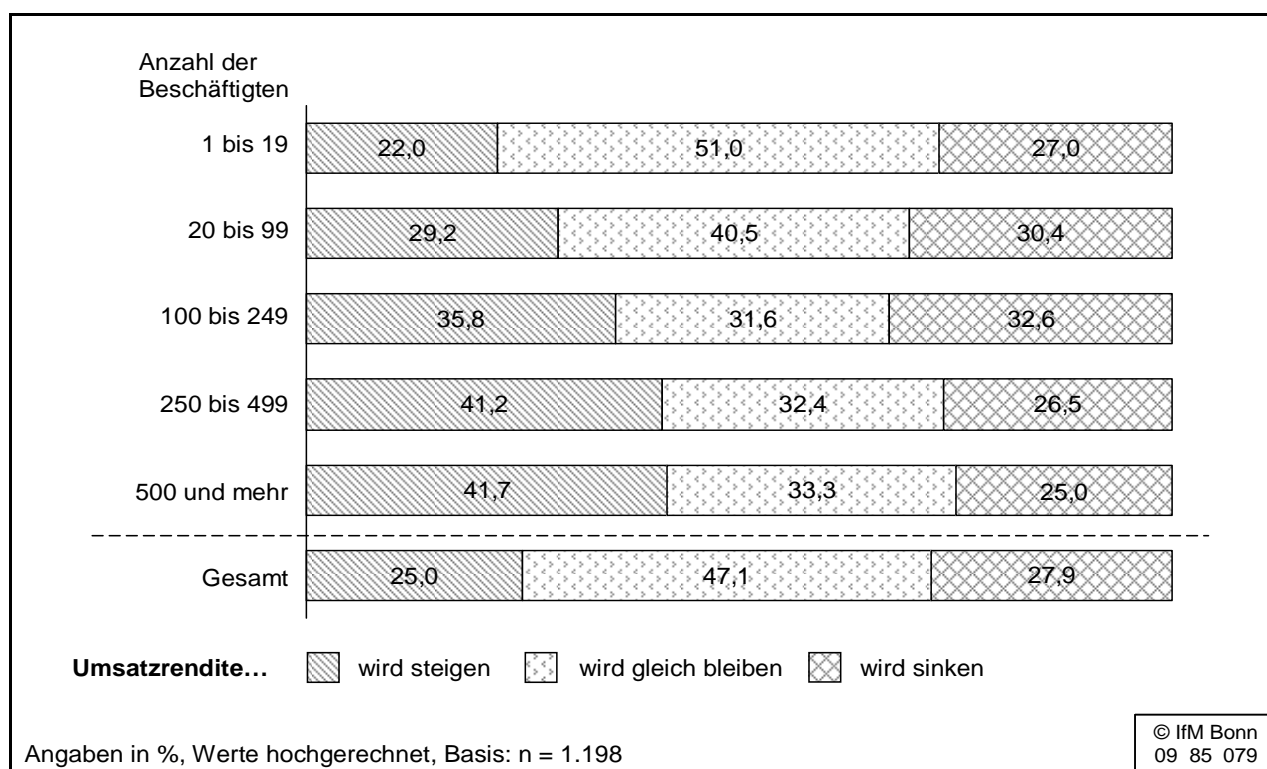
Auch und insbesondere das Festhalten an der Stammebelegschaft (siehe Kapitel 2.3) bei gleichzeitig massiv sinkenden Umsätzen hat dazu geführt, dass mehr als jedes fünfte vom BDI-Mittelstandspanel erfasste Unternehmen im vergangenen Jahr Verluste erlitten hat. Noch in 2008 schrieb nur jedes zehnte Unternehmen rote Zahlen. Von Verlusten gleichermaßen betroffen waren große und kleine, rein binnenmarkt- oder exportorientierte Unternehmen. Am oberen Ende der Renditeskala, sprich einer Umsatzrendite von 10 % oder mehr, konnten sich nur noch wenige Unternehmen halten. Erreichten im Vorjahr noch gut 22 % der Unternehmen diese Zone, gelang dies in 2009 nur noch 13 %.

### **Gute Renditen bleiben auch in 2010 eher die Ausnahme**

Die Umsätze der Unternehmen werden sich im laufenden Jahr zwar erholen, aber nur in kleinen Schritten. Bei relativ konstanten Personalkosten und wieder ansteigenden Rohstoffpreisen kann für das Jahr 2010 daher noch keine breit angelegte Erholung der Renditen in den deutschen Industrieunternehmen prognostiziert werden. Die Zahl der Unternehmen mit sinkenden Renditeerwartungen übersteigt die Zahl derer mit positiven Aussichten (vgl. Abbildung 7). Recht deutlich ist jedoch zu sehen, dass die Unternehmen mit steigender Größe tendenziell häufiger in der Lage sein werden, ihre Ertragssituation zu verbessern. Während in der untersten Größenklasse lediglich gut jedes fünfte Unternehmen mit steigenden Renditen rechnet, erhöht sich dieser Anteil auf knapp 42 % in der Gruppe der Großunternehmen.

Erfreulich ist, dass über die Hälfte der Unternehmen, die im letzten Jahr Verluste hinnehmen mussten, von einem Anstieg der Rendite in 2010 ausgeht. Unternehmen mit positiver Ertragslage in 2009 erwarten für das laufende Jahr eher rückläufige, maximal gleich bleibende Erträge. In der Gesamtschau werden sich die Umsatzrenditen deshalb im niedrigen Renditebereich annähern.

Abbildung 7: Erwartete Entwicklung der Umsatzrendite in 2010



### 2.2.3 Beschäftigung in der Industrie: Abwärtsdynamik geht zurück

Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den deutschen Arbeitsmarkt sind entgegen den Erwartungen moderat geblieben. Im Jahresschnitt 2009 nahm die Arbeitslosenquote im Vergleich zum Vorjahr um 0,4 Prozentpunkte auf 8,2 % zu – weit weniger als zu Beginn des Jahres erwartet. Die Verlängerung der geförderten Kurzarbeit, gepaart mit dem Festhalten der deutschen Unternehmen an ihrer Fachkräftebasis, bedeutete eine immense Entlastung für den Arbeitsmarkt. Da nach Angaben des Statistischen Bundesamtes die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden im Verarbeitenden Gewerbe deutlicher zurückging als die Lohnsumme, wurden Produktivitätsrückgänge bewusst in Kauf genommen, um die Fachkräftebasis zu halten. Im laufenden Jahr werden die Unternehmen bestrebt sein, ihre Produktivität wieder dem Niveau von vor der Rezession anzunähern. Die Zahl der Beschäftigten wird sich dementsprechend erst dann erhöhen, wenn die Möglichkeiten zur flexiblen Gestaltung der Personalkapazitäten ausgeschöpft sind.

#### Fast jedes zweite Industrieunternehmen musste Beschäftigung abbauen

Der für das Jahr 2009 in den amtlichen Statistiken belegte Abbau von Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe wird auch durch die Angaben der In-

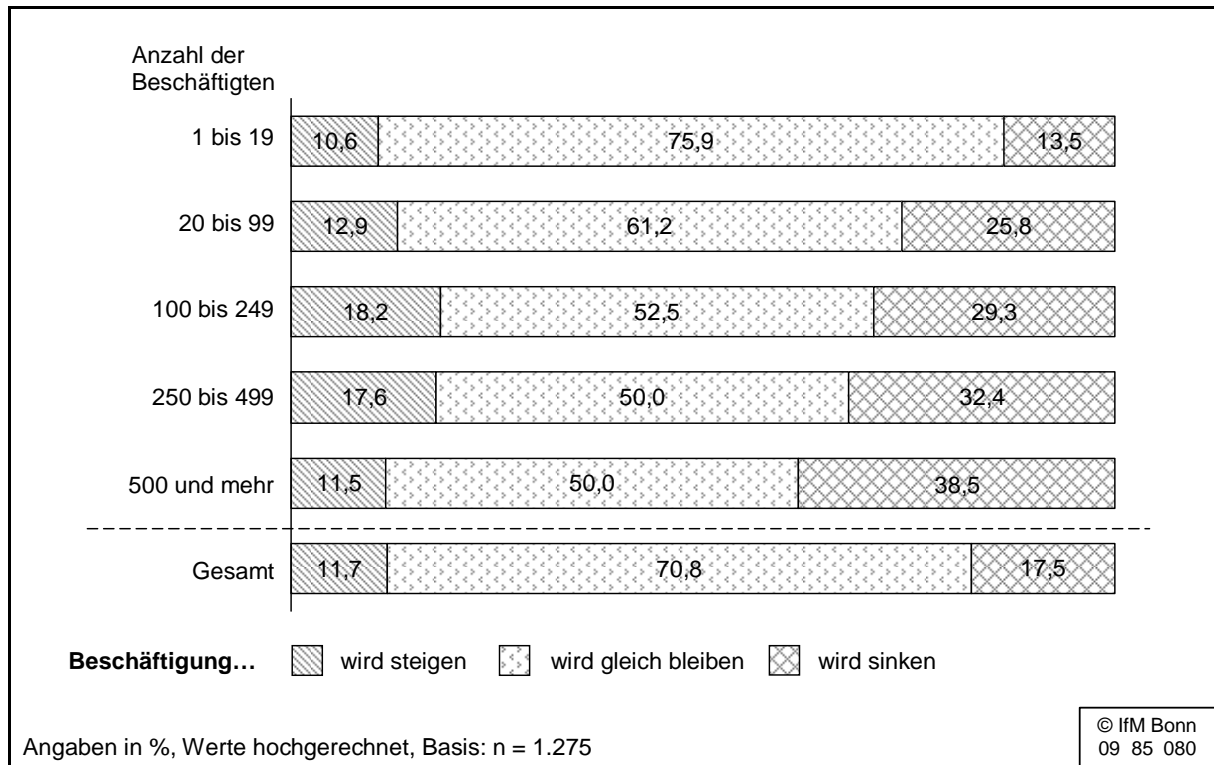
dustrieunternehmen im BDI-Mittelstandspanel bestätigt. Betroffen waren Beschäftigte in 47 % aller befragten Unternehmen. Im Vorjahr hatte nur jedes dritte Unternehmen die Zahl der Beschäftigten reduzieren müssen. Die Zahl der Unternehmen, die die Belegschaft zurückführten, überwog in allen Größenklassen die Zahl derjenigen, die Beschäftigung aufbauten. Je größer die Unternehmen und ihre Exportorientierung, desto häufiger fanden drastische Einschnitte im Personalbestand statt.

### **Beschäftigungsrückgang in der Industrie in 2010 nur noch moderat**

Die Erwartungen für das laufende Jahr 2010 zeichnen ein etwas freundlicheres Bild. So wird der Anteil der Unternehmen, die im laufenden Jahr die Mitarbeiterzahl weiter reduzieren, auf weniger als jedes fünfte zurückgehen (vgl. Abbildung 8). Da ein Aufbau von Beschäftigung in nur knapp 12 % der Unternehmen stattfinden wird, muss für 2010 aber mit einem weiteren Rückgang der Industriebeschäftigten im Inland im Umfang von gut einem Prozent gerechnet werden. Mit der Anpassung der Mitarbeiterzahl reagieren die Unternehmen auf die noch immer geringe Kapazitätsauslastung. Nach einer durchschnittlichen Auslastung von 83 % in den letzten Jahren war diese im Zuge der Krise auf nur noch 70 % im Frühjahr 2009 gesunken. Auch wenn die Auslastung der deutschen Industrie nun wieder bei etwa drei Viertel der Kapazitäten liegt, wird eine leichte Korrektur der Beschäftigtenzahlen nach unten notwendig sein, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können.

Der Abbau von Beschäftigung wird tendenziell eher in größeren Unternehmen stattfinden – sowohl was den Anteil der betroffenen Unternehmen als auch den absoluten Beschäftigungsabbau betrifft. Diese hatten ihre Beschäftigung im letzten Jahr im Vergleich zu kleinen Unternehmen nur in geringerem Ausmaß zurückgeführt. Grund waren die verstärkte Nutzung von Flexibilisierungsinstrumenten, starre Kündigungsfristen und bestehende Betriebs- und Tarifvereinbarungen.

Abbildung 8: Für 2010 erwartete Entwicklung der Inlandsbeschäftigung



### Leiharbeit etabliert sich als Instrument zur Gestaltung der Kapazitäten

In den vergangenen Jahren wurde eine Flexibilisierung des Arbeitseinsatzes durch eine verstärkte Nutzung von Leiharbeit erreicht. Mittlerweile gilt die Zahl der Leiharbeiter als ein Frühindikator für die konjunkturelle Entwicklung der Gesamtwirtschaft. Während die Branche in wirtschaftlich guten Zeiten überdurchschnittlich viele Beschäftigungsverhältnisse aufbaute, kam es im wirtschaftlichen Abschwung auch zu einem dementsprechend raschen und umfangreichen Beschäftigungsrückgang. Gesamtwirtschaftlich gesehen, war die Zahl der Leiharbeiter Branchenangaben zufolge nach Ausbruch der Wirtschaftskrise von ehemals 800.000 bis zum Frühjahr 2009 um knapp 300.000 zurückgegangen. Seitdem ist in der Leiharbeitsbranche wieder ein leichter Aufwärtstrend zu erkennen; auf längere Sicht wird ihre Bedeutung weiter zunehmen.

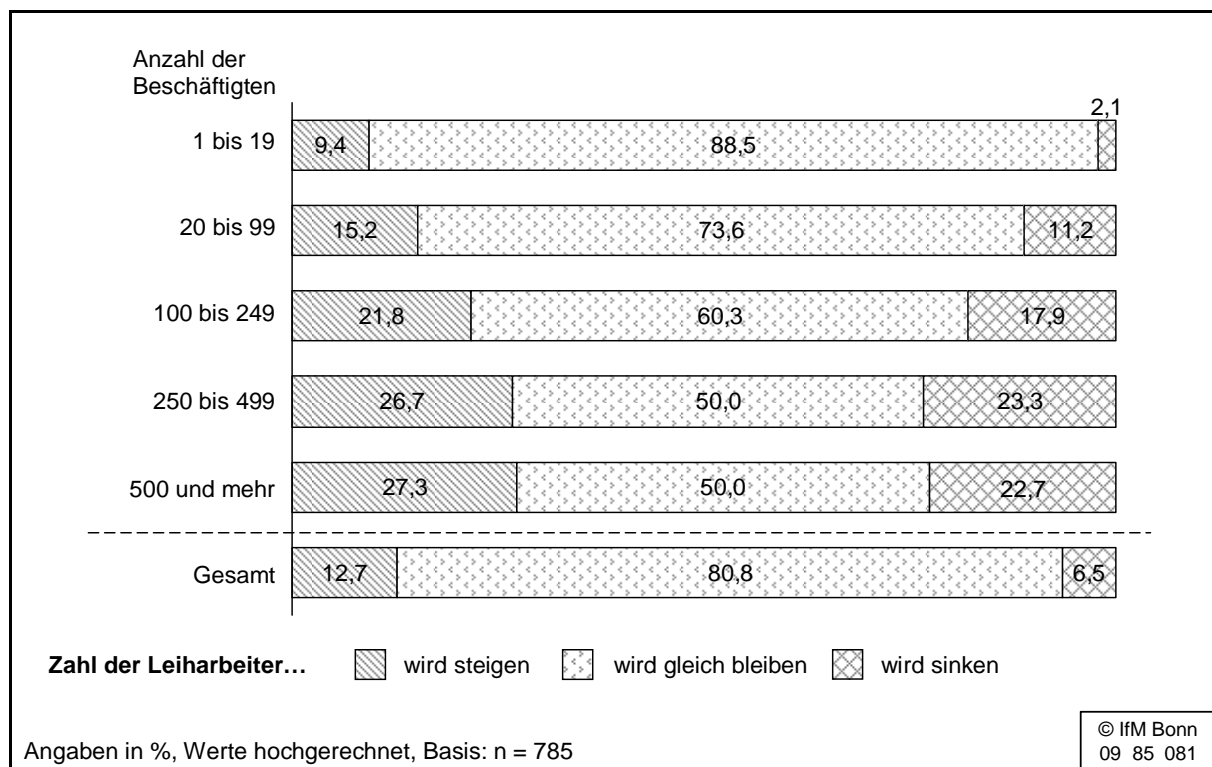
Der Abbau von Leiharbeit diente im Zuge der Krise als kurzfristig realisierbare Maßnahme zur Entlastung der Personalkosten und zur Schonung der Liquidität. Zu Beginn der Krise hatte nach Angaben der Panel-Befragung rund jedes vierte deutsche Industrieunternehmen Leiharbeitskräfte unter Vertrag. Dieser Wert reduzierte sich über den Jahreswechsel 2008/2009 drastisch auf knapp 15 %. Im Zuge dessen verringerte sich die Summe der entliehenen Arbeit-

nehmer um ca. 40 %, so dass nunmehr nur noch jeder 40. Beschäftigte der Industrie von einem Leiharbeitsunternehmen gestellt wird. Seit dem starken Rückgang ist dieser Prozess zum Stillstand gekommen – nach Angaben der befragten Industrieunternehmen verharren sowohl die Zahl der entleihenden Unternehmen als auch die der entliehenen Arbeits- und Fachkräfte in etwa auf dem gleichem Niveau.

### Leichte Impulse aus der Industrie in Richtung Leiharbeit

Aufgrund der geringen Auslastung der Produktionskapazitäten und der noch immer regen Nutzung der Kurzarbeit weitet sich die Anzahl der von deutschen Industrieunternehmen beschäftigten Leiharbeitskräfte im Laufe des Jahres 2010 voraussichtlich nur leicht aus. Von der Gesamtheit aller befragten Unternehmen werden lediglich 13 % in naher Zukunft intensiver von dieser Möglichkeit Gebrauch machen. Gleichzeitig werden 6,5 % aller Unternehmen den Umfang der Leiharbeiter reduzieren (vgl. Abbildung 9). Zudem wird nur jedes zehnte Unternehmen, das zum Ende letzten Jahres keinen Gebrauch von der befristeten Arbeitnehmerüberlassung machte, in 2010 auf diese Form der flexiblen Gestaltung des Arbeitskräftepotentials zurückgreifen.

Abbildung 9: Für 2010 erwartete Entwicklung der Nutzung von Leiharbeit



Per saldo ist also vorerst keine deutliche Belebung dieses Arbeitsmarktsegmentes durch die Industrie zu erwarten. Zurzeit ist hier das Beschäftigungsverhalten der Großunternehmen prägend. Wenn Leiharbeit auf- bzw. abgebaut wird, dann geht dies in überdurchschnittlichem Maße auf entsprechende Aktionen dieser Unternehmen und nicht auf den Mittelstand zurück.

Befürchtungen, dass eine verstärkte Nutzung von Leiharbeitskräften zu einer Verdrängung von Neueinstellungen führe, sind den Ergebnissen des BDI-Mittelstandspanels zufolge unbegründet. Wie oben berichtet, plant insgesamt gut jedes zehnte Unternehmen in 2010 eine Aufstockung der Beschäftigung im Inland. Unter denjenigen Unternehmen, die nach eigenen Angaben die Zahl der Leiharbeitskräfte erhöhen wollen, plant jedes dritte Unternehmen auch eine Ausweitung der Stammebelegschaft.

## **2.3 Investitionen und Finanzierung**

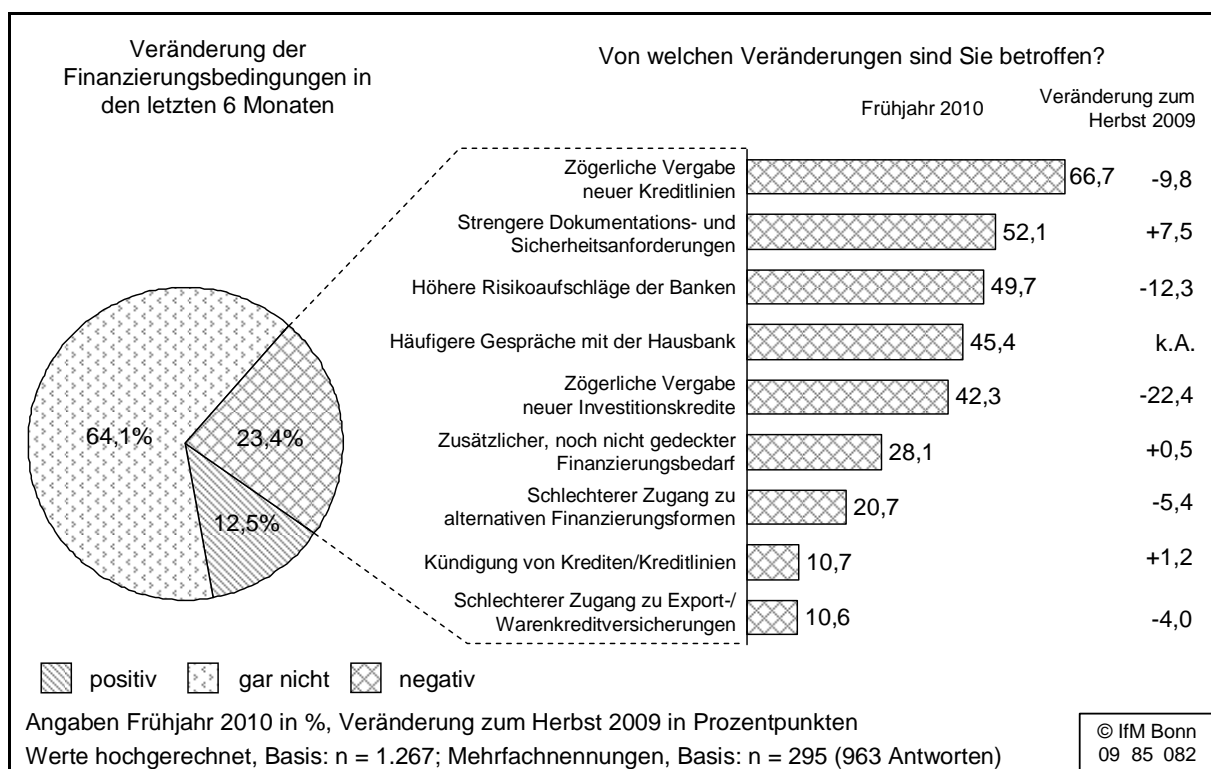
Zusammenfassung: Die Beurteilung der Finanzierungsbedingungen in der Industrie hat sich trotz des beginnenden Aufschwungs nur wenig verändert: Keine wirkliche Verbesserung, aber auch keine weitere Verschlechterung. Zwar bleibt die Kreditvergabepaxis der Banken restriktiv und das Kreditvolumen sinkt, doch eine flächendeckende Kreditklemme ist weiterhin nicht in Sicht. Aufgrund der krisenbedingten Unsicherheit zeigten sich die Industrieunternehmen bereits im Frühjahr 2009 äußerst zurückhaltend in ihrer Investitionsneigung. Der Blick zurück offenbart allerdings, dass mehr investiert wurde, als auf dem Höhepunkt der Krise geplant war. Die Schätzungen zur Investitionstätigkeit für das Jahr 2010 stimmen verhalten hoffnungsvoll – große Sprünge sind aber nicht zu erwarten. Wie im letzten Jahr stellen Ersatzanschaffungen auch in diesem Jahr das dominierende Investitionsziel der Industrie dar.

### **2.3.1 Finanzierungsbedingungen: Leichte Entspannung im industriellen Mittelstand**

Nach der Überwindung der Rezession lassen sich erstmals Entspannungstendenzen bei der Versorgung mit Krediten erkennen. Das zeigt die aktuelle Befragung des BDI-Mittelstandspanels. Während im Herbst 2009 noch jedes zweite Industrieunternehmen eine Verschlechterung seiner Finanzierungsbedingungen seit Ausbruch der Krise beobachtete, haben sich die Aussichten in der aktuellen Frühjahrsbefragung deutlich aufgehellt: Eine Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen im letzten halben Jahr beobachten nur noch 23 % der Unternehmen (vgl. Abbildung 10). Der überwiegende Teil hiervon

berichtet über eine kontinuierliche Verschlechterung seit Krisenbeginn. Der Anteil der Unternehmen, die erstmals über eine negative Entwicklung des finanziellen Umfelds berichten, ist im Vergleich zum Herbst 2009 deutlich von knapp 15 % auf nicht einmal 4 % zurückgegangen. Mit 64 % bezeichnen fast zwei Drittel der Unternehmen die Finanzierungsbedingungen der letzten sechs Monate als stabil, gut 12 % berichten sogar von einer positiven Entwicklung. Die Hinweise auf eine flächendeckende Kreditklemme verdichten sich nicht.

Abbildung 10: Veränderung der Finanzierungsbedingungen und Auswirkungen auf die Unternehmensfinanzierung



Überdurchschnittlich häufig beurteilten die exportstarken sowie die größeren Unternehmen (mehr als 250 Beschäftigte) die Entwicklung ihres Finanzierungsumfelds im letzten Halbjahr positiv. In dieser Unternehmensgruppe, wie auch in den Kleinunternehmen, hatten sich die Finanzierungsbedingungen seit dem Einbruch der Finanzmärkte besonders negativ entwickelt. Im Gegensatz zur Aufhellung in den obersten Größenklassen kam es für die kleinen Unternehmen nur unterdurchschnittlich häufig zu einer Verbesserung.

### Bereitstellung von Liquidität noch immer das häufigste Problem

Die aktuelle Befragung zeigt, dass Unternehmen, deren Finanzierungsbedingungen sich verschlechtert haben, wie bereits im Herbst 2009 am häufigsten Einschränkungen bei der Bereitstellung neuer Kreditlinien feststellen (66,7 %;



vgl. Abbildung 10). Trotz eines Bedeutungsverlusts von fast zehn Prozentpunkten stellt die Verfügbarkeit kurzfristig liquider Mittel noch immer das größte Problem der Industrieunternehmen dar. Entspannt hat sich die Lage im Hinblick auf den Zugang zu Investitionskrediten. Entschärft ist sie jedoch noch nicht: Für 42,3 % der Industrieunternehmen, die sich mit restriktiveren Finanzierungsbedingungen konfrontiert sehen, ist der Zugang zu Investitionskrediten immer noch erschwert.

### **Dokumentations- und Sicherheitsanforderungen verschärfen sich**

Nach den Angaben der mittelständischen Industrieunternehmen haben die Dokumentations- und Sicherheitsanforderungen der Banken weiter zugenommen. Diese Beurteilung deckt sich mit der Sichtweise von Experten, die davon ausgehen, dass sich für etwa 80 % aller mittelständischen Unternehmen das Kreditrating spürbar verschlechtert hat oder aufgrund der noch anstehenden Bewertungen auf Basis der Geschäftszahlen für 2009 verschlechtern wird.

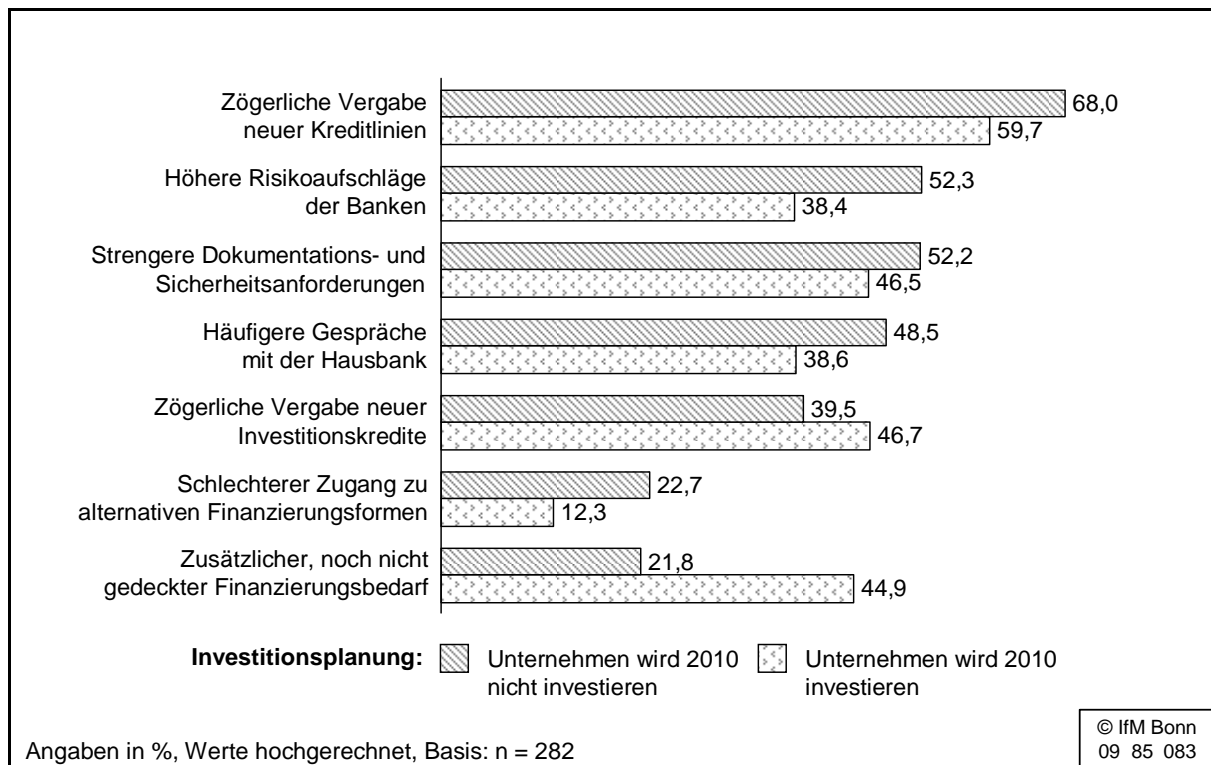
### **Zugang zu Investitionskrediten hemmt Investitionsentscheidung nicht**

Eine detaillierte Betrachtung der negativ veränderten Finanzierungsbedingungen in Abhängigkeit von der Investitionstätigkeit liefert weitere Erkenntnisse (vgl. Abbildung 11). Entwarnend in der Diskussion um eine mögliche Kreditklemme wirkt zunächst der Befund, dass Unternehmen mit Investitionsplänen für das Jahr 2010 seltener über eine zögerliche Vergabe neuer Investitionskredite klagen als noch im Herbst. Damals hatten gut sechs von zehn Unternehmen, die sowohl Investitionen tätigten als auch von einer negativen Entwicklung der Finanzierungsbedingungen betroffen waren, Schwierigkeiten beim Zugang zu Krediten. Sechs Monate später gilt dies noch für rund 47 % dieser Unternehmen.

Ungeachtet dieser Verbesserung sehen es viele der investierenden Unternehmen vorerst noch als schwierig an, den zusätzlichen Finanzierungsbedarf zu decken, der im Laufe des Jahres durch die geplanten Investitionsprojekte entsteht. Dies gilt umso mehr in Fällen, in denen die Investition auch mit einem zusätzlichen Betriebsmittelbedarf verbunden ist. Allerdings sollte die Konjunkturbelebung bald für eine weitere Entspannung der Finanzierungssituation sorgen. Zum einen wird sich in vielen (insbesondere mittleren und größeren) Unternehmen der Selbstfinanzierungsspielraum im Zuge erwarteter Umsatz- und Ertragssteigerungen ausweiten. Zum anderen dürfte sich die in der Krise gesunkene Bonität wieder verbessern, sodass es leichter fallen wird, für den aus

heutiger Sicht noch nicht gedeckten Finanzierungsbedarf die nötigen Mittel zu beschaffen.

Abbildung 11: Negative Aspekte der Finanzierungsbedingungen



Von den Unternehmen, die im letzten Jahr nicht investiert und über schlechtere Finanzierungsbedingungen geklagt haben, konstatierten im Herbst 2009 ebenfalls knapp sechs von zehn einen Mangel an Investitionsmitteln. In der aktuellen Befragung ist deren Anteil auf knapp 40 % zurückgegangen. Diese Unternehmen haben häufiger Probleme beim Zugang zu Kreditlinien und klagen über vermehrte Gespräche mit ihrer Hausbank. Zudem sind sie in stärkerem Ausmaß von höheren Risikoaufschlägen und strengeren Dokumentations- sowie Sicherheitsanforderungen der Banken betroffen. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass in diesen Fällen die Investitionen auch aufgrund der angespannten eigenen Finanzlage eingefroren wurden, um die finanzielle Situation vorerst zu entschärfen.

### **Wirtschaftsfonds Deutschland: Kleine Unternehmen wollen es alleine schaffen**

Um möglichen Finanzierungsengpässen entgegenzuwirken, hat die Bundesregierung zwei Konjunkturpakete aufgelegt. Ein zentraler Baustein der Konjunkturpakete ist der Wirtschaftsfonds Deutschland. Dieser bietet Unternehmen eine Möglichkeit zur Lösung von krisenbedingten Finanzierungsschwie-

rigkeiten. Der Fonds stellt öffentliche Kredite und Bürgschaften im Umfang von bis zu 115 Milliarden Euro zur Verfügung. Die Bewältigung krisenbedingter Finanzierungsprobleme zur Sicherung von Wachstum und Arbeitsplätzen steht dabei im Fokus. Bis Ende April 2010 waren mit gut 12 Milliarden Euro etwa 10 % des Fondsvolumens bewilligt, gut die Hälfte der Finanzmittel ging an mittelständische Unternehmen (mit bis zu 500 Millionen Euro Umsatz).

Im Rahmen des BDI-Mittelstandspanels wurden die Teilnehmer nach der Inanspruchnahme dieses Kredit- und Bürgschaftsprogramms befragt. Wie nach den offiziellen Angaben zur Ausschöpfung zu erwarten war, haben gut 95 % der Industrieunternehmen den Fonds bisher nicht in Anspruch genommen. Befragt nach den Gründen für die geringe Resonanz auf das Programm, lautet das Urteil mehrheitlich: Kein Bedarf (69,6 %) – ein weiteres Indiz gegen das Vorliegen einer Kreditklemme. Ein gutes Viertel der Unternehmen (26,4 %), die den Wirtschaftsfonds Deutschland nicht beansprucht haben, will trotz eigentlich vorhandenem Finanzbedarf auf staatliche Unterstützung verzichten. Ohne Hilfe wollen vor allem kleine Unternehmen auskommen.

### **Bearbeitungsdauer ist größter Kritikpunkt**

Unternehmen, die Erfahrungen mit dem Wirtschaftsfonds Deutschland gesammelt haben – sei es durch eine Inanspruchnahme von Mitteln oder zumindest durch deren Beantragung –, hatten die Gelegenheit, Elemente der Beantragung und Ausgestaltung zu beurteilen. Aufgrund geringer Fallzahlen sind die Ergebnisse jedoch vorsichtig zu interpretieren.

Als häufigster Kritikpunkt wurde die Bearbeitungsdauer der Anträge genannt. Dies wurde insbesondere von denjenigen Unternehmen bemängelt, deren Antrag abgelehnt oder zurückgezogen wurde. Selbige beklagen auch häufiger mangelnde Unterstützung durch die Hausbank und den Kenntnisstand der Bankberater. Die Ausgestaltung der Förderrichtlinien sowie die Konditionen der Kredite und Bürgschaften wurden im Mittel als geringstes Hemmnis gesehen und nur von jedem vierten Unternehmen mit Erfahrungen bei der Beantragung als negativ beurteilt.

Trotz der insgesamt zu verzeichnenden Entspannung der Finanzierungs- und Investitionsbedingungen bedarf die finanzielle Situation der deutschen Industrieunternehmen weiterer Beobachtung. Mit der konjunkturellen Erholung wachsen die Herausforderungen an den Finanzsektor. Bei einer weiterhin langsamen Erholung der Wirtschaftsaktivitäten im aktuellen Jahr, einem anhal-

tend schwachen Investitionsgeschehen sowie angesichts der Angaben zur Inanspruchnahme des Wirtschaftsfonds Deutschland scheint eine Kreditklemme in der Industrie aktuell eher unwahrscheinlich.

### **2.3.2 Investitionsverhalten nach der Krise: Vorsichtiger Optimismus**

Mit Beginn der Rezession und dem deutlichen Einbruch im Jahr 2008 wurden in den Unternehmen zunächst einmal nicht zwingend notwendige Ausgaben gestoppt. Das Investitionsvolumen lag in 2008 daher deutlich unter den vor der Krise aufgestellten Planungen. Gut sechs von zehn deutschen Industrieunternehmen kompensierten krisenbedingte Ausfälle durch das Verschieben von Investitionen, so die Angaben aus der Frühjahrsbefragung 2009. Die Ergebnisse der aktuellen Erhebung zeigen, dass die auf dem Höhepunkt der Krise im Frühjahr 2009 getroffenen Voraussagen über das Investitionsvolumen des nunmehr abgelaufenen Jahres etwas zu pessimistisch waren. Das Investitionsvolumen der deutschen Industrieunternehmen überstieg die vormaligen Erwartungen. Der Krise zum Trotz: Jedes vierte Unternehmen steigerte Investitionen

Noch zu Beginn des Jahres 2009 waren mehr als vier von zehn Unternehmen von sinkenden Investitionsbudgets ausgegangen, nur zwei von zehn rechneten mit einer Steigerung. Wie die aktuelle Erhebung zeigt, haben in der Tat rund 45 % der Unternehmen ihre Investitionen in 2009 im Vergleich zum Vorjahr zurückgefahren. Der Krise und allen Sparmaßnahmen zum Trotz sah sich aber auch gut jedes vierte Unternehmen in der Lage, die Investitionen im Vorjahresvergleich auszuweiten. In den oberen Größenklassen gelang dies durchweg gut jedem dritten Unternehmen.

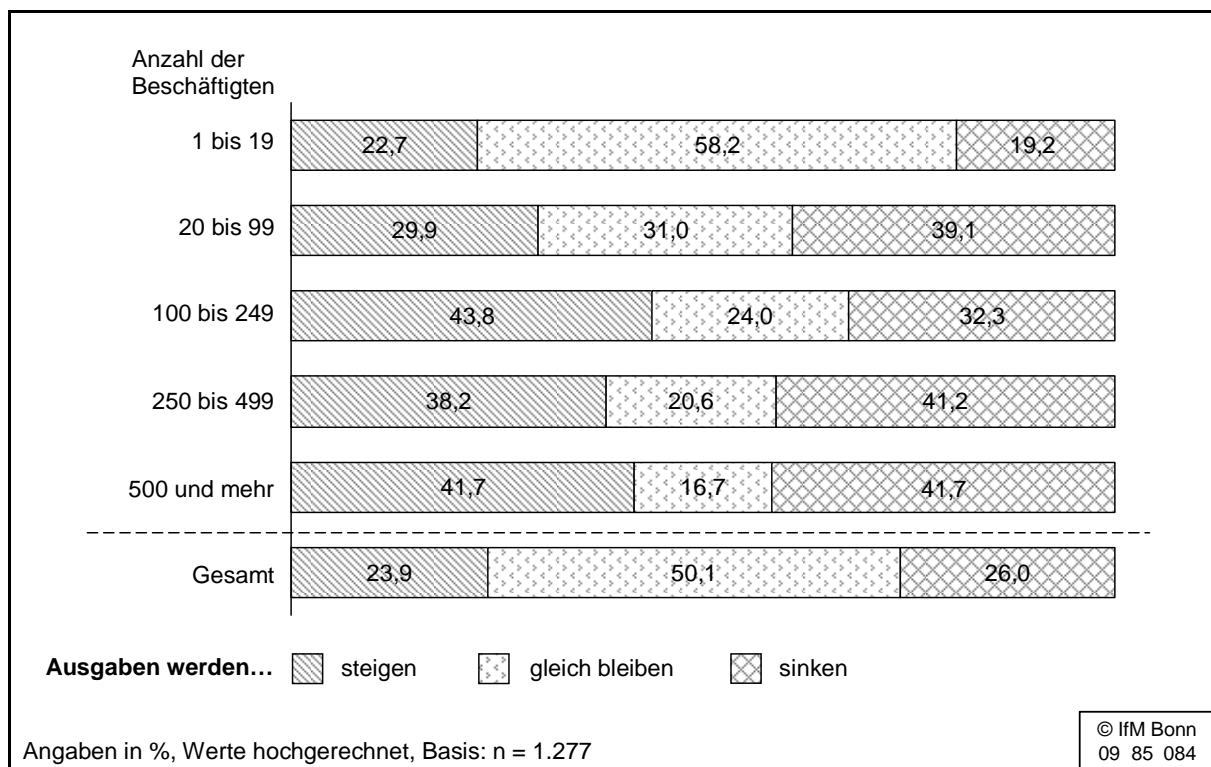
In 2009 war eine Investitionsplanung noch schwieriger als in normalen Zeiten. Einigermaßen Planungssicherheit bestand offenbar bei den kleinen Unternehmen. Hier decken sich Vorausschau und Vollzug weitgehend. Größere Unternehmen waren häufig in ihren Prognosen zu pessimistisch, zumindest was die Investitionsvorausschau betrifft.

### **Investitionen kommen nur langsam in Schwung**

Für das laufende Jahr 2010 ist trotz verbesserter Auftragslage kaum mit einer Steigerung der Investitionsbereitschaft zu rechnen. Nach aktuellen Untersuchungen liegt die Kapazitätsauslastung der Industrieunternehmen zurzeit im Durchschnitt bei etwa 75 % – im laufenden Jahr wird daher die Investitionstätigkeit schwach bleiben. Nach dem derzeitigen Planungsstand werden ledig-

lich gut 53 % der befragten Unternehmen investieren. Der Anteil investierender Unternehmen liegt damit unwesentlich über dem des letzten Jahres (51,3 %) und immer noch deutlich unter dem Wert aus dem Jahr 2008 (64,7 %).

Abbildung 12: Für 2010 erwartete Entwicklung der Investitionsausgaben



Das insgesamt geplante Investitionsvolumen der Befragten übersteigt im aktuellen Jahr das Investitionsniveau des Vorjahres nicht. Die Prognosen zeigen, dass die Hälfte der befragten Unternehmen ihr Investitionsverhalten unverändert lassen will. Jeweils etwa ein Viertel geht von wachsenden bzw. rückläufigen Investitionsaktivitäten aus (vgl. Abbildung 12). Im Gegensatz zur Frühjahrsbefragung 2009 – gut vier von zehn Unternehmen rechneten damals mit einem Nachlassen ihrer Investitionstätigkeiten – sind die Aussichten für das Jahr 2010 damit wieder etwas günstiger.

### Mittlere und große Unternehmen wollen mehr investieren

Vor allem überdurchschnittlich viele mittlere und große Unternehmen wollen ihr investives Engagement wieder deutlich ausbauen. Die kleineren Industrieunternehmen verhalten sich weiterhin eher abwartend. Das Investitionsrisiko ist vielen von ihnen angesichts der noch gegebenen Unsicherheiten zu hoch. Unter den größeren Unternehmen holen viele in 2009 aufgeschobene Investi-

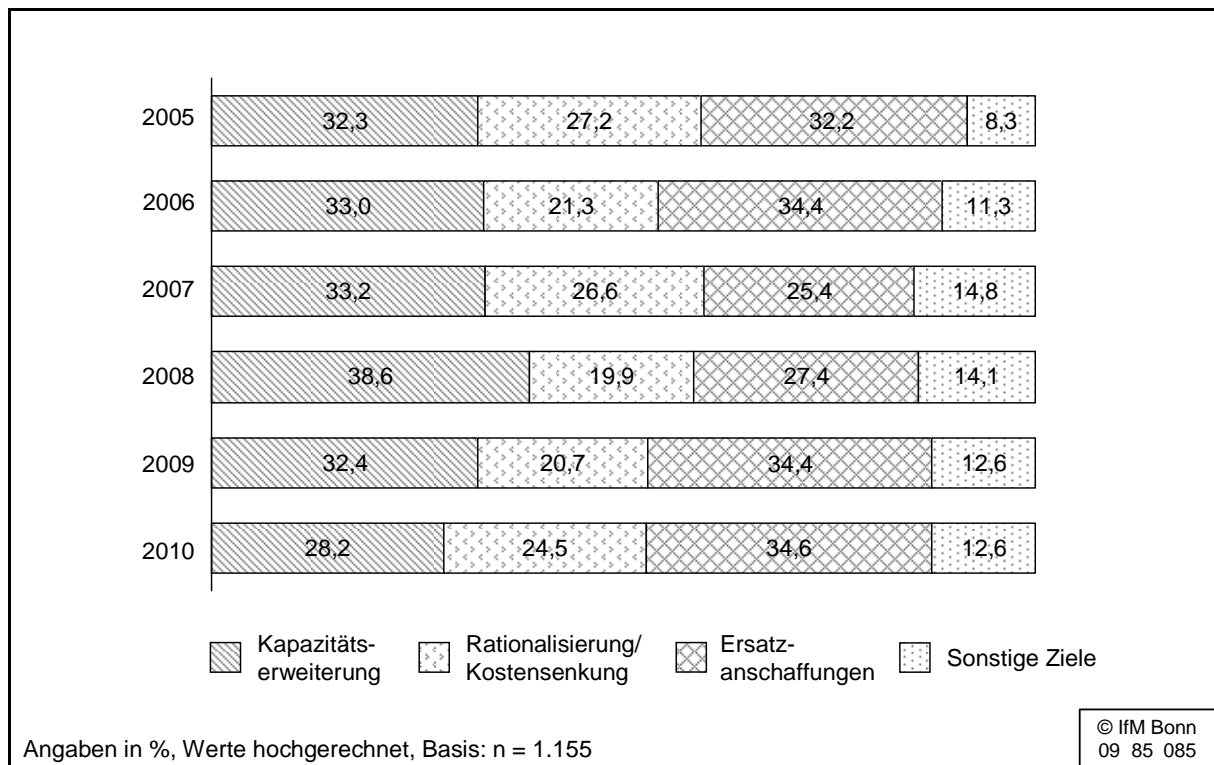
tionen jetzt nach – dies gilt insbesondere für die exportierenden Unternehmen, die im Mittel auch eine höhere Mitarbeiterzahl aufweisen. Hier gehen immerhin 30 % von einem Wachstum der Investitionen aus, während es bei den binnenmarktorientierten Unternehmen lediglich zwei von zehn Unternehmen sind.

Die Zahlen für die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe der ersten Monate 2010 geben ihnen recht: Die Nachfrage aus dem Ausland legte kontinuierlich zu, was für eine langsam fortgesetzte Erholung spricht. Sollte sich die konjunkturelle Lage im Laufe des Jahres weiter verstetigen, so ist es durchaus möglich, dass auch die kleineren Unternehmen, die in ihrem Investitionsverhalten recht flexibel sind, ihre Pläne noch nach oben korrigieren.

### **Ausgaben für Kapazitätserweiterung sinken weiter**

In den wachstumsstarken Jahren vor der Rezession bildete die Ausweitung der Kapazitäten zunehmend einen Investitionsschwerpunkt. Auf ihrem Höhepunkt in 2008 machten Erweiterungsinvestitionen fast 39 % der Investitionssumme aus (vgl. Abbildung 13). Mit dem konjunkturellen Abschwung und der starken Unterauslastung der Kapazitäten gingen die Erweiterungspläne der Unternehmen drastisch zurück. Im vergangenen Jahr wurden nur noch etwas mehr als drei von zehn Investitions-Euro für diesen Zweck ausgegeben. Für 2010 wird ein weiterer Rückgang der Investitionen zur Kapazitätserweiterung erwartet. Am häufigsten planen größere Industriebetriebe, ihre Kapazitäten in 2010 auszuweiten. Insgesamt wird das Augenmerk aber zunächst auf der Ausschöpfung vorhandener Kapazitäten liegen, bevor in liquiditätsabschöpfende Erweiterungen investiert wird.

Abbildung 13: Verteilung des Investitionsvolumens nach Investitionszielen im Zeitverlauf



Das dominierende Ziel der industriellen Investitionen waren deshalb in 2009 mit 34,4 % der Investitionssumme die Ersatzanschaffungen. In 2008 wurden nur 27,4 % des gesamten Investitionsvolumens auf dieses Ziel verwandt. Damit richteten die Unternehmen in der Zeit des Übergangs von Krise zu Aufschwung ihr Augenmerk auf die Erneuerung des Anlagevermögens. Auch in 2010 wird voraussichtlich insgesamt ein Drittel der Investitionsausgaben diesem Zweck dienen – vor allem kleinere Unternehmen verfolgen dieses Investitionsziel. Verstärkt in den Fokus rücken auch Investitionen zur Rationalisierung und Kostensenkung. War dieser Investitionsschwerpunkt mit knapp 20 % in 2008 nur von untergeordneter Bedeutung, planen die Unternehmen für das laufende Jahr 2010 fast ein Viertel ihres Investitionsvolumens für derartige Maßnahmen einzusetzen. In die Nutzung von Rationalisierungs- und Kostensenkungspotentialen investieren schwerpunktmäßig große Unternehmen.

## 2.4 Forschung und Entwicklung/Innovationen: Bedeutung für den industriellen Mittelstand

Zusammenfassung: Die konjunkturelle Berg- und Talfahrt lässt auch die Innovationsaktivitäten der Industrieunternehmen nicht unberührt. Dennoch planen lediglich 5 % der Industrieunternehmen eine Reduktion ihrer Innovationsaus-

gaben. Die Stärke des industriellen Mittelstands liegt in der Neuentwicklung von Produkten, die zumeist im kreativen Zusammenspiel mit Kunden und Zulieferern erfolgt. Ziel muss dabei die Verkürzung langer Umsetzungszeiten sein, die als größtes Innovationshemmnis eingestuft werden. Die Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten ließen sich u. a. mittels einer steuerlichen Förderung weiter steigern. Jedes zweite Industrieunternehmen würde auf eine solche Möglichkeit zugreifen, um weitere FuE-Anstrengungen zu unternehmen.

#### **2.4.1 Innovationen als Thema der Zukunft**

Die Umsetzung von Innovationen als Ergebnis von Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten dient der Sicherung eigener Wettbewerbsvorteile und ist der Schlüssel zum Markterfolg. Die Dynamik des Innovationswettbewerbs nimmt nicht nur national, sondern auch international stetig zu. Um gestärkt aus der Finanz- und Wirtschaftskrise hervorzugehen und Chancen nutzen zu können, die sich aus der Neuordnung der Märkte ergeben, muss die deutsche Wirtschaft ihre Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen fortführen und weiter intensivieren. Denn die Fähigkeit, mit innovativen Produkten und Prozessen auf den nationalen und internationalen Märkten aufzutreten, wird über die Rolle der deutschen Unternehmen im Aufschwung und die Nachhaltigkeit des Wirtschaftswachstums mitentscheiden.

#### **Not macht erfinderisch**

In der Herbstbefragung 2009 des BDI-Mittelstandspanels wurde das Innovationsmanagement bereits als Thema der Zukunft von den Befragten identifiziert. Der Übergang zwischen Krise und Aufschwung kann die Gelegenheit bieten, Etabliertes zu hinterfragen und Weiterentwicklungen voranzutreiben. Auch das BDI-Mittelstandspanel bestätigt diesen Eindruck: Insgesamt betreibt über die Hälfte der befragten mittelständischen Industrieunternehmen Forschung und Entwicklung bzw. tätigt Innovationen, sei es im Bereich der Produkte, Prozesse oder gar des Geschäftsmodells. Über ein eigenes Budget verfügen in diesem Bereich jedoch nur 16,5 % der Unternehmen, worunter sich mehrheitlich solche der oberen Größenklassen befinden. Dabei gilt eine eigene Budgetierung der Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen als Indiz für die Verankerung des innovativen Gedankens in der Unternehmensorganisation. In diesem Zusammenhang ist allerdings zu berücksichtigen, dass gerade bei mittelständischen Unternehmen Entwicklungsaktivitäten oft primär im Rahmen von Kundenaufträgen stattfinden. Größere sowie exportstarke Unternehmen verfü-



gen in der Regel eher über eine eigenständige FuE-Abteilung und damit auch über ein eigenes FuE-Budget.

### **Industrieller Mittelstand ist Produktinnovator**

In der Frühjahrsbefragung 2010 wurden die Innovationstätigkeiten der deutschen Industrie einer genaueren Betrachtung unterzogen. Im Vergleich der drei ausgewählten Innovationsbereiche Produkt- und Prozessinnovationen sowie Innovationen des Geschäftsmodells zeigte sich eine ausgesprochene Stärke des industriellen Mittelstands bei der Umsetzung von Produktinnovationen. Vier von zehn Unternehmen führen gerade eine Produktneuentwicklung durch oder haben sie in den letzten zwei Jahren abgeschlossen. Sechs von zehn der Produktinnovatoren sind den technologieintensiven Wirtschaftszweigen zuzuordnen, zu denen etwa Unternehmen mit Produktschwerpunkten aus den Bereichen Elektrotechnik, Chemie, Maschinen- oder Fahrzeugbau zählen. Innovationen in Organisations- oder Produktionsprozessen hat ein Drittel der befragten Unternehmen in den letzten zwei Jahren abgeschlossen bzw. führt diese derzeit durch (vgl. Abbildung 14).

### **Drei von vier Unternehmen bestätigen das eigene Geschäftsmodell**

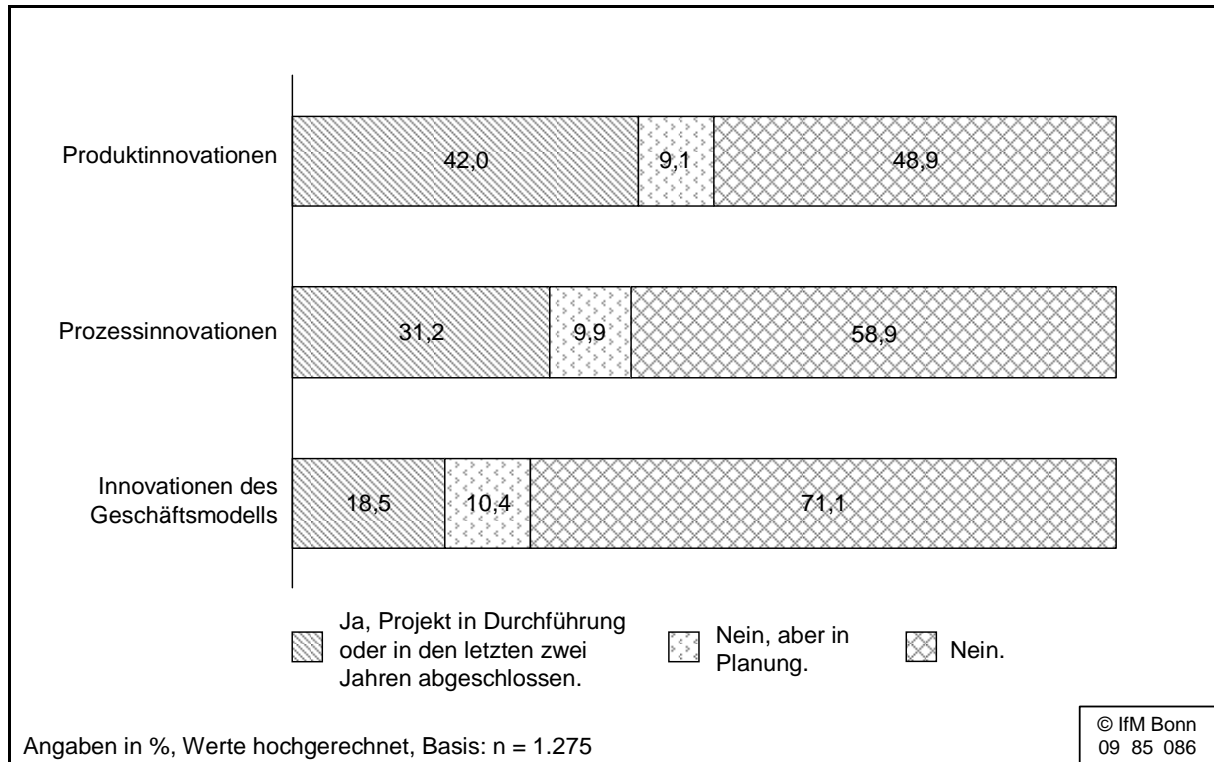
Radikale Neuerungen, wie sie mit Innovationen des Geschäftsmodells verbunden sind, finden seltener statt. Der Bruch gewachsener Traditionen und die Erschließung von Neuland mittels einer Neuausrichtung des Geschäftsmodells sind mit hohen Risiken und unsicheren Erfolgsaussichten behaftet. Schließlich schafft es von 200 Ideen in der Regel nur eine einzige zum Markterfolg. Fast drei von vier Industrieunternehmen sehen daher keine Notwendigkeit, das eigene Geschäftsmodell in Frage zu stellen. In jedem zehnten Unternehmen gibt es Planungen hinsichtlich einer Anpassung des Geschäftsmodells, bei 18,5 % der Befragten steht das Geschäftsmodell bereits auf dem Prüfstand.

### **Innovationsdruck steigt mit der Unternehmensgröße**

Am häufigsten finden sich Innovationen in den drei betrachteten Bereichen in Unternehmen mit 500 oder mehr Beschäftigten. Tendenziell zeigt sich aber auch: Je größer ein Unternehmen ist, desto ausgeprägter ist die Anzahl und Vielfalt der Innovationsaktivitäten. Aber auch in kleineren Industrieunternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten ist eine rege Innovationstätigkeit festzustellen, obwohl diese üblicherweise einem geringeren Innovationsdruck unterliegen. Gerade jetzt ist offenbar die Fähigkeit mittelständischer Unternehmen, als

creative Vordenker schneller als große Unternehmen ungewöhnliche Ideen und Lösungen rasch zu entwickeln und umzusetzen, besonders gefragt.

Abbildung 14: Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten in ausgewählten Bereichen



### Kunden und Zulieferer sind wichtigste Ideengeber

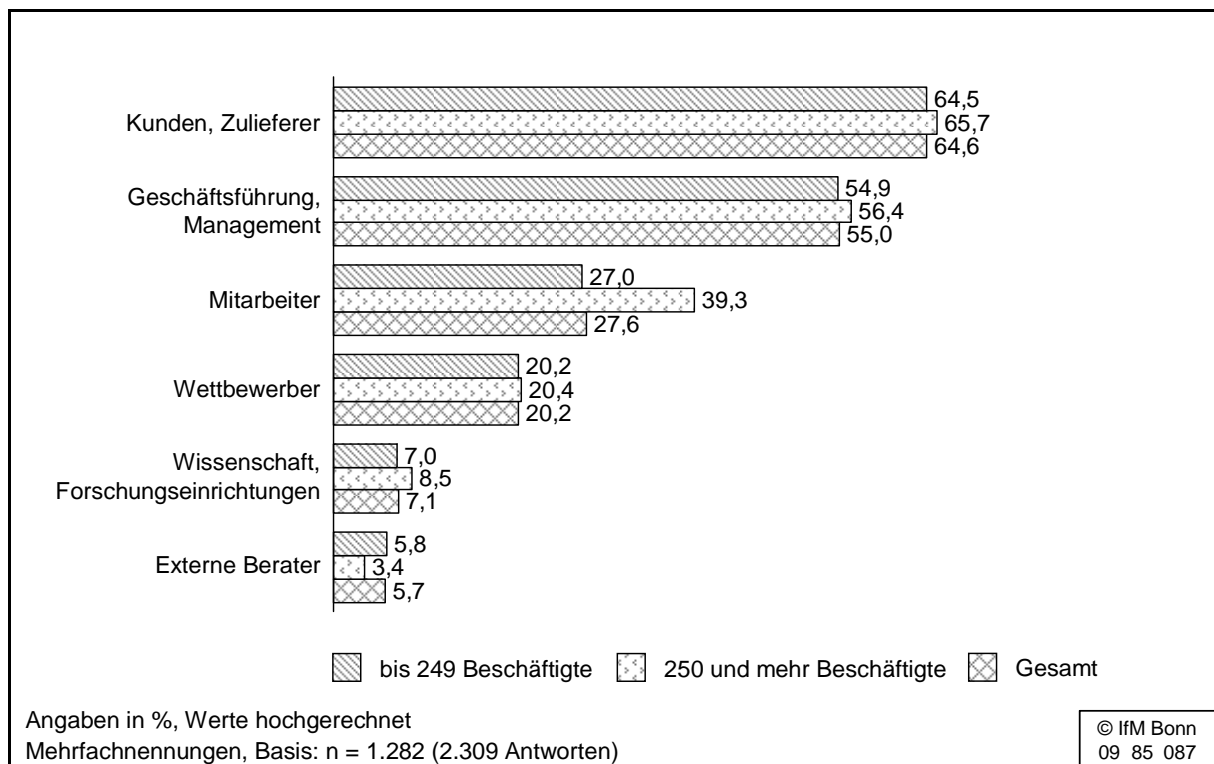
Bei der Frage nach den wichtigsten Impulsgebern für Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten zeigt sich, dass diese in der Regel aus den eigenen Reihen oder dem direkten Umfeld stammen. Ideen gehen überwiegend auf Kunden- und Lieferanten (64,6 %), die Geschäftsführung (55 %) und die Mitarbeiter (27,6 %) zurück (vgl. Abbildung 15). Je größer ein Unternehmen ist, desto bedeutender wird die Rolle der Mitarbeiter als Ideengeber.

### Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern und externen Beratern bietet Potential

Nur jedes fünfte Unternehmen setzt im Konkurrenzkampf um Marktanteile und Kunden auf die Imitation von Produktneuheiten, Verfahrensneuerungen und neuen Fertigungstechnologien und orientiert sich damit bei der Entwicklung von Neuerungen an seinen Wettbewerbern. Die Kooperation mit externen Partnern ist, zumindest was die Ideenfindung betrifft, immer noch unterdurchschnittlich verbreitet; die Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern und externen

Beratern als Partner bei der Entwicklung innovativer Vorhaben ist eindeutig die Ausnahme (7,1 % bzw. 5,7 %). Das Know-how von Universitäten und anderen Forschungseinrichtungen wird somit nicht ausreichend genutzt. Der Großteil der Unternehmen konzentriert sich auf das interne Innovationspotential, mit der Folge, dass bei der Suche nach Innovationschancen weiterhin Möglichkeiten ungenutzt bleiben.

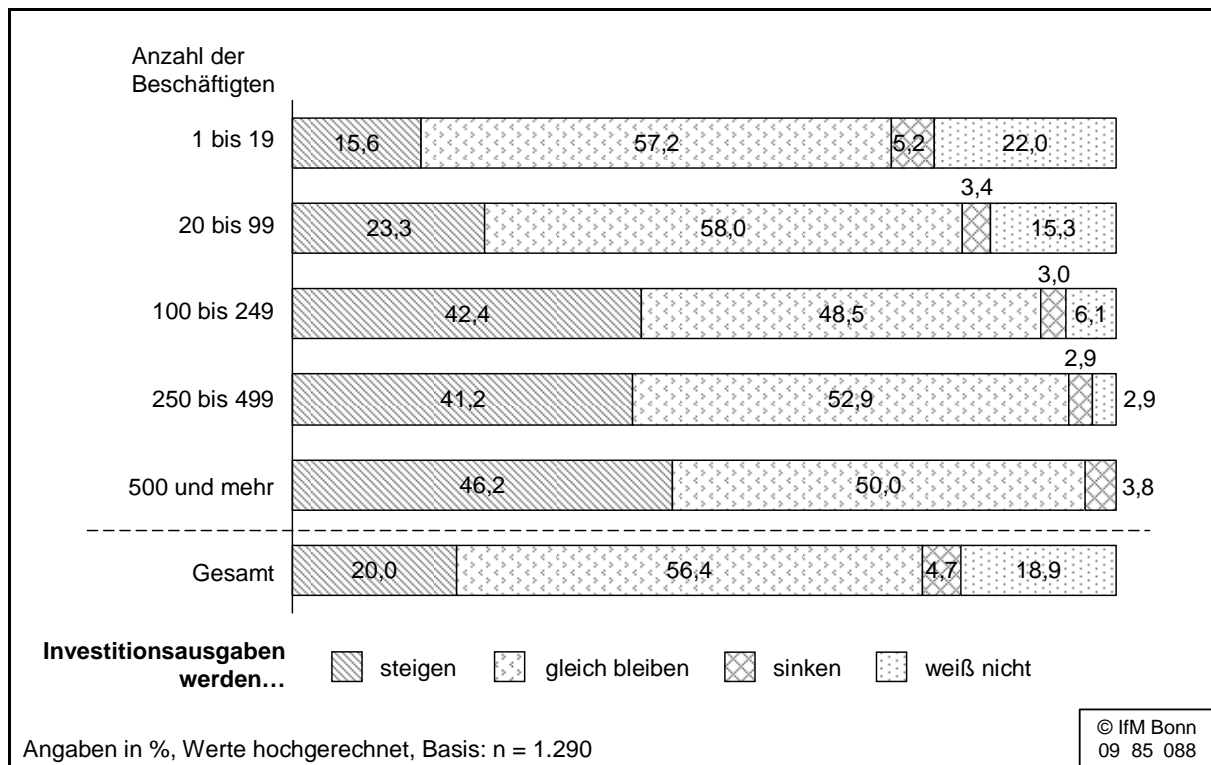
Abbildung 15: Impulsgeber für FuE/Innovationen



## Industrie investiert in die Zukunft

Schließt sich nun an die Wirtschaftskrise eine Innovationskrise an? Das wäre fatal, denn eine Reduktion der Innovationsbereitschaft und der FuE-Aktivitäten würde zu Erstarrungstendenzen führen und die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland massiv gefährden. Deshalb geben die Ergebnisse des BDI-Mittelstandspanels durchaus Anlass zu vorsichtigem Optimismus. Die Unternehmen führen mehrheitlich ihre Innovationsanstrengungen trotz der Krise fort. Gut jedes zweite Unternehmen wird in den nächsten zwei Jahren auf einem konstanten Niveau Forschung und Entwicklung betreiben, knapp jedes fünfte wird seine Anstrengungen sogar erhöhen. Lediglich eine Minderheit wird die Innovationstätigkeit in den nächsten zwei Jahren zurückfahren (vgl. Abbildung 16).

Abbildung 16: Entwicklung der Investitionsbereitschaft in FuE/Innovationen in den nächsten 2 Jahren



### Mit der Größe steigt die Professionalität im Umgang mit Innovationen

Auffällig ist, dass mehr als ein Fünftel der Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten noch unentschlossen ist, wie mit den Ausgaben für FuE verfahren werden soll. Zu bedenken ist, dass sich kleine Unternehmen oftmals in innovationsarmen Wirtschaftsbereichen betätigen und ihre Innovationsaktivitäten deshalb in der Regel eher gering sind. Außerdem verfügen sie – im Gegensatz zum größeren Mittelstand – oftmals nicht über ein professionelles Innovationsmanagement, sondern gehen eher ungeplant und anlassbezogen bei Neuentwicklungen vor.

Einen besonders hohen Stellenwert haben Investitionen in Neuentwicklungen für den gehobenen Mittelstand. Die Unternehmen der oberen Größenklassen (mehr als 100 Mitarbeiter) zeichnen sich durch die folgende Merkmalskombination aus: Aktuell bestehende Innovationsaktivitäten, Ausweitung der FuE-Investitionen in den nächsten beiden Jahren, das Vorhandensein eines eigenen FuE-Budgets sowie gesteigerte Bedeutung eines professionellen Innovationsmanagements – gerade in der Krise. Aussagen über den konkreten Umfang der Ausgaben für Forschung und Entwicklung können jedoch nicht getroffen werden. Sicher ist allerdings, dass Produktivitätsvorteile durch Innovati-

onstättigkeiten nicht sehr langlebig sind. Deshalb ist eine kontinuierliche FuE als nachhaltiger produktivitätstreibender Faktor umso wichtiger.

Aufgrund der voranschreitenden Internationalisierung muss sich eine steigende Zahl der deutschen Industrieunternehmen an internationalen Maßstäben messen lassen. Die Konsequenz hieraus: Vier von zehn überdurchschnittlich exportorientierten Unternehmen planen eine Ausweitung der finanziellen Mittel für Neuentwicklungen. Bei geringer bis mittlerer Exportorientierung hat immerhin noch ein Viertel der Unternehmen diese Absicht, unter den rein auf den Binnenmarkt Fokussierten dagegen nur 7 %. Um die Position im internationalen Innovationswettbewerb zu stärken und zu verbessern, sind kontinuierliche Innovationsanstrengungen erforderlich.

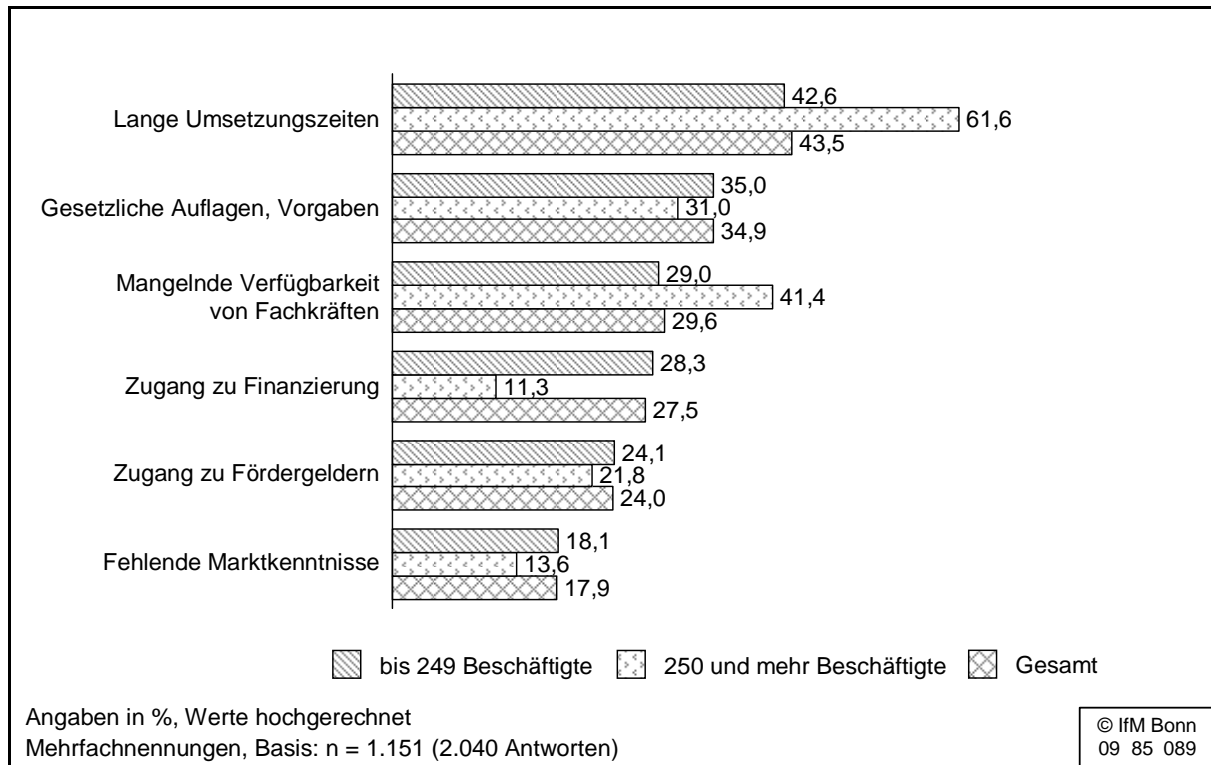
#### **2.4.2 Hemmnisse des innovativen Potentials**

In der aktuellen Diskussion werden gravierende Auswirkungen der Finanz- und Konjunkturkrise auf die Innovationstätigkeit von Unternehmen befürchtet, was eine nachhaltige Schwächung der Wettbewerbsfähigkeit insbesondere der deutschen Industrie zur Folge hätte. Einen entscheidenden Einfluss auf das Engagement im Bereich Forschung und Entwicklung und die Innovationskraft von Unternehmen haben die gegebenen Rahmenbedingungen.

##### **Innovationshemmnis Nr. 1: Zu lange Umsetzungszeiten**

Bei der Frage nach den Barrieren für ein stärkeres Engagement im Bereich Innovationen schätzen die deutschen Industrieunternehmen den Faktor Zeit als bedeutendstes Hemmnis ihrer Innovationsaktivitäten ein. Nahezu jedes zweite – in den größeren Unternehmen sogar sechs von zehn – bemängelt die langen Umsetzungszeiten von Neuerungen (vgl. Abbildung 17). „Time to market“ ist ein ganz wesentliches Element für die Entstehung eines Innovationserfolges. Vor allem wenn Konkurrenten ihre Innovationen schneller oder billiger an die Märkte bringen, können Pioniergewinne nicht mehr realisiert und die Innovationsaufwendungen nicht mehr amortisiert werden. Hier ist aber auch der Gesetzgeber in der Pflicht, wie das zweitstärkste Innovationshemmnis belegt.

Abbildung 17: Hemmnisse für FuE/Innovationen



### Innovationshemmnis Nr. 2: Bürokratie ist Innovationsbremse

Einem besseren Innovationsklima stehen aus Sicht des industriellen Mittelstands auch übermäßige Bürokratie und Regulierung des Gesetzgebers entgegen. Gut ein Drittel der befragten Unternehmen beurteilt die mit dem Innovationsgeschehen verbundenen gesetzlichen Auflagen und Vorgaben als hemmend.

### Innovationshemmnis Nr. 3: Mangel an Fachkräften

Auf dem dritten Rang folgt mit einer Verbreitung in drei von zehn Unternehmen die mangelnde Verfügbarkeit von Fachkräften, mit einem überproportionalen Anteilswert in Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten. Hier zeigt sich deutlich, dass die industrielle Fertigung speziell im Bereich der Forschung und Entwicklung auf das technische Know-how der Beschäftigten angewiesen ist. Dies gilt ganz besonders auch vor dem Hintergrund der Bedeutung von Mitarbeitern als Impulsgeber für Innovationen. Nicht zuletzt aufgrund dieses Zusammenhangs hat die mittelständische Industrie auch während des konjunkturellen Abschwungs versucht, Fachkräfte zu halten und weiterzuqualifizieren.

## **Innovationsfinanzierung nicht das Hauptproblem**

Von der Idee bis zur Marktreife einer Innovation ist es nicht nur ein langer, sondern auch ein teurer Weg. Gleichzeitig sind die hohen Ausgaben mit zahlreichen Risiken verbunden: Es ist unsicher, ob eine Idee tatsächlich technisch umgesetzt werden kann und ob sie am Markt wirklich eine Chance hat. Diese Risiken machen die Finanzierung von Forschung und Entwicklung schwierig. Aufgrund der hohen Unsicherheit und der großen Komplexität können Unternehmen ihre Innovationsprojekte meist nicht über externe Quellen finanzieren, und auch interne Mittel stehen nicht unbegrenzt zur Verfügung.

Nach Meinung von 27,5 % der befragten Industrieunternehmen stellt der Zugang zu den notwendigen finanziellen Mitteln ein Innovationshemmnis dar. Unter den Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten stuft nur jedes zehnte diesen Aspekt als hinderlich ein. Damit ist der fehlende Zugang zu Finanzmitteln zumindest in den innovationsstarken größeren Unternehmen keine primäre Ursache für geringe FuE-Aktivitäten. Trotz der immer noch als angespannt einzustufenden Finanzlage scheinen zumindest für den Bereich der FuE-Finanzierung keine gravierenden Schwierigkeiten zu drohen. Da im Durchschnitt zwei Drittel der Aufwendungen für FuE aus Eigenmitteln finanziert und nur ein geringer Teil durch Bankkredite gedeckt werden, haben die krisenbedingten Liquiditätsschwierigkeiten sicherlich auch die Mittel für die Innovationsfinanzierung angegriffen. Das aktuelle BDI-Mittelstandspanel zeigt jedoch, dass es noch nicht zu substantiellen Problemen bei der Finanzierung von Neuentwicklungen gekommen ist.

### **2.4.3 Steuerliche FuE-Förderung: Anreiz zur Ausweitung der Aktivitäten**

Im Unterschied zu anderen Ländern, wie den USA und Japan, die den weltweiten Innovationswettbewerb mit dominieren, existiert in Deutschland bisher keine steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung. Diese könnte aber je nach Ausgestaltung eine zusätzliche Hilfestellung im Wettbewerb um die Ideen von morgen darstellen. Neben der Berücksichtigung der Aufwendungen als Betriebsausgabe kennen insgesamt 21 der 30 OECD-Staaten die Möglichkeit, einen Teil der FuE-Aufwendungen direkt von der Steuerschuld abzuziehen. Diese Art der staatlichen FuE-Unterstützung ist direkt liquiditätswirksam und setzt damit zusätzliches Potential zur Innenfinanzierung frei. Den geschätzten Steuermindereinnahmen, die sich bei einer annähernden Angleichung an die steuerliche Förderung der deutschen Wettbewerber auf etwa vier Milliarden Euro jährlich belaufen würden, stehen mittel- bis langfristig weit hö-

here Steuereinnahmen und Wachstumseffekte gegenüber. Aufgrund der angespannten Haushaltslage sehen aktuelle Überlegungen zunächst einen schrittweisen Einstieg in die steuerliche Forschungsförderung vor, um letztlich das nötige international übliche Ausmaß zu erreichen.

### **Die Hälfte der Unternehmen würde bei steuerlicher Förderung FuE-Aktivitäten erhöhen**

In der aktuellen Befragung wurde ein Zusammenhang zwischen steuerlicher Förderung und Innovationsverhalten erkennbar. Jedes zweite befragte Unternehmen gab an, die eigenen FuE-Aktivitäten ausweiten zu wollen, wenn jeder zehnte FuE-Euro direkt auf die eigene Steuerschuld anrechenbar wäre. Unterscheidet man nach den bisherigen Innovationsaktivitäten der Unternehmen, so wird deutlich, dass vor allem Unternehmen, die bereits im Bereich Forschung und Entwicklung aktiv sind oder in den letzten zwei Jahren aktiv waren, diese Förderung für eine Ausweitung der Innovationsaktivitäten nutzen würden. Aber auch für jedes dritte Unternehmen, das jüngst keine derartigen Aktivitäten zeigte, könnte eine steuerliche FuE-Förderung die entscheidende Initialzündung für den Eintritt in den Innovationswettbewerb geben. Die Anreizwirkung einer derartigen Regelung wird auch von den exportorientierten Unternehmen bestätigt: Sieben von zehn dieser Unternehmen würden ihre FuE-Anstrengungen aufgrund einer steuerlichen Förderung ausweiten, drei davon sogar in deutlichem Maße.

Der krisenbedingte Einbruch der Auslandsnachfrage seit Mitte des Jahres 2008 hat den massiven Konkurrenz- und Innovationsdruck auf den internationalen Märkten weiter verschärft. Den guten Ruf der Produkte „Made in Germany“ zu verteidigen, wird den deutschen Industrieunternehmen aber nur durch eine rege Innovationstätigkeit, verbunden mit einem entsprechenden Budget, gelingen. Steuerliche Anreize könnten hierzu einen Beitrag leisten.



### **3 Die Ergebnisse der 12. Erhebungswelle**

#### **3.1 Wirtschaftspolitische Einschätzung**

Zusammenfassung: Beeinflusst von der konjunkturellen Aufholjagd seit dem Frühjahr 2010, kommt der industrielle Mittelstand zu einer deutlich positiveren Beurteilung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen – eine weitere Verbesserung erwarten die Unternehmen für die nahe Zukunft dagegen nicht. Allerdings empfinden die Unternehmen vor allem die bürokratischen Hürden weiterhin als Belastung und setzen den Bürokratieabbau als wichtiges Handlungsfeld auf die politische Tagesordnung. Die Mehrheit der mittelständischen Industrieunternehmen hat aber auch die Notwendigkeit einer schnellen Haushaltskonsolidierung erkannt und würdigt das von der Bundesregierung beschlossene Sparpaket als Schritt in die richtige Richtung.

#### **Konjunktur im Herbst 2010: Normalisierung des Wirtschaftswachstums**

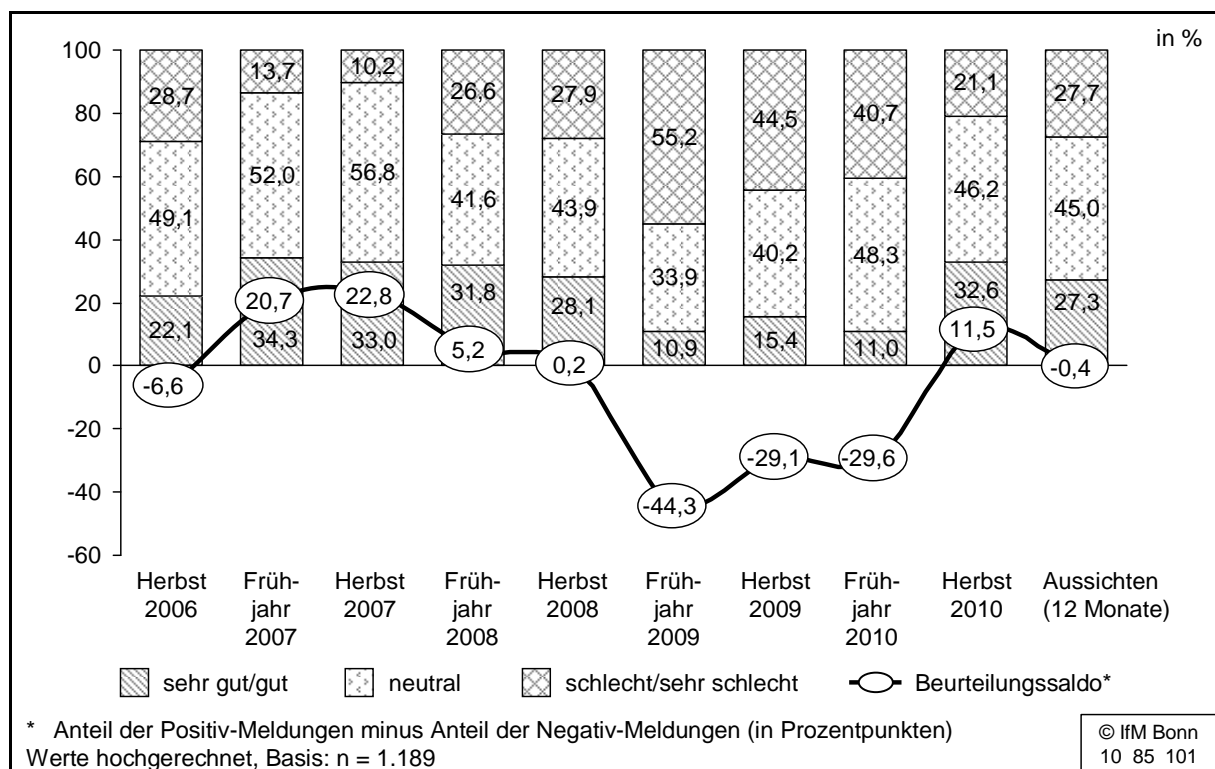
Mit dem Ende der bedrohlichen weltweiten Wirtschaftskrise wuchs die deutsche Wirtschaft seit dem Frühjahr 2010 kräftig – so kräftig, dass selbst die optimistischsten Konjunkturbeobachter überrascht wurden. Nun steht Deutschland vor neuen Herausforderungen: Neben der Konjunktüreuphorie bleiben auch Risiken. Die Konjunktur in den USA kommt nicht recht in Fahrt, der Immobilienmarkt in China zeigt Überhitzungstendenzen. Außerdem bleibt die Gefahr, dass einige Euro-Staaten den geschaffenen Euro-Rettungsfonds in Anspruch nehmen müssen, was neue Turbulenzen an den Märkten auslösen und die Konjunktur belasten könnte.

Die enorme konjunkturelle Dynamik in Deutschland hat dafür gesorgt, dass die Prognosen für das Gesamtjahr 2010 im Laufe des Jahres mehrfach nach oben korrigiert wurden. Aktuell ist von einem deutlichen Wirtschaftswachstum von etwa 3,5 % auszugehen. Das Wachstum wird sich im Jahr 2011 mit etwa 2 % fortsetzen. Die Auslandsnachfrage dürfte, wenn auch mit geringerer Dynamik, weiter expandieren, und die zunehmende Beschäftigung sollte mehr und mehr auch den privaten Konsum ankurbeln. Damit dürfte die konjunkturelle Erholung an Breite und Stabilität gewinnen, so dass das Vorkrisenniveau des Bruttoinlandsprodukts entgegen anfänglichen Prognosen nicht erst 2013, sondern bereits 2011/2012 wieder erreicht werden könnte.

### 3.1.1 Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen: Der Aufschwung zeigt Wirkung

Die globale Rezession ist nahezu überwunden. Was bleibt, sind die Folgen: Eine extrem angespannte Finanzlage der Haushalte des Bundes, der Länder und der Kommunen. Nun gilt es, die notwendige und grundgesetzlich verankerte Haushaltskonsolidierung zu meistern, ohne dabei das konjunkturelle Wachstum zu gefährden. Die Beurteilung der aktuellen und zukünftigen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen ist von jeher ein zentraler Punkt des BDI-Mittelstandspanels. Vor den geschilderten Hintergründen gaben die deutschen Industrieunternehmen auch in der aktuellen Herbstbefragung wieder ihr Urteil ab.

Abbildung 18: Einschätzung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen im Zeitverlauf



#### Deutlich verbesserte Beurteilung der aktuellen Wirtschaftspolitik

Nach den negativen Beurteilungen zu Beginn der neuen Legislaturperiode im Herbst 2009 und Frühjahr 2010 verbesserte sich die Einschätzung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen unter Verantwortung der Regierungskoalition im Laufe des letzten Halbjahres. Der Meinungsumschwung fällt überraschend deutlich aus, hatten die Industrieunternehmen im Frühjahr 2010 doch nur eine geringe Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingun-

gen erwartet. Im Herbst 2010 stieg der Anteil der guten Bewertungen um mehr als zwanzig Punkte auf 32,6 % an; gleichzeitig sank der Anteil der Unternehmen, die negative Einschätzungen zu Protokoll gaben, ebenfalls um fast zwanzig Prozentpunkte auf nunmehr 21,1 %. Entsprechend kletterte der Saldo aus Positiv- und Negativ-Meldungen auf aktuell 11,5 Punkte (vgl. Abbildung 18).

Nach einem aus der Sicht der Unternehmen misslungenen Start der Regierungskoalition, der im Frühjahr 2010 noch zu einem Negativ-Saldo von -29,6 Prozentpunkten führte, hat sich die Regierung aus dem Tief herausgearbeitet und liegt erstmals seit zwei Jahren im positiven Bereich. Diese Verbesserung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen wird auf breiter Front von allen mittelständischen Industrieunternehmen wahrgenommen – unabhängig von Größenklasse, Exportorientierung oder Bundesland. Damit hat die deutsche Industrie ihre Meinung, dass seit Herbst 2009 mehr oder weniger wirtschaftspolitischer Stillstand herrschte, deutlich revidiert.

### **Für die Zukunft aber keine weitere Verbesserung erwartet**

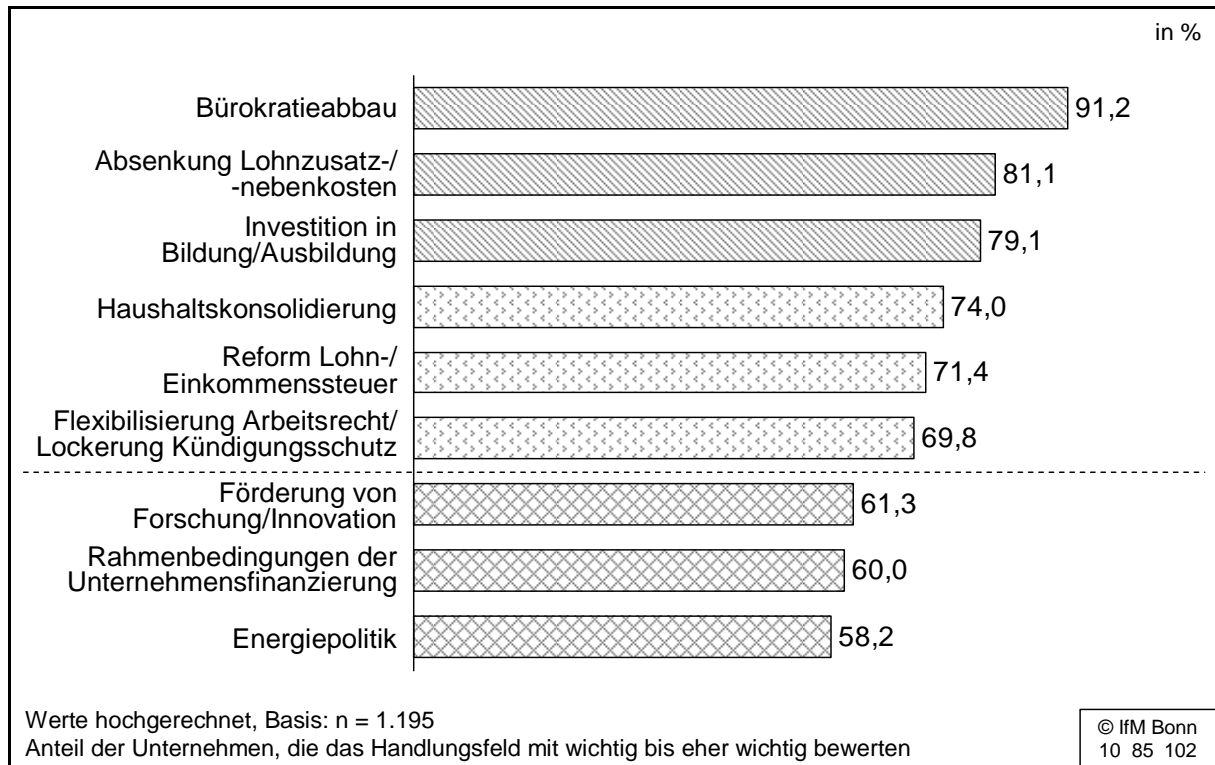
Eine weitere Verbesserung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen wird allerdings in den nächsten zwölf Monaten nicht erwartet. Die Erwartungen an die Reformbereitschaft der Politik bleiben skeptisch – der Anteil der Positiv-Meldungen sinkt, die Zahl der Negativ-Voten steigt. Aufgrund dieser Erwartungen fällt der Beurteilungssaldo auf -0,4 Punkte. Diese Einschätzungen zeigen die allgemeine Verunsicherung des industriellen Mittelstands, ob es der Regierung gelingen wird, die notwendigen strukturellen Reformen in Angriff zu nehmen und die deutsche Wirtschaft weiter auf dem Wachstumspfad zu halten. Insbesondere binnenmarktorientierte Unternehmen bleiben skeptisch; und auch in Abhängigkeit von der Unternehmensgröße zeigt sich, dass vor allem kleinere Unternehmen mit weniger als 100 Beschäftigten hier kritisch sind. Großunternehmen zeigen sich bei der Beurteilung der zukünftigen Rahmenbedingungen deutlich positiver.

### **3.1.2 Wirtschaftspolitische Herausforderungen im Lichte des konjunkturellen Aufschwungs**

In der aktuellen Befragungswelle hatten die mittelständischen Industrieunternehmen wieder die Möglichkeit, die aus ihrer Sicht wichtigsten wirtschaftspolitischen Handlungsfelder zu identifizieren und wirtschaftspolitische Empfehlungen zu äußern. Ein Vergleich im Zeitverlauf zeigt, dass es der Politik bisher

nicht in spürbarem Maße gelungen ist, die Problemfelder nachhaltig anzugehen. So finden sich auf den ersten drei Rängen kontinuierlich die gleichen Themen.

Abbildung 19: Wichtige politische Handlungsfelder für die aktuelle Legislaturperiode aus Sicht der Industrie



### Weitere Schritte im Bürokratieabbau dringend notwendig

Seit jeher empfinden die mittelständischen Industrieunternehmen die bürokratischen Belastungen als das schwerwiegendste Hemmnis für ihre eigenen wirtschaftlichen Aktivitäten. Auch im Herbst 2010 ist dies für neun von zehn Unternehmen nicht anders: Der Bürokratieabbau ist für sie das wichtigste politische Handlungsfeld (vgl. Abbildung 19). Die Bundesregierung hat sich zwar schon in der vergangenen Legislaturperiode dieses Themas angenommen und einiges auf den Weg gebracht. So soll bis 2011 ein Viertel der jährlich auf rund 47 Milliarden Euro bezifferten Bürokratiekosten abgebaut werden, doch die bisherigen Entlastungen, z. B. durch die Mittelstandsentslastungsgesetze I bis III, werden von den Unternehmen derzeit noch nicht gespürt. Damit es zu einer dauerhaften und merklichen Entlastung der Unternehmen kommt, sind weitere konkrete Maßnahmen zum Bürokratieabbau umzusetzen.

## **Weitere Absenkung der Lohnzusatzkosten gefordert**

Die Sozialsysteme, die ein wichtiges Element der Sozialen Marktwirtschaft bilden, stellen in der bestehenden Struktur nach wie vor eine Belastung für Wachstum und Beschäftigung dar. Es ist und bleibt ein Dauerthema auch für den industriellen Mittelstand: die Absenkung der Lohnneben- bzw. -zusatzkosten, die nach Ansicht von 81 % der Unternehmen ganz nach oben auf die politische Tagesordnung gehört.

Die im Rahmen der Konjunkturpakete beschlossene temporäre Reduktion des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung im Jahr 2009/2010 sowie der Krankenkassenbeiträge im Jahr 2010 fallen zu Beginn des Jahres 2011 weg. Damit dürften sich die Lohnnebenkosten insgesamt wieder der Grenze von 40 % nähern. Aufgrund der guten konjunkturellen Entwicklung bleibt zu hoffen, dass die Beiträge in den nächsten Jahren zumindest stabil bleiben. Vielleicht besteht sogar bei anhaltend guter konjunktureller Lage die Möglichkeit zur Absenkung der Lohnzusatzkosten. Dies hätte neben einer stabilisierenden Wirkung für die Beschäftigung auch eine Stärkung der Kaufkraft zur Folge. Es kann jedoch nicht ausreichen, bei der finanziellen Sanierung der sozialen Sicherung nur auf die konjunkturelle Entwicklung zu hoffen. Vielmehr sollten strukturelle Änderungen die gewünschten Entlastungen bei gleichzeitig geringerer Konjunkturanfälligkeit der Sicherungssysteme bringen.

## **Bildung und Ausbildung sind der Schlüssel für Innovation und Wachstum**

Unabhängig von ihrer Größe und Branche wird von knapp 80 % der mittelständischen Industrieunternehmen das Thema Bildung und Ausbildung auch weiterhin als bedeutendes Handlungsfeld für die nächste Zeit gesehen. Es rangiert entsprechend unter den Top-3 der wichtigsten politischen Handlungsfelder. Schließlich ist die Verfügbarkeit von Fachkräften für die deutsche Industrie ein wichtiges Element ihrer Wettbewerbsfähigkeit. Die Eckpunkte der Bildungs- und Qualifizierungsoffensive, die Bund und Länder im Oktober 2008 beschlossen haben, gilt es daher zügig umzusetzen. Die von der Regierungskoalition beschlossenen Mehrausgaben von drei Milliarden Euro pro Jahr sind dabei ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

## **Haushaltskonsolidierung – staatliche Handlungsfähigkeit sichern**

Die wirtschafts- und vor allem auch die finanzpolitischen Gestaltungsspielräume der vergangenen zwei Jahre waren von der Bewältigung der Finanz- und

Wirtschaftskrise geprägt. Konjunkturpakete und Rettungsfonds haben den Staatshaushalt bereits erheblich belastet, weitere Ausgaben können durch die Inanspruchnahme bereitgestellter Garantien drohen. Die Ergebnisse des BDI-Mittelstandspanels zeigen, dass immer mehr mittelständische Industrieunternehmen die Haushaltskonsolidierung als eines der zentralen Themen ansehen. Während im Herbst 2009 nur zwei Drittel der Unternehmen dieser Thematik eine hohe Priorität gewährten, sind es im Herbst 2010 bereits 74 %. Damit ist in diesem politischen Handlungsfeld der größte Bedeutungszuwachs zu verzeichnen.

Um die grundgesetzlich vereinbarten Regelungen zur Begrenzung der Neuverschuldung (sog. Schuldenbremse) einzuhalten, hat das Bundeskabinett Anfang September 2010 das sogenannte „Zukunftspaket“ auf den Weg gebracht. Hier sind beispielsweise neben den Mehreinnahmen zum Ausgleich der längeren Laufzeiten der Kernkraftwerke und der Beteiligung des Bankensektors an der Finanzmarktkrise erhebliche Einsparungen im sozialen Bereich geplant bzw. bereits umgesetzt. Mit diesem Sparpaket will die Regierungskoalition bis 2014 mehr als 80 Milliarden Euro sparen, davon elf Milliarden im nächsten Jahr. Die Industrieunternehmen gaben in der vorliegenden Befragung Auskunft über die Zweckmäßigkeit dieser Form der Konsolidierung und über die Auswirkungen auf ihr Unternehmen.

### **Sparpaket: Schritt in die richtige Richtung**

Im Einklang mit der generellen Befürwortung der Haushaltskonsolidierung sehen zwei Drittel der Unternehmen das verabschiedete Sparpaket als einen Schritt in die richtige Richtung. Nur eine kleine Minderheit von Unternehmen beurteilt das Sparpaket negativ (9,2 %). Allerdings glaubt gut jedes fünfte Unternehmen, dass die Sparanstrengungen der Bundesregierung trotz der guten Vorsätze keine Wirkung zeigen werden. So denken speziell exportorientierte Unternehmen und Unternehmen, die sich aktuell in einer schlechten bis sehr schlechten wirtschaftlichen Lage befinden.

Bezogen auf ihre eigene Situation, erwarten gut sieben von zehn Unternehmen keine spürbaren oder gar positiven Auswirkungen des Sparpaketes. Immerhin geht noch jedes fünfte Unternehmen – vor allem solche, die ausschließlich auf dem inländischen Markt aktiv sind – von negativen Folgen für das eigene Geschäftsmodell aus. Besonders erfreulich: Trotz der eigenen negativen Betroffenheit bewerten auch diese Unternehmen das Sparpaket mehrheitlich als einen Schritt in die richtige Richtung. Die Ergebnisse zeigen,

dass die mittelständischen Industrieunternehmen eine Politik bevorzugen, die vorhandene Einsparpotenziale nutzt, notwendige Kürzungen realisiert und damit realistisch und verlässlich bleibt.

### **3.2 Wirtschaftliche Lage und Finanzierung im industriellen Mittelstand**

Zusammenfassung: Die mittelständischen Industrieunternehmen, die sich als einer der stärksten Wachstumstreiber erweisen, bestätigen die überraschend dynamische Aufholjagd durch eine deutlich bessere Beurteilung ihrer wirtschaftlichen Lage. Maßgeblich für das kräftige Plus ist die erfreuliche Entwicklung der Auslandsnachfrage. Aber auch die Inlandsnachfrage zieht nun deutlich an und stimmt die binnenmarktorientierten Unternehmen ebenfalls positiver. Die Erwartungen für die nächsten zwölf Monate deuten jedoch auf eine Verlangsamung des Wirtschaftswachstums hin. Im Einklang mit der konjunkturellen Aufwärtsbewegung entspannen sich auch die Finanzierungsbedingungen des industriellen Mittelstands merklich. Die Unternehmen tragen hierzu aktiv bei, indem sie ihre Lehren aus der Krise ziehen und sich durch die Anpassung ihrer Finanzkonzepte den neuen Herausforderungen stellen, die der Aufschwung mit sich bringt.

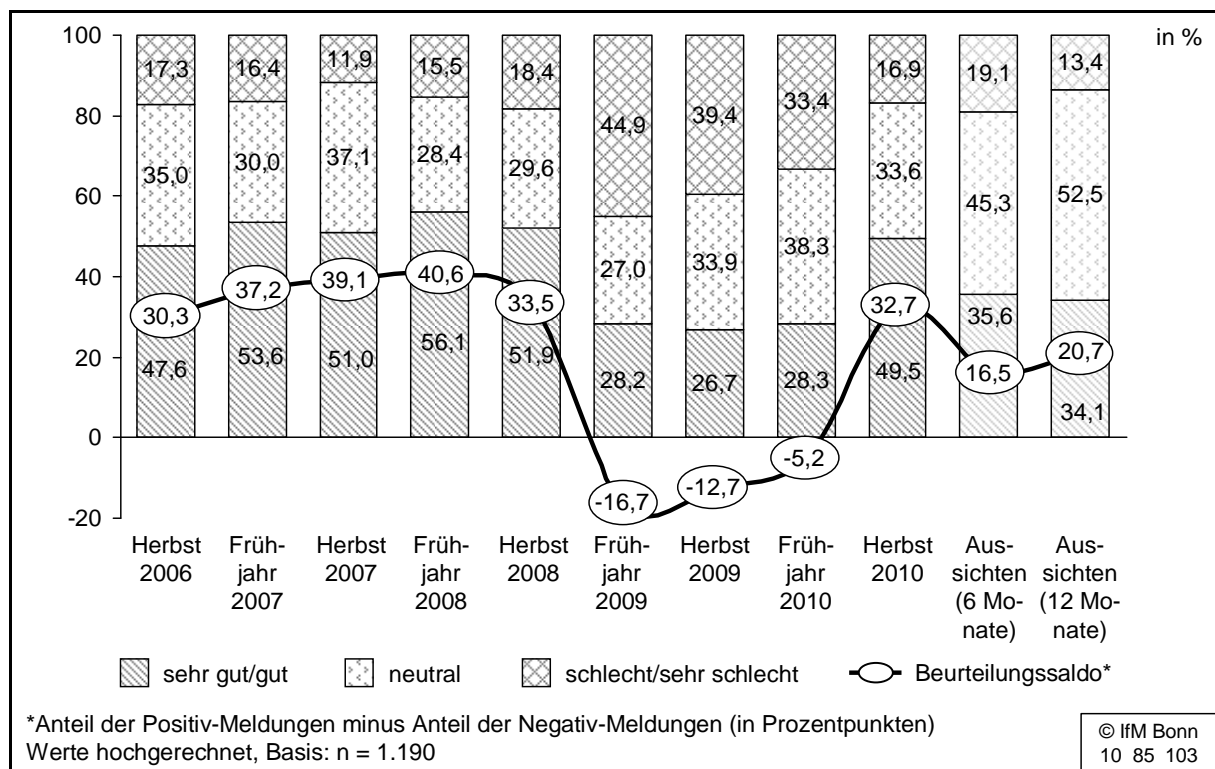
#### **3.2.1 Wirtschaftslage – Aufschwung sorgt für positive Stimmung**

Anfang des Jahres 2010 zeigten sich die deutschen Industrieunternehmen in Bezug auf ihre wirtschaftliche Lage im weiteren Jahresverlauf zurückhaltend: Ausgehend von den sich einstellenden Erholungstendenzen, war die Differenz aus positiven und negativen Erwartungen (Erwartungssaldo) zwar erstmals seit dem Herbst 2008 wieder positiv, lag aber noch deutlich unter dem Vorkrisenniveau. Die aktuelle Herbstbefragung zeigt, dass die Unternehmen ihre eigenen Prognosen deutlich übertreffen konnten und wesentlich besser dastehen als vor sechs Monaten erwartet.

Mit 49,5 % bewertet fast jedes zweite der befragten Unternehmen die eigene Geschäftslage als ‚gut‘ bzw. ‚sehr gut‘. Damit hat sich die Zahl der Unternehmen mit zufriedenstellender Einschätzung im Vergleich zum Frühjahr um gut 21 Prozentpunkte erhöht. Dass die Erholung – wenn auch mit branchenspezifischen Unterschieden – auf breiter Front Einzug gehalten hat, zeigt sich darin, dass sich nur noch knapp 17 % der Unternehmen nach eigenen Angaben in schlechter wirtschaftlicher Lage befinden – Anfang des Jahres war noch jedes dritte Unternehmen dieser Meinung. Damit übersteigen erstmals wieder die positiven Einschätzungen die negativen, und zwar um deutliche 32,7 Prozent-

punkte. Im Vergleich zum Frühjahr kann der sogenannte Beurteilungssaldo um fast 38 Punkte zulegen – erreicht das Vorkrisenniveau jedoch nicht ganz. Besonders erfreulich: Während in den vergangenen Befragungswellen der Aufwärtstrend lediglich auf den Rückgang der Negativerwartungen zurückzuführen war, kann nun von einer positiven Entwicklung auf beiden Seiten der Bewertungsskala berichtet werden – der Aufschwung wird von einer breiten Basis der deutschen Industrielandschaft getragen (vgl. Abbildung 20).

Abbildung 20: Einschätzung der eigenen Wirtschaftslage im Zeitverlauf



### Geschäftsaussichten: Stabile Entwicklung trotz sinkender konjunktureller Dynamik

Nach dem anfänglichen Stimmungshoch schränken die deutschen Industrieunternehmen ihre positiven Aussichten für die kommenden sechs Monate etwas ein: Nur noch gut ein Drittel der Unternehmen erwartet im Frühjahr des kommenden Jahres eine ‚gute‘ bis ‚sehr gute‘ Geschäftslage. Entsprechend sinkt der Saldo der Erwartungen auf 16,5 Prozentpunkte. Die Befunde deuten darauf hin, dass die mittelständischen Industrieunternehmen nach der aufgehenden Dynamik der letzten Monate über den Jahreswechsel eine leichte Abkühlung der Konjunktur erwarten und die latenten Risiken im Blick haben, die die weitere konjunkturelle Erholung belasten könnten.



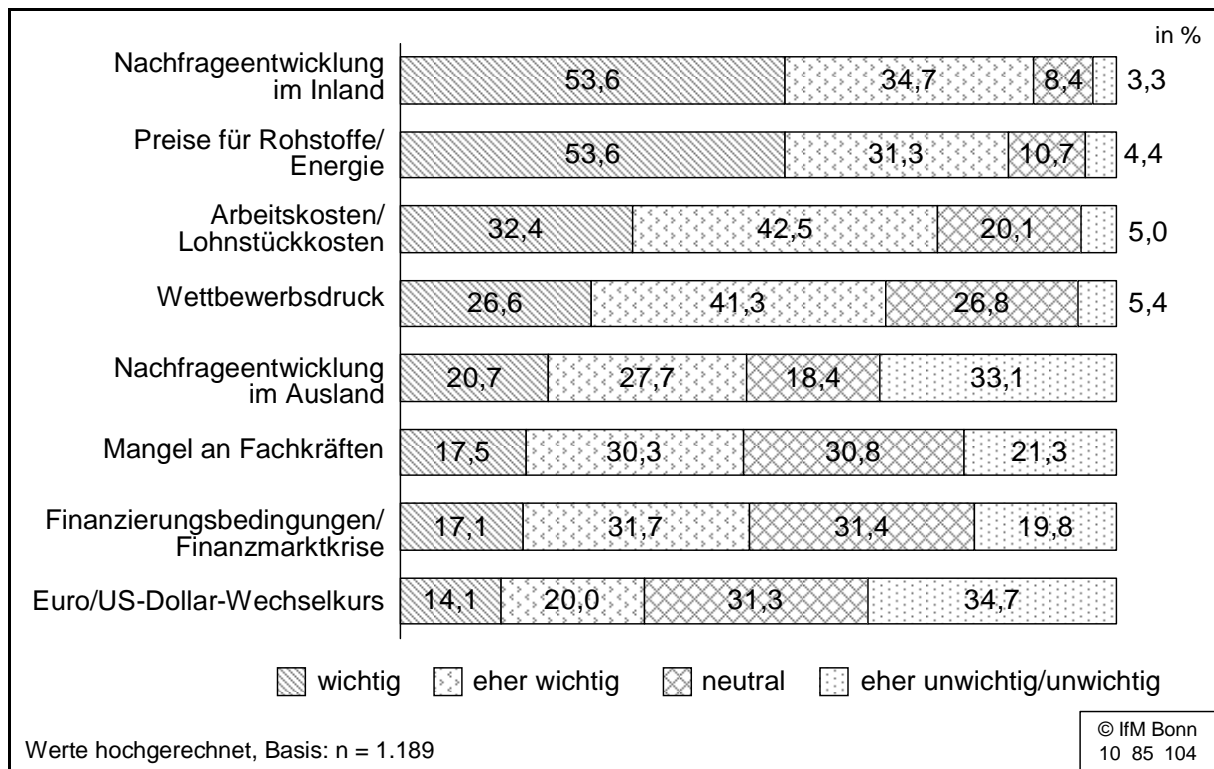
Dämpfend dürften sich vor allem die von vielen Ländern angekündigten Haushaltskonsolidierungen und weitere globale Belastungsfaktoren auswirken. Hierunter fallen die enttäuschende US-Konjunktur, Überhitzungstendenzen in China und die damit einhergehende erwartete Abkühlung der Konjunktur im asiatischen Wirtschaftsraum. Trübe Aussichten für die kommenden sechs Monate zeigen sich vor allem im Baugewerbe, das besonders stark von den auslaufenden Konjunkturprogrammen betroffen ist. 12,6 % der Unternehmen dieser Branche erwarten für das Frühjahr 2011 eine sehr schlechte Geschäftslage und beeinflussen damit das Gesamtstimmungsbild negativ. Zum Vergleich: Im Durchschnitt gaben nur 2,8 % der Unternehmen eine sehr negative Einschätzung zur Wirtschaftslage im kommenden Jahr ab.

Auf Jahressicht zeichnet sich jedoch eine Stabilisierung der Wirtschaftslage im industriellen Mittelstand ab – die Stimmung bleibt zuversichtlich. Die Negativbewertungen sinken weiter um knapp sechs Prozentpunkte auf 13,4 %, die Zahl der Positivmeldungen bleibt stabil. Im Ergebnis klettert der Erwartungssaldo wieder auf 20,7 Punkte. Damit sehen sich im nächsten Jahr – drei Jahre nach dem Ausbruch der Krise – mehr als 85 % der mittelständischen Industrieunternehmen wieder in einer ‚normalen‘ oder sogar ‚(sehr) guten‘ wirtschaftlichen Lage. Für die konjunkturelle Entwicklung Deutschlands bedeutet das, dass weder eine Überhitzung noch ein Rückfall in eine erneute Rezession zu erwarten sind und in naher Zukunft ein weniger volatiler Wachstumspfad eingeschlagen wird.

### **Binnennachfrage setzt positive Impulse im konjunkturellen Geschehen**

Konnten im Frühjahr 2010 vor allem exportorientierte Unternehmen ein Stimmungsbild plus für sich verbuchen, ziehen die binnenmarktorientierten Unternehmen nun langsam nach. Der Anteil der ausschließlich auf dem Binnenmarkt aktiven Unternehmen mit gutem bis sehr gutem Lageurteil hat sich im Vergleich zum Frühjahr 2010 mit 46 % fast verdoppelt. Damit schließen sie anteilmäßig zu den exportorientierten Unternehmen auf, die die eigene Lage zu mehr als 50 % als ‚gut‘ bis ‚sehr gut‘ beurteilen. Allerdings ist der Anteil der Unternehmen, die sich nach eigenen Angaben in einer schlechten wirtschaftlichen Lage befinden, unter den ausschließlich von der Inlandsnachfrage abhängigen Unternehmen noch deutlich größer. Insgesamt bestätigt sich der Einfluss der weiterhin starken Auslandsnachfrage, wobei auch die Entwicklung der Binnenkonjunktur zunehmend positive Signale sendet.

Abbildung 21: Einflussfaktoren im Hinblick auf die zukünftige Wirtschaftslage



Ein Blick auf die Faktoren, die die Wirtschaftslage in den nächsten zwölf Monaten maßgeblich beeinflussen, unterstreicht die Bedeutung der Binnenkonjunktur auf die wirtschaftliche Lage der mittelständischen Industrieunternehmen: Fast alle Unternehmen benennen die Entwicklung der Inlandsnachfrage als ausschlaggebenden Faktor (vgl. Abbildung 21).

### Energie- und Rohstoffpreise sind zukünftig entscheidend

Wie bereits im Herbst 2008 stufen die Unternehmen die Preise für Rohstoffe und Energie als wichtig bzw. eher wichtig für ihre Zukunftsfähigkeit ein. Damit bleiben für fast 85 % der Unternehmen die Entwicklungen an den Energie- und Rohstoffmärkten und damit einhergehend die ausreichende Verfügbarkeit von Energie und Rohstoffen ein Dauerthema, wenn es um die Einschätzung der eigenen Geschäftslage geht. Im Jahr 2009 musste Deutschland Energie- und Metallrohstoffe im Wert von rund 86 Milliarden Euro einführen, in diesem Jahr dürften es rund 100 Milliarden werden, wobei Preissprünge und Versorgungsengpässe den Unternehmen immer stärker zu schaffen machen. Energie- und Materialeffizienz, sei es in der eigenen Fertigung oder bei der Gestaltung der Produktpalette, wird damit immer mehr zu einem entscheidenden Wettbewerbsfaktor. Auch die steigenden Arbeits- und Lohnkosten (74,9 %) und der spürbare Wettbewerbsdruck (67,9 %) sind für einen Großteil der Un-

ternehmen bedeutend. Verantwortlich ist dafür nicht zuletzt das deutsche Beschäftigungswunder bzw. dessen Kehrseite. So sank in der Krise die Zahl der Erwerbstätigen weniger stark als die Wertschöpfung. In der Folge stiegen – zumindest vorübergehend – die Lohnkosten je Produktionseinheit. Um zukünftig die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrieunternehmen zu erhalten, dürfen die Arbeits- und Lohnkosten – beispielsweise durch kräftige Tariflohnerhöhungen – auch im Aufschwung nicht aus dem Ruder laufen.

Angesichts der anziehenden Auftragslage gewinnt die Verfügbarkeit von Fachkräften wieder an Bedeutung, insbesondere auf mittel- und langfristige Sicht. Dies antizipierend, hatten sich die Industrieunternehmen mit der krisenbedingten Freisetzung von Arbeitskräften zurückgehalten und fungierten somit als Stabilisator für den Arbeitsmarkt. In der konjunkturellen Aufwärtsbewegung zieht die Nachfrage nach Fachkräften aktuell wieder leicht an. Zwar ist der Fachkräftemangel derzeit noch nicht überall spürbar, da zunächst Kurzarbeit abgebaut wird und vorhandene Kapazitäten erst allmählich ausgelastet werden, aber immerhin bewerten ihn fast 50 % der Unternehmen als wichtigen Faktor für die zukünftigen Geschäftsaussichten. Vor allem Unternehmen, die mit einer schlechten Perspektive in die Zukunft schauen, fühlen sich betroffen – mehr als jedes zweite dieser Unternehmen empfindet den Fachkräftemangel als eine Belastung in ihrem Aufholprozess (54,8 %).

Von vergleichsweise geringer Bedeutung für die Einschätzung der Wirtschaftslage war im Befragungszeitraum der Wechselkurs des Euro zum US-Dollar. Dieses Ergebnis ist plausibel: Trotz einer leichten Erholung führt der weiterhin eher schwache Euro zu relativ günstigen Preisen für europäische Produkte auf dem Weltmarkt. Davon profitieren vor allem die auslandsaktiven Unternehmen. Insgesamt zeigt die Auslandsnachfrage zwar einen (marginalen) Bedeutungsverlust in der Rangliste der Einflussfaktoren für die zukünftigen Geschäftsaussichten, der Eindruck wird jedoch durch die binnenmarktorientierten Unternehmen verzerrt: Für die im Ausland aktiven Unternehmen rangiert die Nachfrage aus dem Ausland mit 65,3 % auf Platz vier der wichtigsten Einflussfaktoren für die zukünftige Wirtschaftslage.

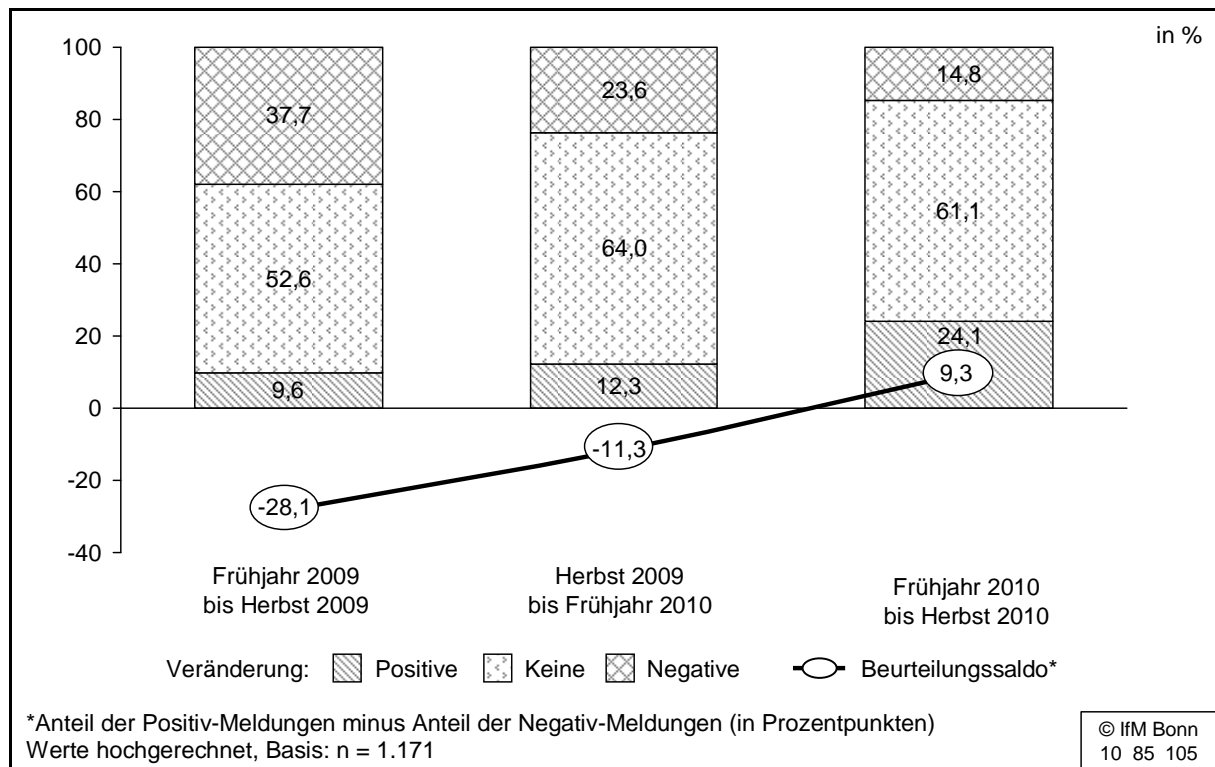
### **3.2.2 Finanzierungsbedingungen: Entspannung setzt sich fort**

Nach den Ergebnissen der aktuellen Befragung des BDI-Mittelstandspanels zeichnet sich auch eine anhaltende Entspannung der Finanzierungssituation im industriellen Mittelstand ab. Während im Herbst 2009 noch fast 40 % der Unternehmen von einer Verschlechterung ihrer Finanzierungsbedingungen auf

Halbjahressicht berichteten, hatten sich die Aussichten im Frühjahr dieses Jahres bereits deutlich aufgehellt: Eine Verschlechterung gegenüber Herbst 2009 beobachtete nur noch knapp jedes vierte der befragten Unternehmen.

Dieser Trend hat sich seitdem weiter fortgesetzt. Der Anteil der Unternehmen, die eine Verschlechterung ihrer Finanzierungssituation im letzten Halbjahr verzeichneten, ist auf 14,8 % zurückgegangen (siehe Abbildung 22). Besonders erfreulich: Sahen im Frühjahr 2010 nur gut 12 % der Unternehmen eine positive Entwicklung ihrer Finanzierungsbedingungen, verdoppelt sich dieser Anteil in der aktuellen Befragung (24,1 %). Der Anteil der Unternehmen, die ihr finanzielles Umfeld als stabil betrachten, ist dabei leicht rückläufig. Die Beurteilung der Finanzierungssituation hat sich damit eindeutig verbessert: Erstmals übersteigt der Anteil der Positivmeldungen den der Negativmeldungen, und zwar um 9,3 Prozentpunkte. Während im Frühjahr des Jahres vor allem exportorientierte Unternehmen eine Entschärfung ihrer Finanzierungsbedingungen spürten, kommt diese Entwicklung nun etwas verzögert auch bei den binnenmarktorientierten Unternehmen an. Diese berichten überdurchschnittlich häufig über eine positive Entwicklung ihres finanziellen Umfelds im letzten Halbjahr.

Abbildung 22: Veränderung der Finanzierungsbedingungen im Zeitverlauf



Neben der retrospektiven Beurteilung wurden die Unternehmen auch nach dem Einfluss der Finanzierungsbedingungen auf ihre zukünftige Geschäftslage befragt (vgl. dazu Abbildung 21 im vorherigen Kapitel). Es zeigt sich, dass die während der Wirtschafts- und Finanzkrise eingetretene Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen die Unternehmen – trotz der aktuellen Entspannung – noch immer beschäftigt. Mit 48,8 % misst eine im Vergleich zum Krisenbeginn im Herbst 2008 marginal wachsende Zahl von Unternehmen diesem Aspekt immer noch eine wichtige bis sehr wichtige Bedeutung für ihre zukünftige Lage bei. Nach dem (vorläufigen) Ende der Finanzkrise ziehen die Unternehmen ihre Lehren und verlieren die Finanzierungsbedingungen als Einflussfaktor nicht aus dem Auge.

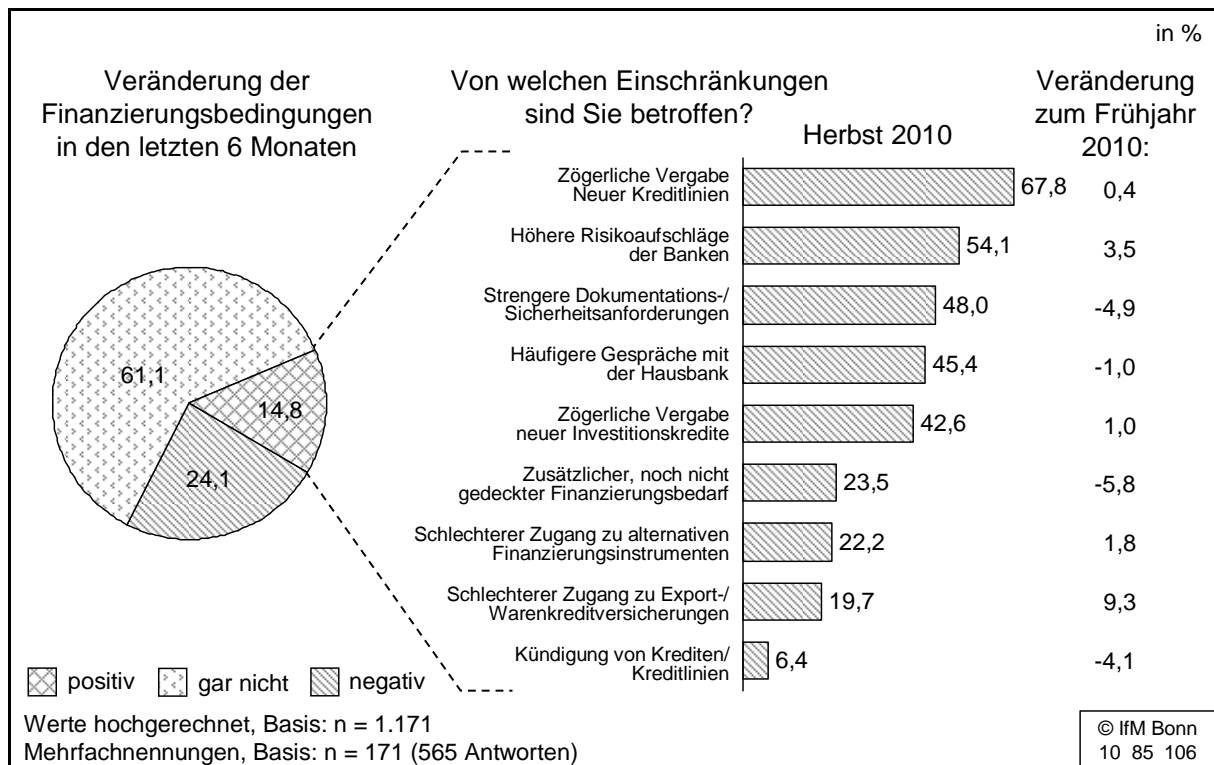
### **Derzeit kaum Probleme bei der Finanzierung von Investitionen**

Wie bereits im Herbst 2009 und im Frühjahr 2010 spüren die Unternehmen mit Finanzierungsschwierigkeiten diese weiterhin am deutlichsten bei der zögerlichen Bereitstellung neuer Kreditlinien. Nahezu unverändert ist die Lage im Hinblick auf den Zugang zu Investitionskrediten: Klagten im Frühjahr 2010 noch 41,5 % der Industrieunternehmen mit restriktiven Finanzierungsbedingungen über einen erschwerten Zugang, blieb der Anteil mit aktuell 42,6 % nahezu konstant – allerdings bei einer weiter rückläufigen Anzahl von Unternehmen, die eine negative Veränderung ihrer Finanzierungsbedingungen feststellen (vgl. Abbildung 23). Im Vergleich zum Herbst 2009 zeigt sich jedoch eine deutliche Verbesserung – damals stellten noch fast 65 % in diesem Bereich Einschränkungen fest. Diese Entwicklung, gepaart mit den seltener werdenden Beeinträchtigungen durch die Kündigung von Krediten oder Kreditlinien, lässt die Sorge weniger werden, dass eine Ausweitung der Investitionen im Zuge der anhaltenden konjunkturellen Erholung zwangsläufig zu Finanzierungsproblemen führe.

Nach Angaben der mittelständischen Industrieunternehmen, die von einer negativen Entwicklung ihrer Finanzierungsbedingungen berichten, sieht sich mehr als die Hälfte mit höheren Risikoaufschlägen ihrer Banken konfrontiert. Überdurchschnittlich stark betroffen sind Unternehmen, die eine Verschlechterung ihrer Ratings in den letzten zwölf Monaten zu beklagen hatten – hier hat also die Anpassung der Ratingeinstufungen auf der Basis der Geschäftszahlen 2009 ihre Spuren hinterlassen. Während bei kleinen Unternehmen mit weniger als 100 Beschäftigten häufig der grundsätzliche Zugang zu neuen Kreditlinien begrenzt ist, bleibt größeren Unternehmen der Kreditzugang unter Anpassung der Zinsmargen jedoch offen. Insgesamt ist allerdings der zusätzliche

noch nicht gedeckter Finanzierungsbedarf rückläufig. Positiv zu beurteilen ist auch, dass Unternehmen mit restriktiven Finanzierungsbedingungen weniger als noch im Frühjahr 2010 von strengeren Dokumentations- und Sicherheitsanforderungen betroffen sind und auch seltener über erhöhten Gesprächsbedarf ihrer Hausbank klagen.

Abbildung 23: Veränderung der Finanzierungsbedingungen und Auswirkungen auf die Unternehmensführung



### Finanzierungsstrategie: Zwei von drei Unternehmen leiten Richtungswechsel ein

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat den Unternehmen mehr als deutlich die Bedeutung der richtigen Finanzierungsstrategie und die ausreichende Versorgung mit liquiden Mitteln vor Augen geführt. Entsprechend stellte auch der industrielle Mittelstand seine eigene strategische Ausrichtung auf den Prüfstand: Im Herbst 2009 planten fast zwei von drei Unternehmen eine Veränderung ihrer Finanzierungsstrategie in den nächsten zwei Jahren. Ein Jahr später haben davon bereits gut acht von zehn der Unternehmen damit begonnen ihre Pläne in die Tat umzusetzen.

Unabhängig davon, ob vor einem Jahr geplant oder nicht, ziehen mit der Veränderung ihrer Finanzierungsstrategie insgesamt mehr als zwei Drittel der befragten Unternehmen nicht nur ihre Lehren aus der vergangenen Krise, son-

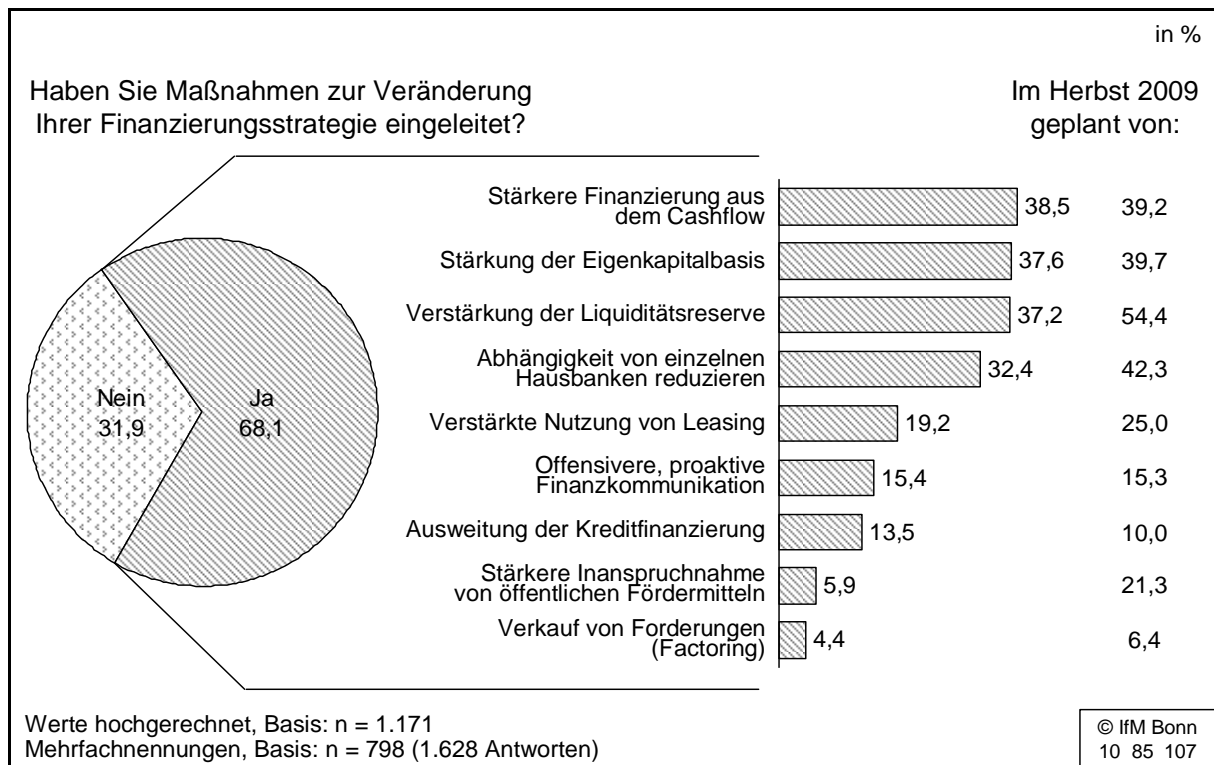
den bereiten sich auch auf die aktuellen Herausforderungen des konjunkturellen Aufschwungs vor. Überdurchschnittlich häufig nahmen die exportorientierten und die größeren Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten eine Anpassung ihrer Finanzierungsstrategie vor. Es fällt auf: Fast alle Unternehmen, deren Finanzierungsbedingungen sich im letzten halben Jahr sehr negativ entwickelt haben, haben eine strategische Anpassung ihres Finanzkonzepts vorgenommen. Ihre wirtschaftliche und finanzielle Lage hat diese Unternehmen quasi gezwungen, Veränderungen einzuleiten – hier dürften nicht zuletzt auch die Forderungen der Banken eine Rolle spielen.

### **Unternehmen setzen auf eine stärkere Innenfinanzierung**

Bei Betrachtung der konkret eingeleiteten Maßnahmen wird deutlich, dass der industrielle Mittelstand eine Diversifizierung seiner Finanzierung anstrebt (vgl. Abbildung 24). Ein Drittel der Unternehmen, die ihre Finanzierungsstrategie angepasst haben, setzt auf eine Reduktion der Abhängigkeit von einzelnen Hausbanken. Dementsprechend wurde eine Ausweitung der Kreditfinanzierung nur von wenigen Unternehmen in Angriff genommen (13,5 %). Vier von zehn Unternehmen setzen dagegen auf eine stärkere Finanzierung aus dem eigenen Cashflow, womit gleichzeitig eine Stärkung der Eigenkapitalbasis verbunden ist.

Als Konsequenz aus der restriktiven Kreditvergabepraxis der vergangenen beiden Jahre wie auch unter Risikoaspekten versucht also ein Großteil der Unternehmen, seinen mittel- bis längerfristigen Finanzbedarf verstärkt aus eigener Kraft zu decken. Die krisenbedingte nur zögerliche Unterstützung der Unternehmen mit Liquidität von Seiten des Bankensektors hat ihre Spuren hinterlassen. Die weiter verschärften Eigenkapital- und Liquiditätsausstattung, wie sie Basel III nun von den Banken fordert, machen eine Abschwächung der Standards im Kreditgeschäft auch zukünftig eher unwahrscheinlich – die Innenfinanzierung wird weiter an Attraktivität gewinnen.

Abbildung 24: Eingeleitete Maßnahmen zur Veränderung der Finanzierungsstrategie



### Stärkung der Liquiditätsreserven noch ausbaufähig

Standen vor einem Jahr Maßnahmen zur Stärkung der Liquiditätsreserve bei der Planung der künftigen Finanzierungsstrategie für mehr als jedes zweite Unternehmen an erster Stelle, haben nur knapp vier von zehn Unternehmen auch tatsächlich Maßnahmen für ein komfortableres Liquiditätspolster eingeleitet. Halfen die höheren Liquiditätsbestände in der Krise bei der Sicherung der Zahlungsfähigkeit und der Überbrückung von Einnahmeausfällen, so dienen sie derzeit verstärkt der Rückführung von Kreditlinien bzw. der Auffüllung der Lager. Für die Zukunft zählt die Vorhaltung einer höheren Liquiditätsreserve aus Sicht der Unternehmen gleichwohl zu den bedeutendsten strategischen Maßnahmen im Bereich der Finanzierung.

### Innovative Finanzierungsformen sind nur selten Teil der neuen Strategie

Bei der Anpassung ihrer Finanzierungsstrategie geht der industrielle Mittelstand zwar seltener neue Wege als vor einem Jahr geplant. Aber immerhin gut 19 % der Befragten nutzen verstärkt Leasing als alternative Finanzierungsform – sogar 25 % hatten dies geplant. Damit gewinnt das Leasing – auch gegenüber dem Kredit – als wichtiger Baustein der Investitionsfinanzierung weiter an Bedeutung. Verstärkt auf Factoring, sprich den Verkauf von Forderun-



gen, greift ein eher geringer Anteil der Unternehmen zurück (4,4 %), 6,4 % hatten diesbezügliche Pläne. Auch die stärkere Inanspruchnahme öffentlicher Fördermittel, die immerhin noch zwei von zehn Unternehmen planten, setzten bisher etwa 6 % tatsächlich um. Stattdessen haben die Unternehmen ihre Kommunikation mit Kreditgebern wie geplant offensiver und proaktiver gestaltet, um dem höheren Informationsbedarf der Banken Rechnung zu tragen.

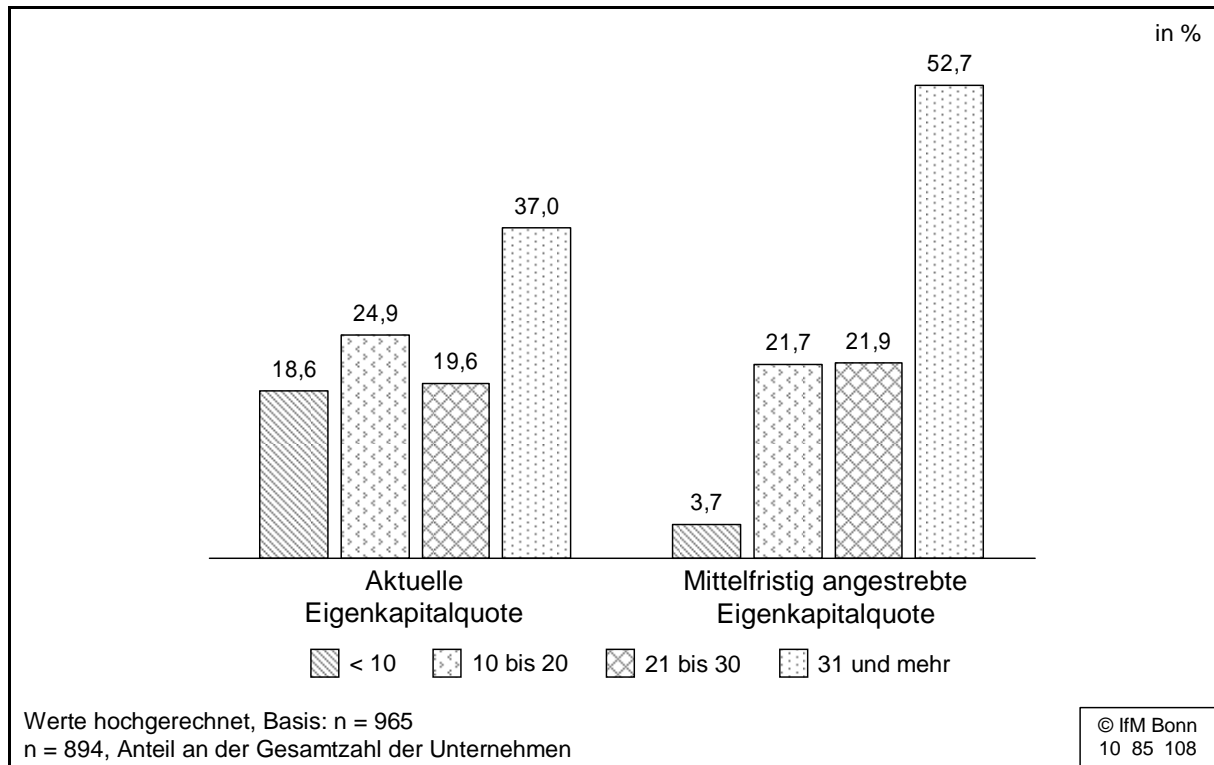
Die Veränderung der Finanzstruktur und speziell der Aufbau einer stabileren finanziellen Basis durch die Ausweitung der Innenfinanzierung ist nur mit einem mittel- bis langfristigen Planungshorizont umsetzbar. Hier sind die mittelständischen Industrieunternehmen auf einem guten Weg.

### **Eigenkapital: Industrieller Mittelstand plant Aufstockung**

Die Rolle des Eigenkapitals gewinnt im Zuge einer stärkeren Innenfinanzierung automatisch an Bedeutung. Dabei sind die Unternehmen nicht erst durch die Wirtschaftskrise und vorhandene Insolvenzrisiken unter Zugzwang geraten. Viele hatten bereits vorher die Notwendigkeit der Stärkung ihrer Eigenkapitalbasis erkannt. So strebte bereits 2007 mehr als die Hälfte der Unternehmen des BDI-Mittelstandspanels eine Steigerung ihrer Eigenkapitalquote an. Die aktuellen Ergebnisse der Herbstbefragung zeigen, dass es trotz der Krise vielen Unternehmen gelungen ist, ihre Eigenkapitalquote gegenüber 2007 konstant zu halten (59,6 %) oder sogar auszuweiten (24,1 %).

Negative Auswirkungen der Krise auf die Eigenkapitalausstattung spürten speziell exportstarke Unternehmen, was die Krisenbetroffenheit dieser Unternehmen unterstreicht. Auch Unternehmen, die eine negative Entwicklung ihrer Finanzierungsbedingungen im letzten Halbjahr hinnehmen mussten, verzeichneten deutlich häufiger eine sinkende Eigenkapitalquote. Bei der Interpretation bleibt jedoch zu beachten, dass die Eigenkapitalquote den Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme angibt – es sich also um eine relative Kennzahl handelt. Insgesamt dürfte die Abschmelzung des Eigenkapitals aber trotzdem weniger dramatisch ausgefallen sein als vermutet. Aktuell weist mehr als die Hälfte der befragten Unternehmen eine Eigenkapitalquote von mehr als 20 % auf, rund vier von zehn sogar 31 % und mehr (vgl. Abbildung 25).

Abbildung 25: Aktuelle und mittelfristig angestrebte Eigenkapitalquote



Das Ziel der Unternehmen, ihre Abhängigkeit von einzelnen Banken zu verringern, zeigt sich auch in den Bestrebungen, die Eigenkapitalquote zu steigern. Fast die Hälfte der Unternehmen plant dies in naher Zukunft, so dass diese Kennzahl in mehr als jedem zweiten Unternehmen mittelfristig mehr als 30 % betragen sollte (vgl. Abbildung 25). Die Aufhellung der wirtschaftlichen Lage stimmt zuversichtlich, dass es den deutschen Industrieunternehmen gelingen wird, ihre Pläne umzusetzen und genügend Reserven aufzubauen.

### Rating durch Banken bleibt weitgehend unverändert

Diejenigen Unternehmen, denen es gelungen ist, ihre Eigenkapitalversorgung zu verbessern, profitieren nun bei der Beurteilung ihrer Kreditwürdigkeit durch die Banken und somit bei der Sicherung ihrer zukünftigen Finanzierung. Die Ratingeinstufung, die maßgeblich auch von der Eigenkapitalausstattung beeinflusst wird, hat sich daher für 18,5 % der Unternehmen in den letzten zwölf Monaten verbessert. Sie blieb trotz Krise für den Großteil der befragten Unternehmen unverändert (52,7 %) und wird dies auch in absehbarer Zeit bleiben (57,1 %) – so die Einschätzung des industriellen Mittelstands. Auffällig ist allerdings, dass vor allem kleinere Unternehmen mit weniger als 100 Beschäftigten keine Auskünfte über ihre aktuelle Ratingeinstufung und deren Entwicklung geben können.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass einhergehend mit der konjunkturellen Erholung auch die Zeichen für den Kreditmarkt und die Finanzierungssituation der Unternehmen weiter auf Entspannung stehen. Ein Engpass in der Kreditversorgung ist aktuell nicht erkennbar. Das Kreditvolumen steigt an, getragen von einer wachsenden Kreditvergabe an kleine und mittlere Unternehmen. Dennoch wäre eine vollständige Entwarnung verfrüht: Werden die zunächst noch verhaltenen bzw. verschobenen Investitionsaktivitäten deutlich ausgeweitet, ist nicht auszuschließen, dass einige Unternehmen Probleme bei der Inanspruchnahme von Krediten haben werden. Denn durch strukturelle Anpassungen im Bankgewerbe und verschärfte Regulierungen kann es auf mittlere Sicht durchaus noch zu einer gewissen Verknappung des Kreditangebots kommen.

### **3.3 Führungs- und Fachkräftebedarf**

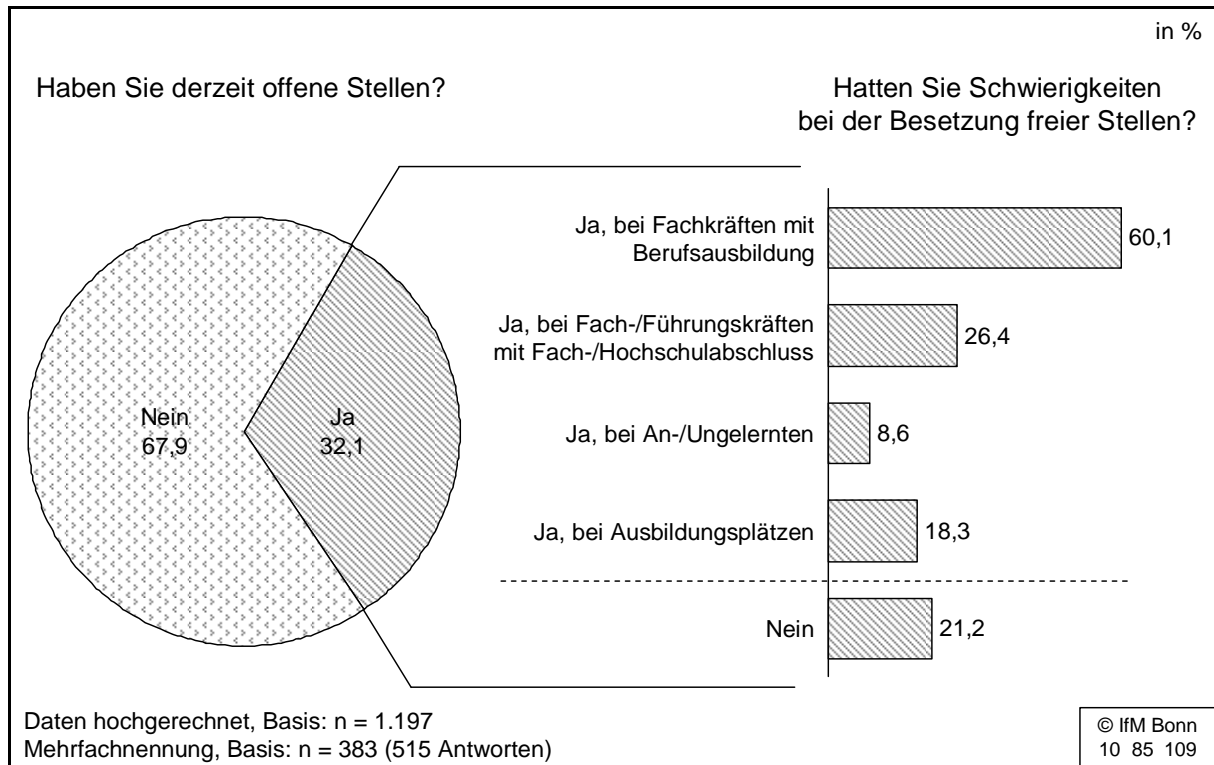
Zusammenfassung: In den Krisenjahren wurde das Problem des Fachkräftemangels in Deutschland weitgehend überdeckt und die Unternehmen haben alles unternommen, ihre Fachkräfte zu halten. Im Zuge der anziehenden Konjunktur drängt sich die Fachkräftelücke jedoch wieder stärker in den Vordergrund. Jedes dritte Unternehmen hat derzeit offene Stellen, wovon mehr als drei Viertel Probleme bei deren Besetzung beklagen. Im Vergleich zum Herbst 2008 stieg die Anzahl der Unternehmen mit Stellenbesetzungsproblemen jedoch nur marginal: Während im Segment für Fachkräfte mit Berufsausbildung eine leichte und für hochqualifiziertes Personal eine stärkere Entspannung spürbar ist, verschärft sich die Situation bei der Suche nach Auszubildenden. Fehlende Qualifikation und ein Mangel an Bewerbern sind die Hauptgründe für diese Schwierigkeiten. Die Unternehmen haben bereits mehrheitlich Maßnahmen zur Absicherung ihres Fachkräftebedarfs eingeleitet. Kleinere Unternehmen haben jedoch deutlichen Nachholbedarf, und auch die Politik ist in Bezug auf die Verbesserung des Aus- und Weiterbildungssystems weiter gefragt.

#### **3.3.1 Fachkräftemangel: Durch die Krise nur vertagt?**

In der aktuellen Herbstbefragung gab der industrielle Mittelstand Auskunft über die Anzahl der offenen Stellen und die Schwierigkeiten bei deren Besetzung: Aktuell sucht gut ein Drittel der befragten Unternehmen nach geeignetem Personal – im Vergleich zu 2008 also weniger Unternehmen. Wie zu erwarten war, sind das vor allem Unternehmen in guter bis sehr guter Wirtschaftslage, während nur 1 % der freien Stellen auf Unternehmen in aktuell

sehr schlechter wirtschaftlicher Verfassung entfällt. Überdurchschnittlich viele exportorientierte Unternehmen und Unternehmen technologieintensiver Wirtschaftszweige suchen derzeit neue Mitarbeiter.

Abbildung 26: Schwierigkeiten der Industrieunternehmen bei der Besetzung freier Stellen



Hochrechnungen mittels des BDI-Mittelstandspanels zeigen, dass die Vakanzrate der deutschen Industrie – d.h. der Anteil der offenen Stellen bezogen auf die Gesamtzahl der Mitarbeiter – derzeit bei 1,8 % liegt und damit leicht über dem Wert von vor zwei Jahren. Dabei sind es nicht nur die großen Unternehmen, die Mitarbeiter suchen: Auch jedes dritte Unternehmen mit weniger als 100 Beschäftigten sieht sich mit der Notwendigkeit konfrontiert, neues Personal zu gewinnen. Gegenüber 2008 ist der Anteil der offenen Stellen für die Unternehmen dieser Größenklasse damit von rund 55 % auf 62,5 % gestiegen. Aber immer noch ein Viertel der freien Stellen ist in einem Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten zu finden.

### Drei von vier Unternehmen haben Probleme bei der Stellenbesetzung

Bedingt durch die demografische Entwicklung und den Strukturwandel der Arbeitskräftenachfrage hin zu wissensbasierten Tätigkeiten, steht einer leicht steigenden Nachfrage ein deutlich rückläufiges Angebot an Arbeitskräften gegenüber. Bereits heute haben – trotz des konjunkturellen Einbruchs vor zwei

Jahren – mehr als drei Viertel der Unternehmen mit offenen Stellen Schwierigkeiten bei deren zügiger Besetzung. Besonders betroffen sind die ausschließlich inlandsaktiven Unternehmen. Obwohl auf diese Unternehmen weniger offene Stellen entfallen, sind ihre Schwierigkeiten bei der Rekrutierung von Personal deutlich größer als bei exportierenden Unternehmen. Kommt es im Zuge des Aufschwungs weiter zu einer verstärkten Nachfrage, dürfte eine Verschärfung des Arbeits- und Fachkräftemangels folgen, was im schlimmsten Fall die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Unternehmen behindert und zum Hemmnis für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit werden kann.

### **Immer noch gesucht: Fachkräfte mit Berufsausbildung**

Bereits in den Herbstbefragungen 2006 und 2008 berichteten die Unternehmen vor allem über Schwierigkeiten bei der Rekrutierung von Fachkräften mit Berufsausbildung. Auch in diesem Herbst gibt es am häufigsten Probleme bei der Besetzung von Stellen dieser Qualifikationsstufe – sechs von zehn Unternehmen mit freien Stellen haben hier Probleme (vgl. Abbildung 26).

Besonders betroffen sind kleinere Unternehmen mit weniger als 100 Beschäftigten, die nicht im Ausland aktiv sind. Gegenüber 2008 ist jedoch insgesamt eine leichte Entspannung spürbar. Dies kann jedoch keine Entwarnung bedeuten, lässt sich diese doch auf die konjunkturellen Verwerfungen der letzten zwei Jahre und die noch nicht voll ausgelasteten Kapazitäten zurückführen. Eine weitere Entspannung in diesem Segment kann künftig nicht erwartet werden, eher im Gegenteil.

### **Unternehmen zeigen sich zufrieden mit Bachelor-Absolventen**

Ein ähnliches Bild zeigt sich auch auf dem Markt für Akademiker: Gaben 2008 noch vier von zehn Unternehmen an, Schwierigkeiten bei der Besetzung von Fach- und Führungskräften mit akademischem Abschluss zu haben, ist es aktuell fast jedes vierte. Wie auch in den Jahren 2006 und 2008 ist in diesem Bereich ein Nachfrageüberhang bei größeren und auslandsaktiven Unternehmen feststellbar, und auch Unternehmen aus dem Osten Deutschlands haben überdurchschnittlich häufig Probleme, geeignete Akademiker für sich zu gewinnen.

Die Einführung des Bachelor-Abschlusses leistet noch keinen entscheidenden Beitrag zur Lösung dieses Problems. Zwar griffen Unternehmen mit Stellenbesetzungsproblemen deutlich öfter auf Hochschulabsolventen mit Bachelor-Abschluss zurück; der Anteil der Unternehmen, die überhaupt in den letzten

zwei Jahren Personal mit derartigem akademischen Grad eingestellt haben, ist mit 11,6 % aber noch gering. Wie zu erwarten war, findet man Absolventen mit diesem Abschluss vor allem in großen und exportierenden Unternehmen. Positiv stimmt allerdings, dass nahezu alle diese Unternehmen mindestens zufrieden mit der Leistung der Bachelor-Absolventen sind, was auch andere Unternehmen zukünftig sensibler für diese Beschäftigungsgruppe machen sollte.

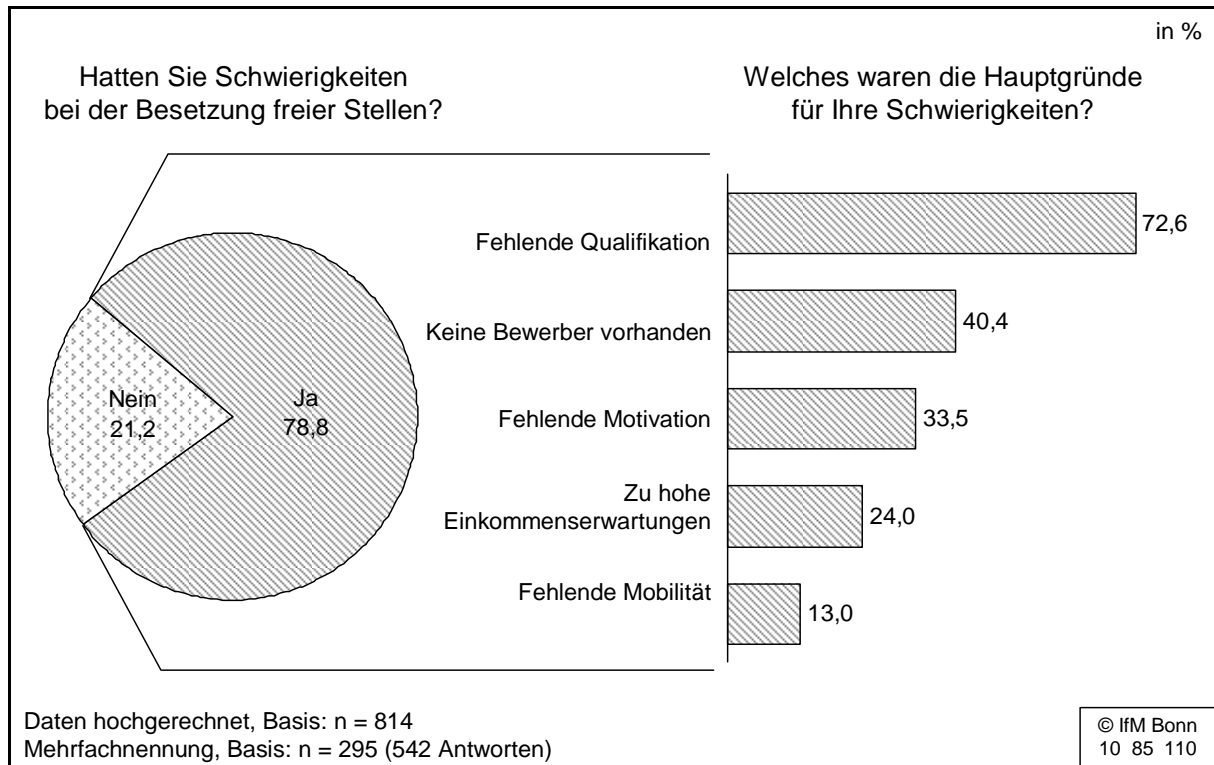
### **Kaum Probleme bei der Suche nach an- und ungelerntem Personal**

Das Bild der letzten Jahre im Bereich des an- und ungelernten Personals ist nahezu unverändert. Lag der Anteil der Unternehmen, die Probleme bei der Besetzung derartiger Stellen hatten, im Jahr 2008 bereits unter 10 %, ist dieser Anteil mit 8,6 % fast konstant geblieben. Diese Entwicklung erklärt sich nicht nur durch den sinkenden Bedarf während des konjunkturellen Abschwungs, sondern auch durch die Verlagerung hin zu wissensbasierten Tätigkeiten. In diesem Bereich ist also auch zukünftig eher von einem rückläufigen Personalbedarf auszugehen. Die entgegengesetzte Richtung schlägt die Entwicklung auf dem Lehrstellenmarkt ein. Die Suche nach Auszubildenden hat sich für die deutsche Industrie im Vergleich zum Herbst 2008 deutlich erschwert: Rund ein Viertel der Unternehmen berichtet hier von Problemen – fast doppelt so viele wie vor zwei Jahren.

### **Unternehmen beklagen mangelnde Qualifikation der Bewerber**

Das Fehlen (hoch-)qualifizierter Arbeitskräfte in Gestalt von Fachkräften mit Berufsausbildung oder akademischem Abschluss lässt nicht nur Probleme bei der Ausweitung von Produktion und Kapazitäten befürchten. Es sind auch negative Auswirkungen auf die Innovationsfähigkeit der Unternehmen zu erwarten. Bereits in der Frühjahresbefragung 2010 beurteilten drei von zehn Unternehmen die mangelnde Verfügbarkeit an Fachkräften als explizites Innovationshemmnis. Bei der Frage nach den Gründen für die Schwierigkeiten bei der Besetzung freier Stellen benennen die deutschen Industrieunternehmen die fehlende Qualifikation der Bewerber als Hauptursache (vgl. Abbildung 27).

Abbildung 27: Gründe für die Schwierigkeiten bei der Besetzung freier Stellen



Insgesamt bemängeln 72,6 % der Unternehmen dies als Hindernis. Vor allem größere und auslandsaktive Unternehmen sind davon betroffen. Dies ist nicht weiter verwunderlich, da es vor allem diese Unternehmen sind, die besonders häufig berufs- und hochqualifizierte Bewerber suchen. Gerade in diesen beiden Segmenten stehen die Unternehmen zudem vor der Situation, dass es immer weniger Bewerber auf freie Stellen gibt. Insgesamt beklagen im Vergleich zum Herbst 2008 deutlich mehr Unternehmen diesen Umstand als Hauptgrund für Stellenbesetzungsprobleme (40,4 %) – überdurchschnittlich häufig westdeutsche Familienunternehmen, die ausschließlich auf dem Binnenmarkt aktiv sind.

### **Bewerbern fehlt häufiger eine hinreichende Motivation**

Insgesamt beklagt ein Drittel der Unternehmen die fehlende Motivation potenzieller Kandidaten – weniger als im Herbst 2008. Überdurchschnittlich häufig macht dieser Aspekt bei der Personalsuche kleineren Unternehmen mit weniger als 100 Beschäftigten zu schaffen. Das Motivationsproblem stellt sich außerdem besonders häufig bei der Rekrutierung von Auszubildenden sowie an- und ungelerntem Personal. Hohe Einkommenserwartungen und fehlende Mobilität der Bewerber stellen vergleichsweise selten ein Hindernis bei der Be-

setzung offener Stellen dar: Nur 24 % bzw. 13 % der Unternehmen sehen darin ein Problem.

Insgesamt ist zu beobachten, dass seit 2006 immer mehr Unternehmen über fehlende Bewerber klagen, wobei die Mehrzahl der Unternehmen weiterhin die fehlende Qualifikation als wichtigste Ursache für ihre Schwierigkeiten bei der Stellenbesetzung einstuft. Damit bekommt der Mangel an Fachkräften nicht nur eine quantitative, sondern auch eine qualitative Dimension. Hierauf müssen die Unternehmen zunehmend reagieren.

### **3.3.2 Maßnahmen zur Sicherung des Fachkräfteangebots**

Im Herbst 2008 zeigte sich bereits, dass ein Großteil des industriellen Mittelstands Maßnahmen zur mittel- bis langfristigen Deckung ihres Fachkräftebedarfs ergriffen hat. In der aktuellen Herbstbefragung wurden die Aktivitäten zur Vermeidung des drohenden Fachkräftemangels erneut erfragt. Noch immer zeigt sich die Mehrheit der Unternehmen aktiv, im Gegensatz zur Befragung im Herbst 2008 liegt der Anteil mit 81,4 % jedoch leicht unter dem damaligen Wert (83,2 %). Zwar trat das Fachkräfteproblem in den Krisenjahren im Allgemeinen etwas in den Hintergrund. Da es sich jedoch um ein langfristig zu lösendes Problem handelt, sollten Unternehmen und Staat gezielte Maßnahmen unabhängig von der konjunkturellen Entwicklung ergreifen, um den Fachkräftebedarf auch zukünftig sichern zu können.

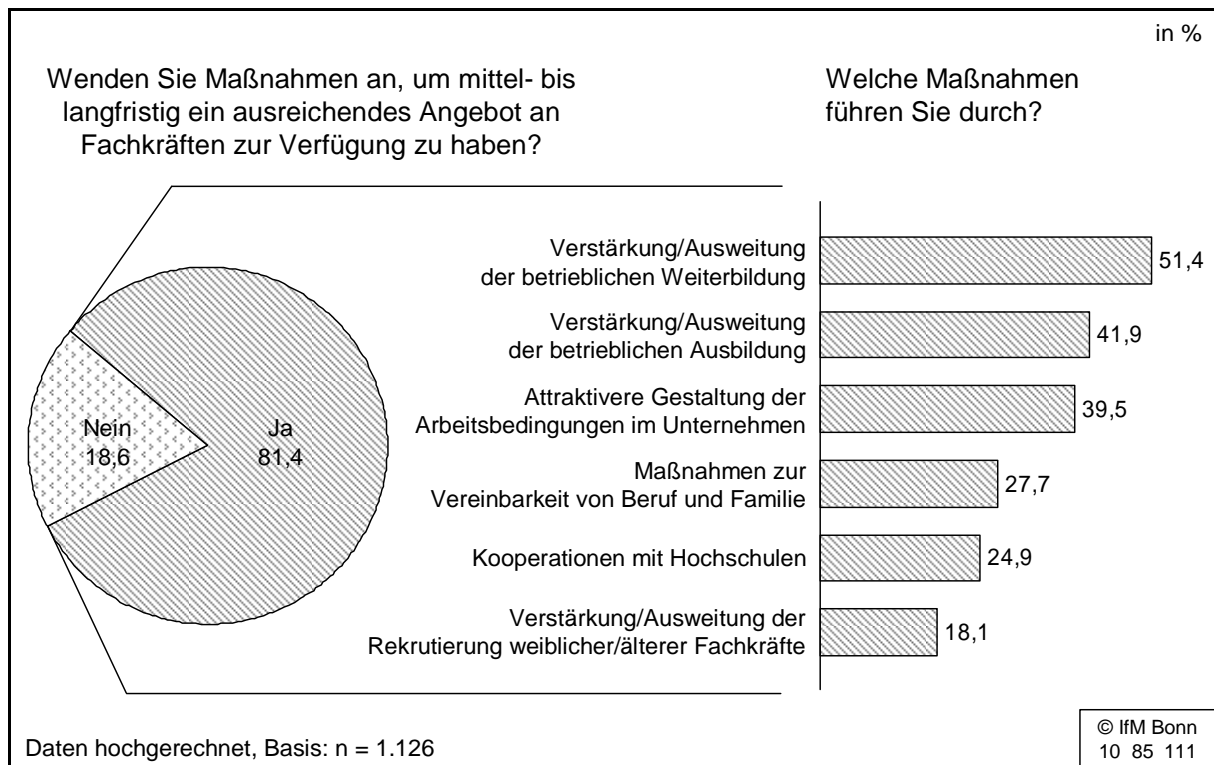
#### **Betriebliche Aus- und Weiterbildung weiterhin wichtigstes Instrument**

Wie vor zwei Jahren liegt das Hauptaugenmerk der unternehmerischen Aktivitäten zur Sicherung ihres Fachkräftebedarfs auf der Verstärkung und Verbesserung der betrieblichen Weiterbildung (51,4 %) und Ausbildung (41,9 %) sowie der attraktiveren Gestaltung der Arbeitsbedingungen (39,5 %, vgl. Abbildung 28). In der betrieblichen Aus- und Weiterbildung besonders aktiv zeigen sich Unternehmen mit Schwierigkeiten bei der Personalrekrutierung. Sie reagieren damit auf den für sie bereits spürbaren Problemdruck, der sich vor allem in der fehlenden Qualifikation der Bewerber widerspiegelt. Unternehmen ohne diese Schwierigkeiten arbeiten hingegen überdurchschnittlich häufig an ihrem Image als attraktive Arbeitsgeber, indem sie sich auf die Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Unternehmen konzentrieren. Diese Maßnahmen dürften eher eine indirekte Wirkung haben, um dem Fachkräftemangel zu begegnen – sozusagen vorbeugend, bevor das Problem im Unternehmen entsteht. Unabhängig von Stellenbesetzungsproblemen setzten rund drei von



zehn Unternehmen auf Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie und immer noch jedes Vierte auf die Kooperation mit Hochschulen. Von nachrangiger Bedeutung für die Unternehmen ist die stärkere Fokussierung auf bestimmte Beschäftigungsgruppen, wie weibliche oder ältere Fachkräfte (18,1 %).

Abbildung 28: Maßnahmen zur Deckung des Fachkräftebedarfs auf Unternehmensebene

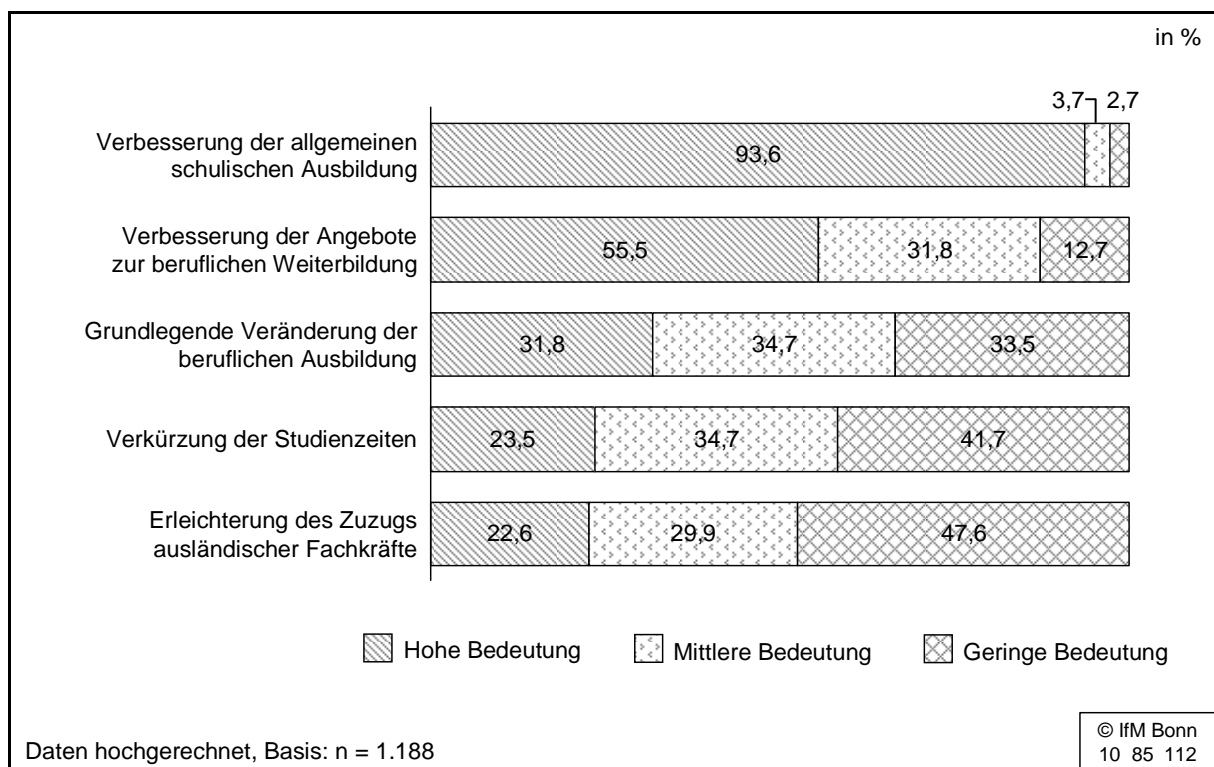


Insgesamt zeigen die Ergebnisse, dass das Problembewusstsein in den Unternehmen zwar vorhanden ist, im Bereich der Vorbeugung eines Fachkräftemangels allerdings noch Potenziale ungenutzt bleiben, insbesondere bei der Gestaltung der Arbeitsbedingungen und der Zusammenarbeit mit Hochschulen. Dies gilt gerade für kleine und mittlere Unternehmen, die insgesamt deutlich seltener aktiv sind, wenn es um die Sicherung ihres Fachkräftebedarfs geht. Dabei werden kleinere Unternehmen von Bewerbern häufig als weniger attraktiv empfunden, während sie zudem meist weniger – auch finanzielle – Ressourcen bei der Suche nach Mitarbeitern einsetzen können als größere Unternehmen. Schon aus diesem Grund und mit Blick auf die zukünftigen (demografischen) Entwicklungen sollten Potenziale genutzt werden.

## Verbesserung der schulischen (Aus-) Bildung wird empfohlen

Zur Sicherung des Fachkräftebedarfs fordern nahezu alle deutschen Industrieunternehmen vom Staat die Verbesserung der schulischen Ausbildung (93,6 %). In der Rangliste der bedeutendsten Maßnahmen zur Abmilderung des Fachkräftemangels in Deutschland findet sich diese gesamtwirtschaftliche Maßnahme mit deutlichem Abstand an erster Stelle (vgl. Abbildung 29). Schließlich stellt die fehlende Qualifikation der Bewerber das größte Hindernis bei der Besetzung freier Stellen dar. Entsprechend rangiert die Verbesserung der Angebote zur beruflichen Weiterbildung – ebenfalls eine qualifizierende Maßnahme – auf Platz zwei (55,5 %). Seit jeher kritisieren Unternehmen die Praxisferne und die fehlende Bedarfsorientierung institutionalisierter Aus- und Weiterbildungsangebote. Auch das berufliche Ausbildungssystem steht mit Rangplatz drei in der Kritik. Gut drei von zehn Unternehmen sehen hier Handlungsbedarf und stufen eine grundsätzliche Veränderung als sehr bedeutend ein – zumal der Markt für Auszubildende seit 2008 deutlich enger geworden ist und die Besetzung von Ausbildungsplätzen zunehmend zum Problem für die Unternehmen wird.

Abbildung 29: Bedeutung gesamtwirtschaftlicher Maßnahmen zur Abmilderung des Fachkräftemangels



Fast die Hälfte der Unternehmen misst der Erleichterung des Zugangs ausländischer Fachkräfte auf den deutschen Arbeitsmarkt und der Verkürzung von Studienzeiten nur eine geringe Bedeutung für die Behebung des Fachkräftemangels bei. Die übrigen Unternehmen sehen darin zumindest eine Option. Im Vordergrund steht aber die Forderung, die Arbeit am eigenen (Aus-) Bildungssystem weiter voranzutreiben – zumindest nach Einschätzung des industriellen Mittelstands.

### **3.4 Internationalisierung**

Zusammenfassung: Deutschland exportiert sich aus der Krise – so könnte das Fazit der exportierenden Unternehmen des industriellen Mittelstands lauten. Der weltweite Handel ist der wesentliche Treiber für die konjunkturelle Erholung der deutschen Wirtschaft. Zwar könnten viele bislang rein binnenmarkt-orientierte Unternehmen ebenfalls Absatzchancen im Ausland nutzen, offensichtlich fällt ihnen aber der erste Schritt auf die internationalen Märkten schwer. Fehlende Marktinformationen und der Mangel an Auslandskontakten bleiben die größten Hindernisse auf dem Weg über die eigenen Grenzen. Dennoch ist und bleibt der Export die Hauptform des Auslandsengagements der mittelständischen Industrieunternehmen. Primäres Ziel der grenzüberschreitenden Aktivitäten ist es, neue Absatzmärkte zu erschließen.

#### **3.4.1 Auslandsengagement nach der Krise ungebrochen**

Die starke Nachfrage aus dem Ausland hat maßgeblich zur konjunkturellen Erholung der deutschen Wirtschaft im letzten halben Jahr beigetragen. Die Ergebnisse der aktuellen Herbstumfrage zeigen, dass rund 60 % der mittelständischen Industrieunternehmen im Ausland aktiv sind – sei es durch den Export eigener Produkte, durch Standorte vor Ort, Lohnfertigung im Ausland oder durch sonstige Kooperationen. Erfreulich: Bereits in den unteren Größenklassen liegt der Anteil der auslandsaktiven Unternehmen auf einem recht hohen Niveau. Mehr als die Hälfte der Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten unterhält geschäftliche Beziehungen ins Ausland.

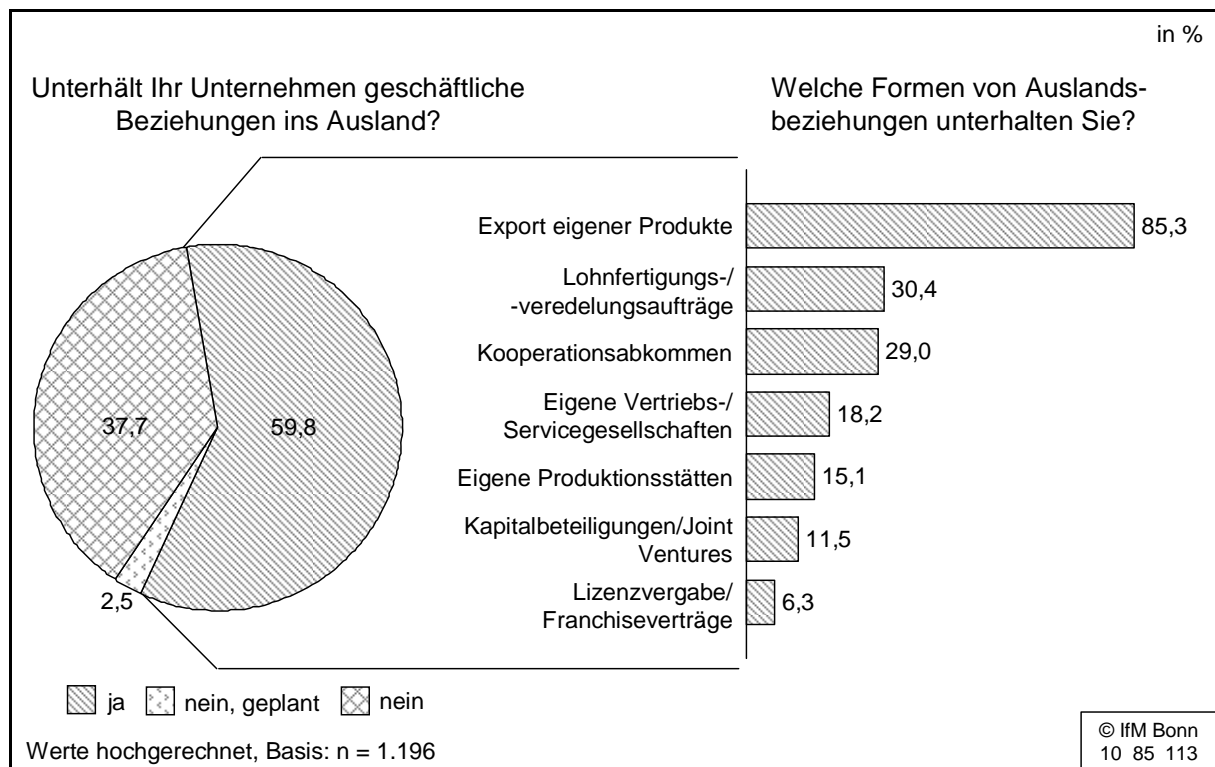
Mit Blick in die Zukunft planen allerdings nur wenige binnenmarktorientierte Unternehmen in den kommenden Jahren den Schritt über die Grenzen: Nur 2,5 % der befragten Unternehmen planen einen Einstieg in ausländische Märkte. Bleibt zu hoffen, dass die treibende Kraft der Auslandsnachfrage während des Aufschwungs den Unternehmen zusätzliche Anreize bietet, stärker

über eine Erschließung von Absatzpotenzialen auf internationalen Märkten nachzudenken.

### Export eigener Produkte bleibt Hauptform des Auslandsengagements

Der Außenhandel ist nicht nur eine wichtige Säule der deutschen Volkswirtschaft, sondern bleibt außerdem die dominierende Form des Auslandsengagements der deutschen Industrie. Mehr als 85 % der auslandsaktiven Unternehmen nutzen diese Form der Internationalisierung und vertreiben die eigenen Waren auch in internationalem Umfeld (vgl. Abbildung 30). Die möglichen weiteren Formen, sich im Ausland unternehmerisch zu engagieren, folgen erwartungsgemäß mit deutlichem Abstand.

Abbildung 30: Formen der Geschäftsbeziehungen ins Ausland



Die zweithäufigste Form der Auslandsaktivität ist die vertragliche Lohnfertigung und -veredelung. Im Vergleich zum Frühjahr 2008 sind in diesem Bereich die Aktivitäten deutscher Industrieunternehmen angestiegen. Die vergleichsweise hohen Arbeitskosten in Deutschland, die sich durch das Festhalten an der Stammelegschaft während der Krise und damit einhergehenden Produktivitätsrückgängen nochmals – zumindest kurzfristig – erhöht haben dürften, machen diese Form der Auslandsbeziehungen für drei von zehn Unternehmen attraktiv. Weiter steigende Arbeitskosten, beispielsweise durch ho-

he Tarifabschlüsse im Zuge des Aufschwungs und die Vereinbarung von Mindestlöhnen, könnten die Bedeutung dieser Form des Auslandsengagements weiter erhöhen. Daneben sind Kooperationen mit Unternehmen im Ausland in der deutschen Industrie durchaus verbreitet: Fast 30 % der Unternehmen mit Auslandsengagement arbeiten mit ausländischen Unternehmen zusammen.

### **Deutschland bleibt wichtigster Produktionsstandort**

Über eigene Vertriebs- und Servicegesellschaften im Ausland verfügt momentan nahezu jedes fünfte Unternehmen. Immer mehr Unternehmen, die eigene Produkte ins Ausland exportieren, stützen ihre Exportaktivitäten durch eigene Vertriebsstätten. Niedriger ist hingegen der Anteil der Unternehmen mit eigenen Produktionsstätten im Ausland, der bei 15,1 % liegt, wobei naturgemäß kleine Unternehmen seltener diese Form der Marktbearbeitung betreiben.

Insgesamt konzentriert sich der industrielle Mittelstand beim Thema Internationalisierung auf den Vertrieb von im Inland hergestellten Produkten. Das spricht zum einen für die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland und entkräftet vorerst die Befürchtungen, dass deutsche Firmen ihre Produktion aus Kostengründen ins Ausland verlagern könnten – zumindest was den industriellen Mittelstand angeht. Zum anderen dürften bei der Wahl der Internationalisierungsstrategie auch der damit verbundene geringere Kapitaleinsatz und ein niedrigeres Risiko der Unternehmen durchaus eine Rolle spielen.

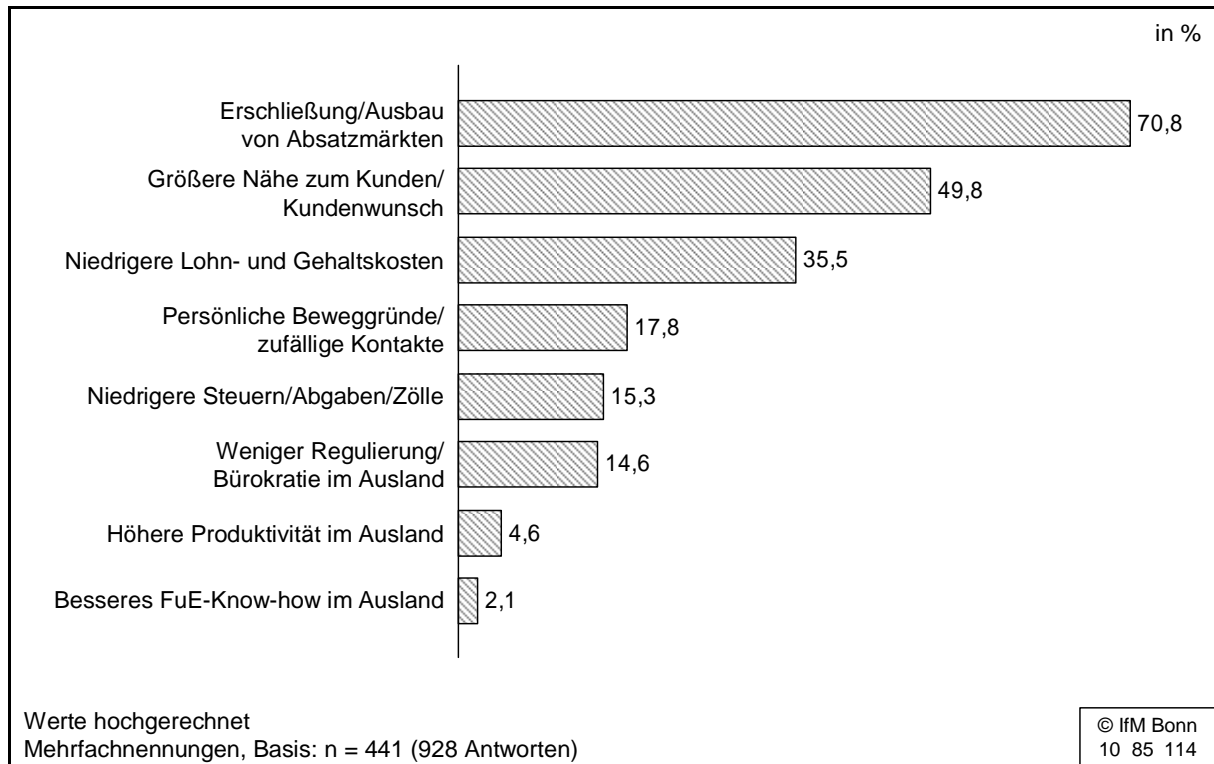
### **Erschließung von Auslandsmärkten weiterhin oberstes Ziel**

Die Gründe, warum Unternehmen grenzüberschreitend tätig werden, sind vielfältig. Das Ranking der Motive für ein Auslandsengagement in der diesjährigen Herbstbefragung zeigt, dass die Ausdehnung und Erschließung von Absatzmärkten unabhängig von der gewählten Internationalisierungsstrategie das oberste Ziel ist (70,8 %, vgl. Abbildung 31) – für Unternehmen aus Ostdeutschland noch mehr als für westdeutsche. Nicht zuletzt die Vielzahl der sogenannten Hidden Champions unter den kleinen und mittleren Unternehmen – also relativ unbekannte Unternehmen, die in ihrem jeweiligen Markt international führend sind – beweist die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie.

Fast die Hälfte der im Ausland aktiven Unternehmen lockt außerdem die größere Nähe zu den Kunden. Immerhin mehr als ein Drittel der Unternehmen ziehen die existierenden Lohnunterschiede ins Ausland. Speziell managementgeführte Unternehmen aus dem Westen Deutschlands wollen geringere Lohn- und Gehaltskosten nutzen, während Familienunternehmen dies deutlich

seltener als Motiv für ihr Auslandsengagement werten. Was die Top-3-Gründe der deutschen Industrieunternehmen für ihre Auslandsaktivitäten angeht, bestätigt sich damit das Bild der Frühjahrsbefragung 2008.

Abbildung 31: Gründe auslandsaktiver Unternehmen für ihr Engagement



Von geringerer Bedeutung für das Auslandsengagement sind persönliche Beweggründe sowie niedrigere Steuern und Abgaben oder der Grad der Regulierungen bzw. die Bürokratie. Obwohl der Aspekt „Bürokratie“ in der Rangfolge einen Platz nach hinten gerutscht ist, empfinden allerdings immer noch 14,6 % der Unternehmen die übermäßigen Regulierungen des deutschen Gesetzgebers als Beweggrund für den Gang ins Ausland – anteilmäßig hat sich damit aus Sicht der Unternehmen nicht viel geändert.

### Produktivität und FuE-Know-how bleiben deutsche Tugenden

Die Produktivität in Deutschland und das hier vorhandene Know-how im Bereich Forschung und Entwicklung bleiben für die deutschen Industrieunternehmen eindeutig die größten Vorzüge des heimischen Standorts. Auch hier bestätigen sich die Ergebnisse von vor zweieinhalb Jahren und sprechen eine deutliche Sprache: Lediglich 6,3 % sehen eine höhere Produktivität als Grund für ihre Auslandsaktivitäten und nur 0,7 % der Unternehmen treibt ein besse-

res FuE-Know-how ins Ausland – ein eindeutiges Votum für den Wirtschaftsstandort Deutschland.

### **3.4.2 Außenwirtschaftsförderung und Hemmnisse für ein Auslandsengagement**

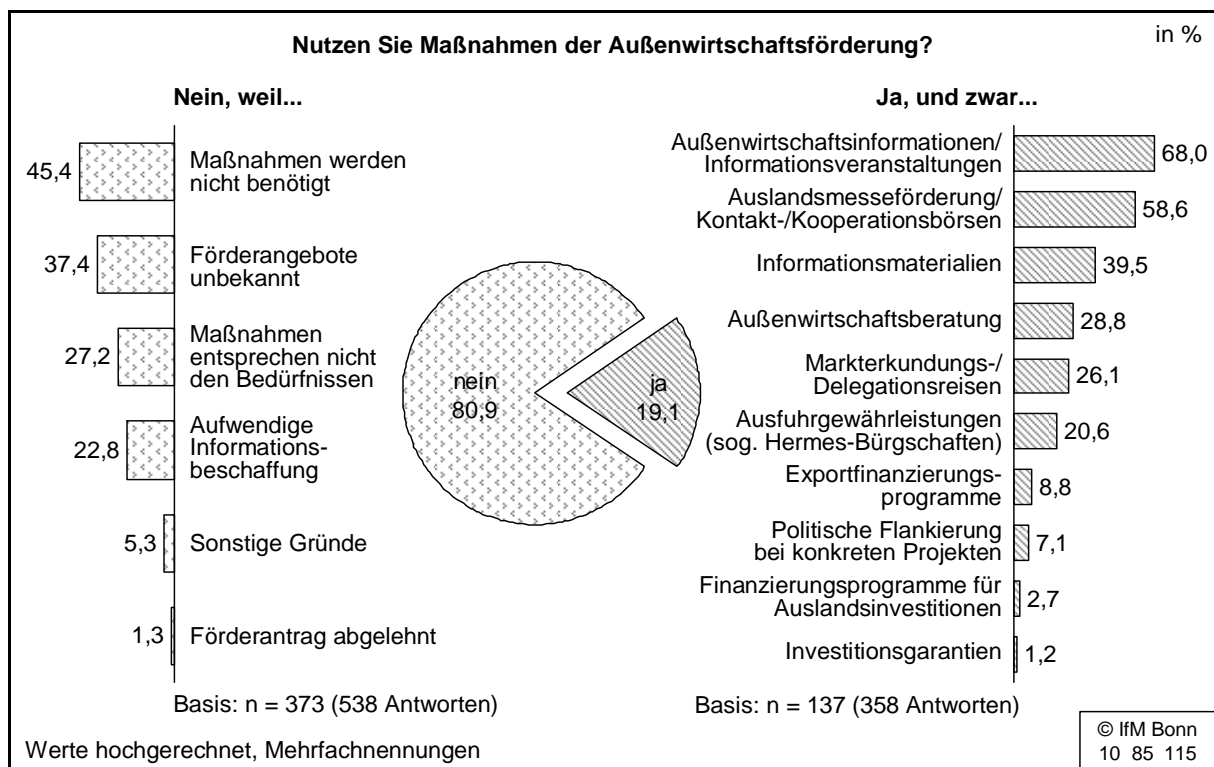
Aufbauend auf den bereits vorhandenen Instrumenten zur Außenwirtschaftsförderung, hat die Bundesregierung im März dieses Jahres ihre Außenwirtschaftsoffensive beschlossen. Damit will die Regierungskoalition aktiv dazu beitragen, dass Chancen im internationalen Wettbewerb genutzt werden – vor allem im Zuge der Überwindung der Wirtschafts- und Finanzkrise.

Die Ergebnisse der aktuellen Herbstbefragung zeigen: Mehr als 80 % der Unternehmen, die im Ausland aktiv sind, nehmen keine Maßnahmen der staatlichen Außenwirtschaftsförderung in Anspruch (vgl. Abbildung 32). Damit nutzt weniger als jedes fünfte Unternehmen die öffentlichen Angebote, wobei es deutliche regionale Unterschiede gibt. Während mehr als vier von zehn Unternehmen aus Ostdeutschland Fördermaßnahmen in Anspruch nehmen, sind es lediglich 15,3 % aus den alten Bundesländern.

#### **Außenwirtschaftsförderung intransparent und wenig bedürfnisorientiert**

Es gibt verschiedene Gründe, warum auslandsaktive Unternehmen keine Maßnahmen der Außenwirtschaftsförderung in Anspruch nehmen: 45,4 % benötigen solche Maßnahmen nicht, während 37,4 % die mangelnde Auffindbarkeit von Förderangeboten beklagen. Außerdem bemängelt mehr als ein Viertel der auslandsaktiven Unternehmen die Ausgestaltung der Maßnahmen, die ihrer Ansicht nach nicht ihren Bedürfnissen entsprechen. Nicht zuletzt die aufwendige Informationsbeschaffung hindert gut zwei von zehn Unternehmen an der Inanspruchnahme und gibt einen Hinweis auf ein großes Problem der deutschen Außenwirtschaftsförderung: Experten sprechen gar von einem Förderdschungel, der sich aus der Vielschichtigkeit und schier unüberschaubaren Menge an Förderprogrammen, Initiativen und Instrumenten im Bereich der Außenwirtschaft ergibt.

Abbildung 32: Inanspruchnahme von Außenwirtschaftsfördermaßnahmen durch auslandsaktive Unternehmen



### Unternehmen nutzen hauptsächlich Informationsangebote

Insgesamt gilt: Je größer ein Unternehmen ist, desto eher nimmt es Fördermaßnahmen in Anspruch. Nutzen Unternehmen Förderinstrumente im Bereich der Außenwirtschaft, greift der Großteil auf Informationsveranstaltungen und -materialien zurück. So belegen Außenwirtschaftsinformationen bzw. Informationsveranstaltungen (68,0 %), Auslandsmesseförderung (58,6 %) und Informationsmaterialien (39,5 %) die Plätze eins bis drei der Rangliste der am meisten genutzten Fördermaßnahmen (vgl. Abbildung 32).

Mit Abstand die geringste Bedeutung weisen die auslandsaktiven Unternehmen Exportfinanzierungsprogrammen, der politischen Flankierung bei konkreten Projekten, Finanzierungsprogrammen für Auslandsinvestitionen und Investitions Garantien zu. Diese Maßnahmen beanspruchen weniger als 10 % der Unternehmen, die überhaupt auf Förderangebote zurückgreifen. Damit wird ein wesentlicher Teil der Außenwirtschaftsoffensive nur in begrenztem Umfang genutzt: Das widerspricht dem eigentlichen Zweck, mit diesen Fördermaßnahmen spezielle Finanzierungslücken von kleinerem Umfang zu schließen. Das erklärte Ziel der Regierung, insbesondere kleinere und mittlere Unternehmen bei ihrem Auslandsengagement zu stützen, wird weitestgehend



nicht erreicht. Ein Grund ist sicherlich auch die komplizierte Ausgestaltung des existierenden Fördersystems. Dieses ist vor allem für kleine Unternehmen – denen typischerweise auch nur begrenzte finanzielle und personelle Ressourcen zur Verfügung stehen – kaum zu überblicken.

Es bestehen sicherlich noch ungenutzte Potenziale für eine gezielte Weiterentwicklung des Instrumentariums, um es noch stärker auf die tatsächlichen Bedürfnisse der mittelständischen Wirtschaft zuzuschneiden.

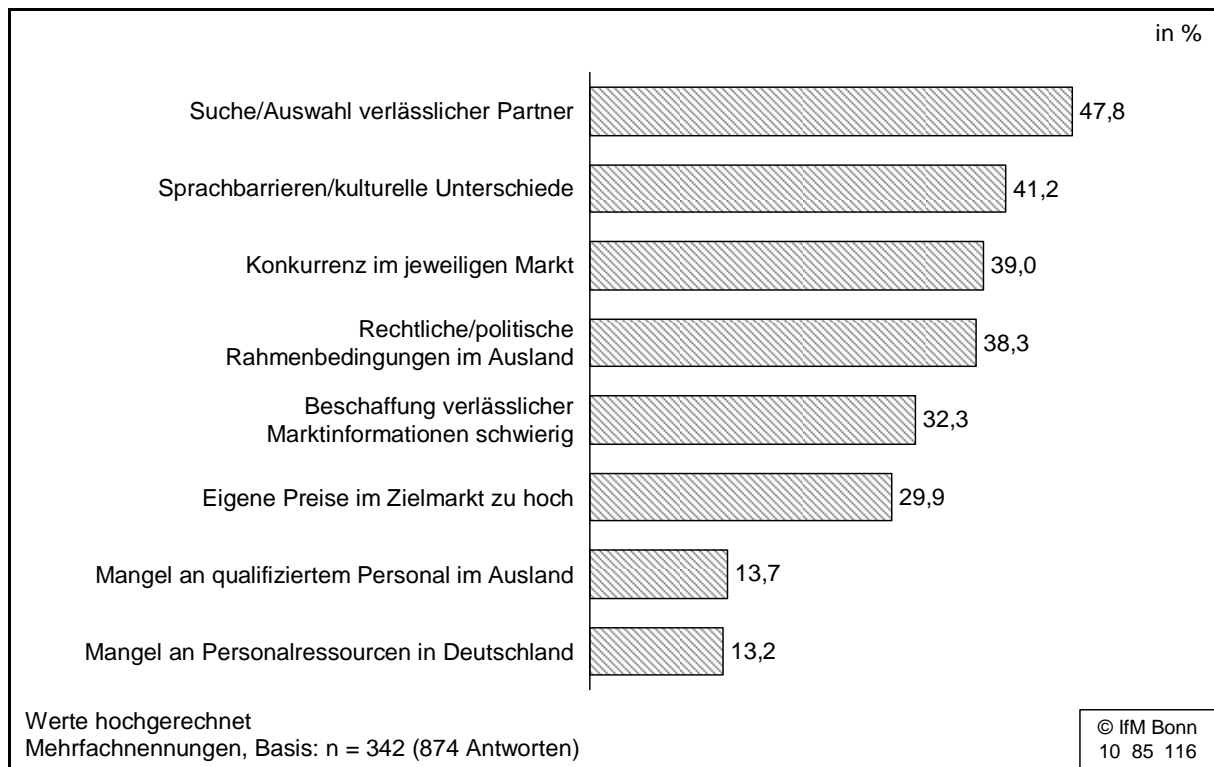
### **Auswahl richtiger Partner entscheidend für den Schritt ins Ausland**

Insgesamt agiert der industrielle Mittelstand im Ausland recht erfolgreich. Trotz der zusätzlichen Absatz- und Ertragschancen jenseits der nationalen Grenzen war aber der erstmalige Schritt auf die internationale Bühne für viele Unternehmen nach dem weltweiten konjunkturellen Einbruch (noch) zu groß. Hat der wirtschaftliche Verlauf der vergangenen Jahre den Unternehmen doch deutlich vor Augen geführt, dass eine starke Fokussierung auf ausländische Märkte nicht nur Chancen, sondern auch Risiken birgt. Die aktuelle Herbstbefragung des BDI-Mittelstandspanels hat dieses Thema aufgegriffen. Die ausschließlich binnenmarktorientierten, mittelständischen Industrieunternehmen wurden gefragt, welche Faktoren sie daran hindern, ihre Aktivitäten auch auf das Ausland auszuweiten.

#### **„Weiche“ Faktoren versperren den Weg**

Die Spitzenposition bei den Hemmnissen für ein Auslandsengagement nimmt die Suche bzw. die Auswahl verlässlicher Partner ein (47,8 %), dicht gefolgt von sprachlichen und kulturellen Unterschieden (41,2 %), die die Unternehmen daran hindern, Potenziale auf ausländischen Märkten zu erschließen (vgl. Abbildung 33). Demnach haben finanzielle und marktliche Risiken aus der Sicht der Unternehmen kaum einen Einfluss auf ein erfolgreiches Auslandsengagement. Vielmehr sind es die weichen Faktoren, wie fehlendes Vertrauen und Besonderheiten der unterschiedlichen Kulturen, die den Weg ins Ausland versperren. Dies gilt vor allem für kleinere Unternehmen mit weniger als 100 Beschäftigten, die kaum über die nötigen Kapazitäten verfügen, um sich mit den kulturellen und sprachlichen Besonderheiten potenzieller Auslandsmärkte vertraut zu machen. Größere Unternehmen hingegen leiden deutlich stärker unter der Konkurrenzsituation und den rechtlichen bzw. politischen Rahmenbedingungen im Ausland.

Abbildung 33: Hemmnisse für ein Engagement im Ausland



### Mangelnde personelle Ressourcen sind nur selten ein Hindernis

Unabhängig von der Unternehmensgrößenklasse ist für vier von zehn Unternehmen die Konkurrenz vor Ort maßgeblich für die Entscheidung gegen eine Ausweitung ihrer Geschäftstätigkeit auf ausländische Märkte – und nimmt damit Platz drei der Rangliste ein. Last but not least ist festzuhalten, dass die Verfügbarkeit von Personal als Hemmnis für ein Engagement im Ausland aus der Sicht der befragten Unternehmen nur eine untergeordnete Rolle spielt. Nur für rund 14 % der Unternehmen ist der Mangel an Personal – sei es im In- oder Ausland – ein Hindernis für den Schritt über die eigenen Grenzen.

Fazit: Ein Personalmangel in Deutschland ist für die befragten Unternehmen kein Grund, ins Ausland abzuwandern. Gleichzeitig sind knappe Personalressourcen aber auch kein Hindernis, es nicht zu tun. Vielmehr ist die Entscheidung gegen eine internationale Ausrichtung den Defiziten bei der Erkundung der Marktbedingungen und -besonderheiten geschuldet. Hier zeigt das Informationsangebot im Rahmen der Außenwirtschaftsförderung erste Ansätze, verfügt aber noch über ungenutzte Potenziale und weitere Möglichkeiten, die außenwirtschaftlichen Aktivitäten der kleinen und mittleren Unternehmen zu unterstützen.

## 4 Anhang

### Anmerkungen zu Zielgruppe und Methode

Die Grundgesamtheit des BDI-Mittelstandspanels setzt sich aus allen deutschen Industrieunternehmen der Wirtschaftsabschnitte "verarbeitendes Gewerbe", "Baugewerbe", "Energie- und Wasserversorgung" sowie "Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden" zusammen. Bei der ersten Erhebung im Frühjahr 2005 beteiligten sich rund 2.600 Unternehmen aus einer repräsentativen Stichprobe der Grundgesamtheit an der Befragung. Diese Unternehmen wurden in den nachfolgenden Erhebungswellen regelmäßig befragt. Im Rahmen der Frühjahrserhebung 2008 wurden zusätzlich gut 14.000 Unternehmen zur Teilnahme aufgefordert. Der Einladung folgten rund 1.235 Unternehmen. Unter Berücksichtigung der laufend stattfindenden Adressbereinigung betrug die Bruttostichprobe der elften und zwölften Befragungswelle rund 3.600 bzw. 2.971 Unternehmen.

Die Gesamtzahl der deutschen Industrieunternehmen ist auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche und Beschäftigtengrößenklassen ungleich verteilt. Daher wurde die Bruttostichprobe des BDI-Mittelstandspanels umgekehrt proportional nach Beschäftigtengrößenklassen geschichtet, um sicherzustellen, dass in den verschiedenen Unternehmensgrößenklassen - insbesondere in den oberen - ausreichend viele Antworten erzielt werden. Im Segment der Unternehmen mit 200 und mehr Mitarbeitern wurde eine Vollerhebung durchgeführt; in den Größenklassen bis 200 Mitarbeiter erfolgte eine Zufallsauswahl.

Um von der Stichprobe auf die Grundgesamtheit schließen zu können, wurden die Befragungsergebnisse gewichtet bzw. hochgerechnet. Anhand der Schätzung der Unternehmensanzahl und der Beschäftigtenzahl deutscher Industrieunternehmen je Beschäftigtengrößenklasse gemäß amtlicher Statistiken wurde die Stichprobe nachträglich nach dem Verfahren "Soll durch Ist" (SdI) der Grundgesamtheit angepasst. Im Rahmen der Auffüllung der Stichprobe mit neuen Unternehmen im Frühjahr 2008 wurde die Konzeption der Hochrechnung ab der siebten Befragungswelle leicht modifiziert: Anstatt wie bislang quantitative Angaben mit drei verschiedenen Faktoren (Umsatz, Investitionen, Beschäftigte) hochzurechnen, werden nun alle quantitativen Größen ausschließlich anhand der Beschäftigungszahlen hochgerechnet. Dies führt dazu, dass die aktuell publizierten Ergebnisse nicht mehr zwingend mit denen früherer Publikationen vergleichbar sind.

# Institut für Mittelstandsforschung Bonn

- Maximilianstraße 20 - 53111 Bonn - Telefon: 0228-729970 - Telefax: 0228-7299734

E-mail: [post@ifm-bonn.org](mailto:post@ifm-bonn.org) - Internet: <http://www.ifm-bonn.org> -

## IFM-MATERIALIEN

ISSN 2193-1852 (online) 2193-1844 (print)

### Nr. 179 - 2008

#### **Gründungen aus der Arbeitslosigkeit - Evaluation der Gründungs- und Begleitzirkel**

Untersuchung im Auftrag der G.I.B.  
von Eva May-Strobl unter Mitarbeit von  
Arndt Werner 15,00 €

### Nr. 180 - 2008

#### **Dauer und Kosten von Administrativen Gründungsverfahren in Deutschland**

von Michael Holz und Annette Icks 15,00 €

### Nr. 181 - 2008

**Kostenmessung der Prozesse öffentlicher Liefer-, Dienstleistungs- und Bauaufträge aus Sicht der Wirtschaft und der öffentlichen Auftraggeber** - Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie 15,00 €

### Nr. 182 - 2008

**Familienexterne Nachfolge** - Das Zusammenfinden von Übergebern und Übernehmern  
von Nadine Schlömer und Rosemarie Kay  
unter Mitarbeit von Daniel Schumann 15,00 €

### Nr. 183 - 2008

**Absatz- und Personalpolitik mittelständischer Unternehmen im Zeichen des demografischen Wandels** - Herausforderungen und Reaktionen  
von Rosemarie Kay, Peter Kranzusch  
und Olga Suprinovic 25,00 €

### Nr. 184 - 2008

**Das Gründungsverhalten Älterer:** Eine empirische Analyse mit den Daten des Gründerpanels des IfM Bonn  
von Arndt Werner und Nicole Faulenbach 15,00 €

### Nr. 185 - 2009

**Entwicklung des Gründungs- und Liquidationsgeschehens in NRW** - Im Zeitraum 1997 bis 2007  
Untersuchung im Auftrag der NRW.Bank 15,00 €

### Nr. 186 - 2009

**Die Quoten der Insolvenzgläubiger in Regel- und Insolvenzplanverfahren** - Ergebnisse von Insolvenzverfahren nach der Insolvenzrechtsreform  
von Peter Kranzusch unter Mitarbeit von  
Annette Icks 15,00 €

### Nr. 187 - 2009

**Familienexterne Nachfolge im Freistaat Sachsen:** Das Zusammenfinden von Übergebern und Übernehmern  
Untersuchung im Auftrag des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit 15,00 €

### Nr. 188 - 2009

**Absatz- und Personalpolitik des Handwerks im Zeichen des demografischen Wandels**  
Peter Kranzusch, Olga Suprinovic  
und Rosemarie Kay 15,00 €

### Nr. 189 - 2009

**BDI-Mittelstandspanel** - Ergebnisse der Mittelstandsbefragung aus Frühjahr und Herbst 2008  
von Claus Adenauer, Marina Hoffmann,  
Frank Wallau und Gunter Kayser 15,00 €

### Nr. 190 - 2009

**BDI-Mittelstandspanel** - Ergebnisse der Mittelstandsbefragung aus Frühjahr und Herbst 2009  
von Marina Hoffmann, Frank Wallau und  
Gunter Kayser 15,00 €

### Nr. 191 - 2010

**Informationsasymmetrien in der familienexternen Nachfolge und ihre Überwindung**  
von Hans-Jürgen Wolter 15,00 €

### Nr. 192 - 2010

**Die größten Familienunternehmen in Deutschland,** Gutachten im Auftrag der Deutschen Bank AG und dem Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI) 15,00 €

### Nr. 193 - 2010

**Wann werden die Gläubiger ausgezahlt?** - Dauer von Unternehmensinsolvenzverfahren im regionalen Vergleich  
von Peter Kranzusch unter Mitarbeit von  
Annette Icks 15,00 €

### Nr. 194 - 2010

**Wirtschaftspolitische Ansätze zur Unterstützung von Corporate Social Responsibility-Aktivitäten**  
von Frank Maaß 15,00 €

### Nr. 195 - 2010

**Sanierungen in Insolvenzverfahren** - übertragende Sanierungen und insolvenzplanbasierte Eigensanierungen in NRW  
von Annette Icks und Peter Kranzusch 15,00 €

### Nr. 196 - 2010

**Nachhaltigkeit und Erfolg von Gründungen aus der Arbeitslosigkeit**  
von Eva May-Strobl 15,00 €

### Nr. 197 - 2010

**Die Opportunitätskosten der sozialen Absicherung beim Wechsel aus dem Arbeitslosengeld I in die Selbstständigkeit:** Simulationsrechnungen für ausgewählte Fallgruppen  
von Lars Gawliitta und Rosemarie Kay  
unter Mitarbeit von Sven Boerger 15,00 €

### Nr. 198 - 2010

**Unternehmensnachfolgen in Deutschland 2010 bis 2014** - Schätzung mit weiterentwickeltem Verfahren -  
von Hans-Eduard Hauser und Rosemarie Kay  
unter Mitarbeit von Sven Boerger 15,00 €

### Nr. 199 - 2010

**Volkswirtschaftliche Bedeutung von Familien- und Frauenunternehmen**  
von Ljuba Haunschild und  
Hans-Jürgen Wolter 15,00 €

Nr. 200 - 2010

**Deckung des Fachkräftebedarfs in kleinen und mittleren Unternehmen.** Situationsanalyse und Handlungsempfehlungen von Rosemarie Kay, Olga Suprinovic und Arndt Werner 15,00 €

Nr. 201 - 2010

**Öffentliches Auftragswesen** - Auswirkungen der zentralisierten Bedarfsbündelung des Bundes auf KMU von Jörn Fieseler und Frank Wallau 15,00 €

Nr. 202 - 2011

**BDI-Mittelstandspanel** - Ergebnisse der Mittelstandsbefragung aus Frühjahr und Herbst 2010 von Siegrun Brink, Marina Hoffmann und Frank Wallau 15,00 €

Nr. 203 - 2010

**Evaluation zum Umsetzungsstand des EA-Gesetzes in Nordrhein-Westfalen** Annette Icks, Michael Holz und Ljuba Haunschild 15,00 €

Nr. 204 - 2011

**NUI Regionenranking 2009** – Neue unternehmerische Initiative in den Regionen Deutschlands von Eva May-Strobl 15,00 €

Nr. 205 - 2011

**Dauer und Kosten von administrativen Gründungsverfahren** von Michael Holz und Christoph Lamsfuss 15,00 €

Nr. 206 – in Bearbeitung

**Der Beschäftigungsbeitrag mittelständischer Unternehmen in der Wissenswirtschaft** von Eva May-Strobl und Ljuba Haunschild

Nr. 207 - 2011

**Erfahrungen mittelständischer Unternehmen mit den neuen Studienabschlüssen Bachelor und Master** von Frank Maaß und Rosemarie Kay 15,00 €

Nr. 208 - 2011

**Das Gründerpanel des IfM Bonn** - Konzeption und Nutzungsmöglichkeiten von Peter Kranzusch und Rosemarie Kay 15,00 €

Nr. 209 - 2011

**Abbruch und Aufschub von Gründungsvorhaben:** Eine empirische Analyse mit den Daten des Gründerpanels des IfM Bonn von Arndt Werner 15,00 €

Nr. 210 - 2011

**Einbeziehung freiberuflicher Gründungen in die Gründungsstatistik des IfM Bonn** – Analyse möglicher Datenquellen von Olga Suprinovič, Peter Kranzusch und Ljuba Haunschild 15,00 €

Nr. 211 - 2011

**Die Ergänzung der Gründungsstatistik des IfM Bonn durch freiberufliche Gründungen** - Ergebnisse einer Pilotstudie am Beispiel Nordrhein-Westfalen von Olga Suprinovič, Peter Kranzusch und Ljuba Haunschild 15,00 €

Nr. 212 - 2012

**Innovationstätigkeit im Mittelstand** – Messung und Bewertung von Frank Maaß und Bettina Führmann 15,00 €

Nr. 213 - 2012

**Freiberufliche Gründungen in Deutschland** – Ergebnisse einer erstmaligen Auswertungen von Daten der Finanzverwaltung von Olga Suprinovič, Peter Kranzusch und Ljuba Haunschild 15,00 €

Nr. 214 - 2012

**Hemmnisse und Probleme bei Gründungen durch Migranten** von Rosemarie Kay und Stefan Schneck 15,00 €